

WECHSELWIRKUNG

Zeitschrift für
TECHNIK NATURWISSENSCHAFT
GESELLSCHAFT

6,- DM, Jg. 6, 4. Quartal, November 84

ASBML Nr. 23

WECHSELWIRKUNG
TECHNIK NATURWISSENSCHAFT
GESELLSCHAFT



Mindestens unhealthbar –
Nahrung

Kommt AIDS
aus Gemälde?

Schwerpunkt: Mindestens unhealthbar
– Nahrung: Die Milch macht's? *
Weiße Revolution in Indien * Marga-
rine * Strahlenkonservierung * Unser
täglich Bio-Brot * Food Design: Le-
bensmittel aus dem Baukasten * Über
die Qualität von Naturkost *
Weitere Themen: Frauen, Ökologie
und die wissenschaftliche Revolution
* AIDS: Unfall, Zufall oder unzufäl-
lig? * Lego – Programmierschule
im Kinderzimmer * Neues zur Ent-
stehung der Molekularbiologie *
Harte Software * Genspalte *

WECHSELWIRKUNG berichtet über politische Aktivitäten im naturwissenschaftlich-
technischen Bereich, Gewerkschaften und soziale Konflikte.

WECHSELWIRKUNG analysiert die soziale, politische und ökonomische Funktion
von Technik und zeigt deren Perspektiven und Alternativen auf.

WECHSELWIRKUNG ist ein Diskussionsforum für Naturwissenschaftler, Ingenieure
und Techniker.

WECHSELWIRKUNG erscheint vierteljährlich.

Bestellungen an: WECHSELWIRKUNG, Gneisenaustr.2, 1000 Berlin 61

DM 6,- Einzelheft (+ Versandkosten), DM 24,- Abonnement für 4 Hefte (incl. Versandkosten)

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN 132

12. JAHRGANG DER CHILE-NACHRICHTEN

Berlin (West)

Dezember 1984

Solidaritätspreis DM 4,-



BELLT UND BEISST UND BLEIBT PINOCHET

Aus dem Inhalt dieser Nummer:

CHILE: Pinochet will die Opposition zerschlagen – **NICARAGUA:** Wahlen und Alarmzustand – **URUGUAY:** Im Wahlmonat – **SURINAM:** Jubelfeiern und Wirtschaftsprobleme – **EL SALVADOR:** Nach dem ersten Dialog – **BOLIVIEN:** Die bedrängte Demokratie – **PERU:** Die Mütter von Ayacucho – **GUATEMALA:** Demonstration und Streik

INHALTSVERZEICHNIS

Zu diesem Heft: 5

- CHILE: Pinochet will die Opposition zerschlagen 8
- URUGUAY: Im Wahlmonat 13
- BOLIVIEN: Die bedrängte Demokratie 19
- Frauenforderungen an die COB 23
- PERU: Die Mütter von Ayacucho 24
- "Jedem Kind täglich einen Becher Milch!" 27
- GUATEMALA: Demonstration und Streik 28
- MEXIKO: Politische Gefangene und Verschwundene 32
- NICARAGUA: Wahlen und Alarmzustand 35
- Beobachtungen am Wahltag 39
- Zum Tode von Enrique Schmidt 41
- EL SALVADOR: Nach dem ersten Dialog 43
- Solidarität - nur Jubel?! 48
- COSTA RICA: Precarismo: Der Kampf ums Überleben 49
- SURINAM: Jubelfeiern und Wirtschaftsprobleme 51
- KIRCHE: Pax Christi zur Theologie der Befreiung 53
- SOLIDARITÄT: 10 Jahre FDCL 55
- Offener Brief an den Bundeskanzler 58
- REZENSIONEN: 60
- ZEITSCHRIFTENSCHAU: 63
- TERMINE: 63
- EINGEGANGENE BÜCHER: 65

In eigener Sache

Daß die LATEINAMERIKA NACHRICHTEN mit finanziellen Problemen kämpfen haben wir in den letzten Heften mehrfach erwähnt. Die Abonnenten finden in diesem Heft die Abo-Rechnungen für 1985. Schon im Oktober haben wir angekündigt, daß wir die Preise zum 1. Januar 1985 anheben müssen. Wir hoffen dringend, daß die neuen Abonnementspreise nicht zu Kündigungen führen. Auch mit den neuen Preisen können wir langfristig nur dann Verluste vermeiden, wenn die Zahl der Abonnenten steigt. Deshalb bitten wir erneut alle Leser uns bei der Werbung neuer Abonnenten zu unterstützen. Aufgrund der Postvorschriften dürfen wir unsere Informationskarten mit anhängender Bestellpostkarte nicht dem Heft beilegen. Auf Anforderung schicken wir aber gerne eine Anzahl dieser Karten zu. Uns ist sehr geholfen, wenn diese Karten von unseren Lesern unter Freunden und Kollegen verteilt werden.

In der Vergangenheit haben einige Abonnenten bei der Abobezahlung den Rechnungsbetrag großzügig aufgerundet. Wir nutzen diese Gelegenheit, uns bei diesen Förderern zu bedanken. Sie haben einen wichtigen Beitrag zum Weiterbestehen ihrer und unserer Zeitschrift geleistet. Wir bitten auch in diesem Jahr alle, die es sich leisten können, den inzwischen 'runden' Abobetrag aufzurunden.

Wenn sich auch die Zahlungsmoral im Laufe des letzten Jahres spürbar verbessert hat - wir mußten "nur noch" ca. 30% der Abonnenten Mahnungen schicken - bitten wir dringend, die Rechnungen ganz schnell zu bezahlen. Ganz wichtig ist dabei die Angabe der Rechnungsnummer (Bei Verwendung der vorbereiteten Zahlkarte können keine Pannen passieren).

Wie jedes Jahr im Dezember-Heft wollen wir auch diesmal wieder auf die Möglichkeit von Geschenk-Abonnements hinweisen. Im Unterschied zum normalen Abo, das sich jeweils automatisch um ein Jahr verlängert, wenn es nicht gekündigt wird, endet das Geschenkaboo nach Ablauf des Jahres. Zur Vereinfachung unserer Buchhaltung bitten wir beim Geschenkaboo um Vorauskasse (Verrechnungsscheck) bei der Bestellung. Wer ein Geschenkaboo bestellt und bezahlt bekommt von uns ein Geschenk: Eine Serie mit 12 Postkarten mit farbigen Drucken chilenischer Arpilleras (gestickte Wandbilder).

bitte ausschneiden und einsenden an LATEINAMERIKA NACHRICHTEN, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN
Geschenkabonnement 1985

Ich bestelle ein LATEINAMERIKA NACHRICHTEN Geschenkaboo 1985

Schenker:

Name

Straße

PLZ Ort

.....
Datum Unterschrift

Beschenker:

Name

Straße

PLZ Ort

() Verrechnungsscheck DM 50,- liegt bei

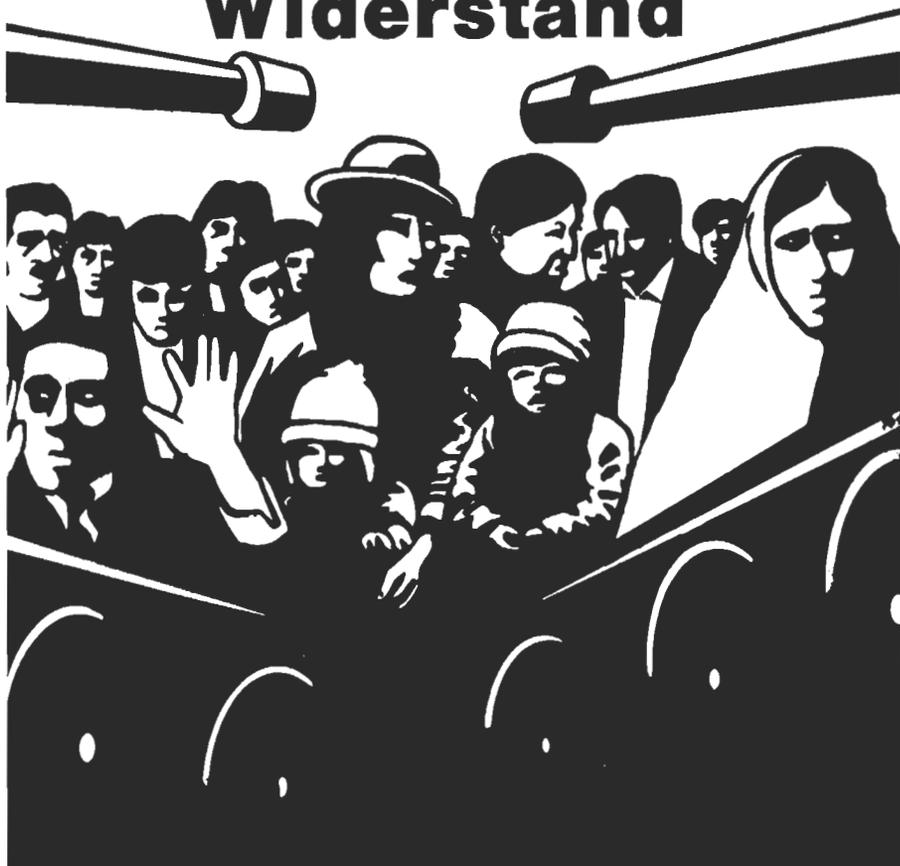
() 50 - Mark - Schein liegt bei
(In diesem Fall bitte per Einschreiben)

Impressum
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
Jahrgang 12 der CHILE-NACHRICHTEN
erscheint monatlich
(mindestens 11 Nummern pro Jahr)
ISSN 0174-6342
Redaktion: Redaktionskollektiv
V.i.S.d.P.: Christian Klemke
Druck: Movimento, Berlin-West
Redaktionsschluß dieser Nummer: 15. November 1984
Abo-Preise:
1984: DM 45,- / Übersee-Luftpost DM 70,-
1985: Individuelles Abo DM 50,- / Übersee-Luftpost DM 70,-
Institutionen-Abo DM 65,- / Übersee-Luftpost DM 85,-
Das Abonnement verlängert sich jeweils automatisch, bis es gekündigt wird. Kündigungsfrist 1 Monat. Das Abonnement wird kalenderjährweises berechnet, angefangene Jahre anteilmäßig. Zahlung erst nach Erhalt der Rechnung, dann aber bitte gleich auf Postscheckkonto Berlin-West 662 83-103
Zahlungen ohne Angabe der Rechnungsnummer können wir nur als Spende verbuchen.

Adresse:
LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN
Im Mehringhof
Gneisenaustr. 2
1000 Berlin 61
Tel. 030/6934029
Der Nachdruck von Artikeln aus den LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN ist nur nach vorheriger Rücksprache gestattet.
Zur Zeit gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1.6.1983
EIGENTUMSVORBEHALT
Die Zeitschrift bleibt Eigentum der LATEINAMERIKA-NACHRICHTEN GbR, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Eigentumsvorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender unter Angabe der Gründe der Nichtaushändigung umgehend zurückzusenden.

BOLIVIEN

Ein Volk im Widerstand



Sondernummer

192 Seiten

LATEINAMERIKA NACHRICHTEN

Berlin

September 1981

Solidaritätspreis DM 9,-

Zu diesem Heft

*Erase una vez
un lobito malo
a que maltrataban
todos los corderos*

*Es war einmal
ein lieber Wolf,
den maltratierten
alle Schafe.*

Diese Zeilen aus einem spanischen Kinderlied scheinen das Motto der Wahlberichterstattung und der Nachrichten über die US-Intervention der USA in Nicaragua in der Mehrheit der bundesdeutschen Medien zu sein. Wir haben versucht uns vorzustellen, was dabei herausgekommen wäre, wenn beispielsweise eine FAZ-Redakteur verwechselt hätte, auf welcher Seite die FAZ steht und wie sie dementsprechend die Fakten interpretiert:

UM EINEN REGIERUNGSWECHSEL GING ES NICHT

Nach einem Wahlkampf, der von fanatischen Anhängern des Regimes durch politischen Haß vergiftet wurde, errang der Amtsinhaber einen überwältigenden Sieg über seinen blassen und chancenlosen Gegenkandidaten. Trotz heftigen Wahlkampfgebahrens, das pluralistische Vielfalt vorspiegeln sollte, konnten unvoreingenommene Beobachter nie Zweifel am Ausgang dieser Wahlfarce haben, die wohl eher als ein Plebiszit zu bezeichnen ist. Das extreme Mehrheitswahlrecht sicherte dem Regime mit nur ca. 29% der Stimmen der Wahlberechtigten 96% der Wahlmänner. Schon dieses Verhältnis zeigt, daß die Gegenkandidatur nur ein demokratisches Feigenblatt abgeben sollte. Durch das antiquierte Wahlrecht blieben bedeutende Minderheiten und starke Dissidentengruppen von der politischen Vertretung im Parlament ausgeschlossen. Nur die beiden großen Staatsparteien hatten überhaupt eine Chance, Parlamentssitze zu erringen. Die niedrige Wahlbeteiligung von etwa 54% (das sind weniger als bei bundesdeutschen Kommunalwahlen) beweist, wie wenig dieses System in der Lage ist, das politische Interesse der Bürger zu wecken. Die eng verfilzte Herrschaftselite von Big Business, den beiden Staatsparteien und der korrupten Gewerkschaftsmafia lassen eine demokratische Öffnung nicht zu. In einer gleichgeschalteten Gesellschaft, in der die Jugend bereits in der Schule mit Fahnenappellen und nationalistischen Parolen indoktriniert wird, ist ein echter demokratischer Pluralismus ein Fremdwort. Von der neuen alten Regierung haben weder die statistisch ausgewiesenen 15% Armen, die am Rande des Existenzminimums vegetieren, noch die politisch und wirtschaftlich abhängigen Satellitenstaaten im Herrschaftsbereich der USA eine positive Veränderung zu erwarten. Die Wiederwahl Reagans ist somit wiederum kein Schritt hin auf eine pluralistisch-demokratische Entwicklung nach dem Vorbild der stabilen Demokratien Westeuropas.

GROSSER WAHLSIEG DER POPULÄREN REGIERENDEN PARTEI

Nach einem außerordentlich lebendigen Wahlkampf, in dem die sieben konkurrierenden Parteien um Unterstützung für ihre jeweiligen Vorschläge zur Lösung der nationalen Probleme warben, siegte die regierende FSLN mit großer Mehrheit. Über 80% der Wahlberechtigten bewiesen durch ihre Teilnahme an den ersten freien Wahlen in der Geschichte des Landes ihr politisches Interesse und ihre demokratische Reife. Trotz des breiten pluralistischen Parteienspektrums honorierten die Bürger die Regierungspolitik der letzten Jahre mit 68% der abgegebenen Stimmen. Nach übereinstimmenden Angaben ausländischer Wahlbeobachter verlief die Wahlprozedur trotz großer kriegsbedingter Probleme tadellos. Das Wahlgeheimnis war garantiert - eine Seltenheit in den lateinamerikanischen

Staaten -, und die Öffentlichkeit der Stimmauszählung ließ nicht einmal den Verdacht einer Manipulation aufkommen.

Im Vorfeld der Wahlen war es zu einem Konflikt mit einem Bündnis konservativer Splitterparteien gekommen, deren ausländische Finanzierung und Dirigierung kein Geheimnis ist. Diese sogenannte Coordinadora Democrática stellte absolut unerfüllbare Forderungen an die Regierung - um mit der Ablehnung dann den Wahlboykott legitimieren zu können. Dem unbefangenen Beobachter drängt sich der Eindruck auf, daß der Wahlboykott von vornherein feststand, da die Coordinadora nicht mit einem nennenswerten Stimmanteil rechnen konnte.

Das Votum der Bevölkerung hat dem beliebten jungen Präsidenten Daniel Ortega die notwendige politische Legitimation für die anstehenden schweren Entscheidungen verliehen. Diese Wahl hebt sich wohlthuend von dem Plebiszit ab, mit dem sich der US-Präsident auf weitere vier Jahre im Amt bestätigen ließ - vollkommen unbeeindruckt von den dringenden Forderungen des demokratischen Auslands nach einer politischen Öffnung des republikanischen Regimes.

Spaß und Tagträume von LN-Redakteuren beiseite. "Was wir getan haben, ist erst der Anfang von dem, was noch kommen wird", drohte Reagan noch in der Wahlnacht. Und UNO-Botschafterin Jeanne Kirkpatrick verkündete in der ihr eigenen Offenheit, spätestens drei Monate nach den Wahlen werde das "nicaraguanische Problem gelöst" sein. Es ist zu befürchten, daß die US-Regierung diese Drohung wahr macht. Mit dem Wahlsieg im Rücken wird Reagan sich in seinem aggressiven Kurs gegenüber Mittelamerika bestätigt sehen. Auch wenn die Republikaner im Abgeordnetenhaus und Senat keineswegs die erhofften Gewinne erzielen konnten, ist eine verstärkte Unterstützung des Kurses durch die anstehende Neubesetzung des Postens des Vorsitzenden im auswärtigen Ausschuß durch den bekanntesten Vertreter der "Neuen Rechten", Jesse Helms, zu erwarten, der sich vor allem durch seinen blindwütigen Anti-Kommunismus und Drohungen gegenüber Nicaragua einen Namen gemacht hat.

Der Präsident der (un-) "moral majority" hat nun vier Jahre lang freie Bahn; da die US-Verfassung eine dritte Präsidentschaftsperiode ausschließt, kann er nun - ohne Rücksicht auf eine angestrebte Wiederwahl - seinen Einzug in die Geschichtsbücher vorbereiten.

In Nicaragua löste der "überwältigende"(!) Wahlsieg Reagans verstärkte Invasionsbefürchtungen aus. Es ist sicher kein Zufall, daß ausgerechnet am Tag nach den Wahlen in Nicaragua ein sowjetisches Frachtschiff "entdeckt" wurde, das angeblich MIG-Kampfflugzeuge an Bord hatte. Dieser "Waffenrausch der Sandinisten" (Daily Mail vom 12.11.1984) wurde prompt zu einer Fast-Neuaufgabe der Kuba-Krise hochgespielt. US-Fregatten verfolgten den Frachter bis in nicaraguanische Hoheitsgewässer. Die US-Regierung spricht von einer bedrohlichen Aufrüstung Nicaraguas - da wird doch wirklich der liebe Wolf von den Schafen mißhandelt.

Eine bevorstehende Landung der US-Marines wurde von der sandinistischen Regierung schon so oft angekündigt, daß sie unterdessen kaum noch ernst genommen wird. Trotzdem bleibt eine Invasion eine mögliche Option der US-Regierung, die nicht vollständig auszuschließen ist. Aber das Starren auf eine Invasion darf uns nicht den Blick verstellen für die bereits längst laufende und zukünftig sicher verstärkte Intervention: finanzielle und militärische Aufrüstung der Contra-Verbände, Beratung durch US-Militärspezialisten, Anleitung zur Wirtschaftssabotage, Kreditboykott und internationale Diffamierung der nicaraguanischen Regierung. Diese Destabilisierungspolitik ist auch ohne direktes militärisches Eingreifen von US-Soldaten geeignet, den Prozeß des wirtschaftlichen Aufbaus und der gesamten Revolution zum Scheitern zu bringen.

Auch für El Salvador bedeutet der Ausgang der US-Wahlen eine verstärkte

finanzielle und militärische Unterstützung der Regierung Duarte und vor allem der salvadoreanischen Streitkräfte. Unter diesen Bedingungen muß man sich fragen, welchen Spielraum Duarte für den Dialog mit der FDR/FMLN hat, falls er ihn ernst meint. Ana Guadalupe Martínez, Mitglied der politisch-diplomatischen Kommission der FDR/FMLN sieht im Zustandekommen des "Dialogs" ein Zeichen für die Stärke der Guerilla; nur durch sie sei die Regierung zu dem Gespräch veranlaßt worden. Mit diesem "Dialog" habe die FDR/FMLN einen großen Schritt vorwärts auf eine politische Lösung des Konflikts gemacht, unter dem das Volk von El Salvador von Tag zu Tag mehr zu leiden hat.

Aber auch die FDR/FMLN hat nur einen sehr engen Verhandlungsspielraum. Jedes Zugeständnis, das eine militärische Schwächung der Guerilla darstellt, bringt die Gefahr mit sich, daß die Armee die Situation ausnutzt, um die Widerstandskämpfer zu massakrieren. Dafür kennt die Geschichte El Salvadors genügend Beispiele, die als Warnung dienen. Angesichts der Not der Bevölkerung ist es jedoch für die FDR/FMLN notwendig, jede Möglichkeit wahrzunehmen, die - wenn auch mit noch so geringen Erfolgsaussichten - eine Lösung des Konflikts näher bringen könnte. Die Wiederwahl Reagans bringt die Guerilla zusätzlich in Zugzwang: eine weitere Schwächung der salvadoreanischen Armee oder gar eine entscheidende Niederlage würde das Eingreifen der USA - und sei es unter dem Deckmantel verbündeter Staaten, die dann die Drecksarbeit machen - provozieren.

Reagan will Friedhofsruhe im "Hinterhof" Mittelamerika schaffen. Und Friedhofsruhe wünscht sich auch die chilenische Diktatur. Nach dem überraschend erfolgreich verlaufenen Generalstreik schlägt jetzt Pinochet um sich. Massenverhaftungen, Razzien, Verbannungen und das erneute "Verschwinden" von Menschen wecken Erinnerungen an die Repression nach dem Putsch von 1973. Bei anhaltender Unruhe hat Pinochet eine Wiederholung des 11. September angedroht. So wichtig die Solidarität mit Mittelamerika ist - gerade in diesem Augenblick darf die Solidaritätsbewegung darüber nicht Chile aus den Augen verlieren. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß Solidaritätsaktionen gegen die Repression in Chile in nächster Zeit notwendiger sein werden als seit Jahren.



CHILE

Pinochet will die Opposition zerschlagen

Chile hat einmal mehr das Interesse der Weltöffentlichkeit auf sich gezogen. Wie in den vergangenen elf Jahren seit der Machtübernahme durch die chilenischen Militärs sind die Nachrichten aus dem südamerikanischen Land alles andere als positiv, sondern sehr beunruhigend, denn sie weisen auf eine weitere Verschärfung der innenpolitischen Situation hin. Am 6. November machte der selbsternannte Staatspräsident Augusto Pinochet die seit einiger Zeit immer wieder angekündigte Drohung wahr, den 11. September (Putsch gegen die Regierung von Salvador Allende) zu wiederholen, also gegen das eigene Volk zu putschen, diesmal aus der Regierungsposition. Was dies bedeutet, mag wohl jeder zu ermessen, der sich an Bilder und Berichte aus Chile während der ersten Monate nach dem gewaltsamen Umsturz unter Führung Pinochetes erinnert: verschärfte Ausnahmezustand, nächtliche Ausgangssperren, Massenverhaftungen, Razzien in den armen Wohnvierteln, willkürliche und unkontrollierbare Verhaftungen, Folter, ... und damit Angst und Schrecken unter der chilenischen Bevölkerung.

Wie war es aber zu dieser dramatischen Entwicklung der letzten Wochen gekommen? Am 4. Oktober beschloß die Generalversammlung des Nationalen Arbeiterkommandos (CNT), am 30. desselben Monats den bereits in der ersten Jahreshälfte angekündigten, aber nie zustande gekommenen Generalstreik durchzuführen. Wiederholt hatten führende Gewerkschafter der in der CNT zusammengeschlossenen Organisationen versucht, der Regierung einen Petitionskatalog der chilenischen Arbeiter vorzulegen, sie wurden aber nie auch nur empfangen; dieser Umstand war für den Streikbeschluß nicht ohne Bedeutung. Schwerwiegendere Gründe lagen zweifellos in den Folgen der Pesoabwertung um immerhin 23,6%, die eine Flut von Preiserhöhungen mit sich brachte, die in erster Linie die ärmsten Bevölkerungskreise in ihrer Existenz bedroht, aber auch den immer weiter verelendenden Mittelstand an den Rand des Existenzminimums bringt. Die Teuerungen betrafen vor allem unerläßliche Grundnahrungsmittel, die teilweise von einem Tag auf den anderen einen Preisanstieg von mehr als einem Drittel erfuhren (Brot wurde um 36,8%, Mehl um 24,9% und Speiseöl um 33,5% teurer). So errechnete die Zeitschrift ANALISIS an Hand eines von ihr erarbeiteten und seit einiger Zeit beobachteten, repräsentativen Warenkorb, dem der bescheidene Konsum von fünf Personen in einem Monat zugrundegelegt wurde, zwischen August und der letzten Septemberwoche eine Preissteigerung um 21,07% (vgl. ANALISIS Nr. 92, S. 10ff).

Damit wurde die Lage der chilenischen Arbeiter noch verzweifelter, schließlich haben die Grundnahrungsmittel seit der Einfrierung der Löhne 1981 Teuerungen zwischen 70 und 220% erfahren (ANALISIS Nr. 92). Folgerichtig gehören zu den Hauptforderungen, denen die CNT mit ihrem Streikaufruf Nachdruck verleihen will, neben den politischen Forderungen nach Beendigung der Pinochet-Diktatur und Wahl einer verfassunggebenden Versammlung auch die nach Einfrierung der Preise, einem 25%igen Inflationsausgleich und Einführung eines Mindestlohns für alle chilenischen Arbeiter einschließlich der Rentner und der in den staatlichen Beschäftigungsprogrammen angestellten, völlig unterbezahlten Arbeitslosen. Das neoliberalistische Wirtschaftsmodell der Chicagoer Schule, das in Chile unter "günstigsten" Bedingungen durchgesetzt werden konnte, hat den Niedergang der Volkswirtschaft und eine ungeheure Arbeitslosigkeit mit sich gebracht: jeder dritte Chilene im arbeitsfähigen Alter ist heute ohne feste Anstellung. Nicht zuletzt in dieser hohen Arbeitslosenrate sah der bürgerliche Block in der Opposition einen Grund, warum ein Generalstreik, der auf eine 24stündige und

eventuell längere Lahmlegung des öffentlichen Lebens einschließlich der Betriebe abzielte, zum Scheitern verurteilt war. Die Idee eines solchen landesweiten Proteststreiks stieß so zu Beginn bei der christdemokratischen Partei und ihren Verbänden auf Skepsis bis Gleichgültigkeit, die durch die Entscheidungen der Gewerkschaften der Kupfer- und Erdölarbeiter untermauert wurde, den Streik zwar zu unterstützen, sich aber nicht aktiv daran zu beteiligen. Zu schwer wogen dabei sicherlich die Erinnerungen an die Folgen der Arbeitsniederlegung im Kupferbergbau im vergangenen Jahr: als Antwort der Regierung wurden 800 Arbeiter entlassen, die zum größten Teil bis heute nicht an ihren Arbeitsplatz zurückkehren konnten. Ein zweites Hindernis für die erfolgreiche Durchführung der landesweiten Streikaktion war somit das zu erwartende repressive Vorgehen der Junta, verbunden mit der strengen Nachrichtenkontrolle und Pressezensur, die den für eine solche Aktion notwendigen Informationsfluß und die Mobilisierung erschwerten. Doch auf der anderen Seite war die zunehmende Unzufriedenheit ständig wachsender Bevölkerungskreise zu beobachten, für die eine weitere Duldung des Pinochet-Regimes zur Existenzfrage wird und die in immer stärkerem Maße bereit sind, alles auf eine Karte zu setzen.

Die nicht allzu erfolgversprechenden Bedingungen für den geplanten landesweiten Warnstreik waren allerdings nicht der entscheidende Grund dafür, daß sich die führenden Vertreter der Christdemokratie und der mit ihr in der Demokratischen Allianz (AD) zusammengeschlossenen Parteien aus der Vorbereitung dieser Protestaktion heraushielten und erst eine Woche vor dem Termin halbherzig ihre Unterstützung bekanntwerden ließen. Vielmehr setzte ein einflußreicher Teil der AD, gemeinsam mit der traditionellen Rechten um die Nationale Partei (PN) einmal mehr auf Verhandlungen mit dem Regime. Pinochet hatte sehr konziliante Töne von sich gegeben, und Junta-Mitglied General Matthei hatte gar die Oberbefehlshaber der vier Waffengattungen als geeignete Gesprächspartner für einen Dialog mit der Opposition angeboten. Als Gegenleistung wollte die Nationalpartei - zweifellos im Hinblick auf die Christdemokraten - "als Zeichen guten Willens" der Regierung die Einstellung weiterer Protestaktionen offerieren; es versteht sich von selbst, daß die Kommunistische Partei von den Verhandlungen und natürlich der Beteiligung an einer eventuellen Übergangsregierung ausgeschlossen werden sollte.



Das lange Zögern der DC in der Frage einer Unterstützung des Generalstreiks ist zweifellos mit der parteiinternen Auseinandersetzung über diese neuerliche Dialogofferte zu erklären, die bei einflussreichen Christdemokraten auf Wohlwollen stieß. Offensichtlich hat die Christdemokratie in den vergangenen elf Jahren nicht dazugelernt. Anfangs befürwortete sie den blutigen Putsch in der Hoffnung, die Militärs würden ihnen die Dreckarbeit abnehmen und dann die Macht auf dem Tablett servieren; diese Hoffnung hat sie nie aufgegeben, obwohl sie in den Zeiten, als sie selber von der Repression in stärkerem Maße betroffen war, eine engere Zusammenarbeit mit der übrigen Opposition anstrebte. Dennoch waren die führenden Christdemokraten nie zu einer gleichberechtigten Zusammenarbeit mit der größten linken, der Kommunistischen Partei bereit, der sie immer den Vorwurf des Hegemonieanspruchs gemacht hat; vielmehr haben sie immer versucht, die chilenische Linke zu spalten und damit ihre eigene Bedeutung innerhalb der Opposition zu stärken. Auf der anderen Seite hatte die DC offensichtlich keine politischen und humanitären Bauchschmerzen, sich nicht nur mit dem Hauptverantwortlichen des grausamsten Militärputsches in Lateinamerika an einen Tisch zu setzen, sondern sogar einer weiteren Machtausübung Pinochets zuzustimmen: dies war die entscheidende Vorbedingung des Diktators für Verhandlungen mit der Opposition.

Doch diese Verhandlungen scheinen endgültig gescheitert zu sein. Der Grund ist darin zu suchen, daß der unerwartete Erfolg des 24stündigen Warnstreiks am 30. Oktober nicht nur die Christdemokratie bzw. deren Führung zu einer Kursänderung zwang, sondern auch das Regime soweit isolierte und in die Ecke drängte, daß es sich gezwungen sah, in der mehrfach angedrohten, aber dennoch unerwartet heftigen Form loszuschlagen. Was war geschehen? Es war der Streikbewegung gelungen, das Land in bisher unbekannter Weise lahmzulegen; auch wenn dies nicht zu 100% erreicht werden konnte, war doch eine unübersehbare Entwicklung im Vergleich zu vorangegangenen Protesttagen nicht zu übersehen. Der öffentliche Verkehr in den Städten und auf dem Lande kam völlig zum Erliegen. Die Einzelhändler ließen ihre Läden in den armen Stadtbezirken ausnahmslos geschlossen, während sich in der Innenstadt von Santiago etwa die Hälfte der Geschäfte am Protest beteiligte und die Türen nicht öffnete; Schüler und Studenten boykottierten in großem Umfang ihre Lehrveranstaltungen. Zum ersten Mal gelang es auch, einen großen Teil der chilenischen Arbeiter in den landesweiten Ausstand einzubeziehen: in der Milch- und Nahrungsmittelindustrie wurde die Arbeit völlig niedergelegt, 80% der Metall- und sogar 90% der Textilarbeiter streikten. Auch der Lastkraftverkehr wurde von den Spediteuren in ganz Chile lahmgelegt. In den Banken wurde zwar gearbeitet, doch fanden spontane Versammlungen zur Solidarisierung mit dem Warnstreik statt, ebenso wie bei den Kupferarbeitern, die ihre Arbeit zeitweise niederlegten. Die Arbeiter in der Stahlindustrie beteiligten sich zu 60%, die Bergleute in den Kohleminen zu 80% am Proteststreik.

Der 24stündige, landesweite Warnstreik ist insgesamt als großer Erfolg der Opposition zu bewerten. Auch wenn keine 100%ige Lahmlegung des öffentlichen Lebens in Chile erreicht werden konnte, wurden doch die vollkommene Isolation des Militärregimes und der Überdruß der Chilenen deutlich, die Willkürmaßnahmen und die Folgen der völlig gescheiterten Wirtschaftspolitik länger hinzunehmen. Und die Ereignisse am 30. Oktober haben auch die politische Fehleinschätzung der Christdemokraten offenkundig werden lassen, die den Streik nur sehr halbherzig unterstützt und vielmehr auf Verhandlungen mit dem Regime gesetzt hatten. Man kann nur hoffen, daß dies nicht ohne Folgen für die demnächst anstehenden Vorstandswahlen in der DC bleibt.

Die Intensität und Dynamik der Protestbewegung riefen nicht nur die seit langem unweigerlich auf jeden Protest folgende Repression und Gewalt hervor, sondern setzten Pinochet und seine Männer so unter Zugzwang, daß sie die einzige Möglichkeit der Machterhaltung im brutalen Zuschlagen gegen die eigene Bevölkerung sahen. Innenminister Onofre Jarpa, der von der Regierung als Mann des Dialogs aufgebaut worden war, reichte am 5. November zusammen mit seiner gesamten Regierungsmannschaft seinen Rücktritt ein, den Pinochet am nächsten Tag ablehnte (nur Arbeitsminister Hugo Cálvez, mit dem es seit einiger Zeit Spannungen gege-

ben hatte, wurde nicht in seinem Amt bestätigt). Damit war dem Altfaschisten Jarpa, den Beobachter bereits vor Wochen als Mann Pinochets ansahen und dem eine "Art Symbiose mit dem Generalkapitän" nachgesagt wird, freie Hand gegeben, nun den Kampf gegen die wachsende Opposition mit durchschlagenderen Mitteln zu führen. Wieder einmal wurde dabei mit der Verhängung des Belagerungszustands der militärische Ausweg aus der Krise der Diktatur gesucht, Polizei und Militär übernehmen erneut ganz offen die Herrschaft in den chilenischen Städten. Ähnlich wie in den ersten Monaten nach dem Putsch von 1973 werden wieder die um die großen Städte liegenden und ständig anwachsenden Armensiedlungen durchkämt und deren Einwohner massenweise festgenommen. Auf die Büros der linken Parteien und oppositionellen Organisationen wurden Brandschläge verübt, führende Gewerkschafter und linke Politiker sind verhaftet worden, sofern sie sich nicht rechtzeitig in den Untergrund absetzen konnten. Allerorten finden Haussuchungen statt, oppositionelle Zeitungen, die bisher schon einer Vor- und Bildzensur unterlagen, wurden nun vollends verboten. In besonderem Maße richtet sich das brutale Vorgehen des Regimes auch gegen die Katholische Kirche, deren kontinuierliche humanitäre und soziale Arbeit in den Elendsvierteln und unter den Arbeitslosen dem Diktator ebenso seit langem ein Dorn im Auge war wie die zunehmend scharfe Kritik seiner Politik durch eine Reihe von Bischöfen. So wurde das Treffen der chilenischen Kirchenvertreter mit Exilierten anlässlich ihrer Ad-Limina-Reise nach Rom propagandistisch als Beweis für die enge Verbindung der Kirche mit Kommunisten ausgeschlachtet, was nur eine Fortsetzung der Hetzkampagne gegen das Solidaritätsvikariat des Erzbistums Santiago in den vergangenen Monaten ist. Vor wenigen Tagen wurde dem geistlichen Leiter dieses Vikariates, Ignacio Gutiérrez, die Rückkehr nach Chile untersagt, viele seiner Mitarbeiter in den Armenvierteln wurden verhaftet und von der Polizei verschleppt.



Die Eskalation der Repression hat dem Pinochet-Regime zunächst eine neuerliche Atempause verschafft und die Opposition in ihrem Kampf um Beendigung der Militärregierung zurückgeworfen; auf militärischem Gebiet hat sie der chilenischen Armee noch nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen, auch wenn die jüngsten Anschläge auf eine qualitative Verbesserung der Widerstandskraft hindeuten. Die verzweifelte Reaktion der Diktatur ist allerdings ein unübersehbares Indiz für ihre immer verzweifeltere Lage. Wie lange wird sie sich noch durch bloße Gewalt gegen den Willen der überwältigenden Mehrheit der Chilenen an der Macht halten können? Daß der Widerstandswille der Opposition keineswegs gebrochen ist, hat nicht zuletzt die neuerliche Ankündigung eines landesweiten Protesttages für den 27. und 28. November gezeigt. Es bleibt abzuwarten, in welchem Maße eine solche Aktion auch unter den Bedingungen des Belagerungszustandes realisierbar sein wird, doch läßt sich wohl schon jetzt voraussagen, daß Pinochet das chilenische Volk nicht auf ewig durch militärische Gewalt unterdrücken können wird.



Trotz der Bildzensur, die von der Regierung über die oppositionellen Zeitungen verhängt worden war, veröffentlichte ANALISIS verschiedene Fotos mit Streikaufrufen, die vor dem 30. Oktober in chilenischen Städten zu lesen waren.

URUGUAY

Im Wahlmonat

BINGO A LA URUGUAYA: DAS URUGUAYSCHES WAHLGESETZ

1971 fanden in Uruguay die letzten nationalen Wahlen statt. Damals gewann der reaktionäre Flügel der Colorado Partei um Bordaberry knapp gegenüber dem Gegenkandidaten der Blanco-Partei WFA (Wilson Ferreira Aldunate). Obgleich WFA verhältnismäßig die meisten Stimmen bekam und damit persönlicher Wahlsieger war, wurde auf Grund eines besonderen Wahlgesetzes die Regierungsverantwortung Bordaberry, der 1973 den Staatsstreich ermöglichte, übertragen.

Das Wahlgesetz in Uruguay ermöglicht die Summierung von Wählerstimmen für unterschiedliche politische Fraktionen unter einem gemeinsamen Wahlspruch (lema). Die Partei bzw. das Wahlbündnis, das die meisten Stimmen auf sich vereinigen kann, ist Wahlsieger und die stimmenstärkste Fraktion innerhalb dieser Partei stellt die Regierung. So kann es passieren, daß eine parteipolitische Fraktion die Regierung stellen kann, obgleich eine Fraktion der anderen Partei absolut mehr Stimmen bekam. Dies war 1971 der Fall. In der Konsequenz bedeutet dieses Wahlgesetz, daß der Wähler erst nach den Wahlen weiß, welche Regierung er eigentlich gewählt hat.

Vor dem Hintergrund ideologischer Vielfalt in den traditionellen Parteien kann die Summierung der Stimmen, die die einzelnen ideologischen Strömungen erhalten haben, dazu führen, daß der Wähler einer progressiven Fraktion möglicherweise mit seiner Stimme die Regierungsübernahme einer eher reaktionären Fraktion der "eigenen" Partei ermöglicht und damit die Durchsetzung einer ihm vielleicht näherstehenden Fraktion der Gegenpartei verhindert.

In Bezug auf die traditionellen Parteien kommt erschwerend hinzu, daß die unterschiedlichen Fraktionen einer Partei vor der Wahl bislang kein für alle verbindliches Parteiprogramm entwickelten. Eine innerparteiliche Diskussion existierte bis heute so gut wie nicht und das Kräfteverhältnis in den jeweiligen Parteien entschied sich bei den nationalen Wahlen. Damit konnte natürlich die Siegerfraktion ihr Programm umsetzen. Mit dem von den Militärs durchgesetzten Parteiengesetz 1982 wird nun eine minimale innerparteiliche Demokratie vorausgesetzt. Vorgeschrieben sind nun u.a. die Einrichtung eines Parteitages und die Verabschiedung eines Parteiprogramms. Die Versuche, das parteiinterne Leben zu demokratisieren, werden jedoch durch die Beibehaltung des "ley de lema" unterwandert. So kandidieren jetzt für beide traditionellen Parteien trotz formell gemeinsamem Programm und Parteitag jeweils zwei Präsidentschaftsanwärter. Für die Colorado Partei kandidieren Julio Sanguinetti, Repräsentant des Mehrheitsflügels und Pacheco, Kandidat der extremen Rechten. Für die Blanco-Partei kandidieren Alberto Zumarán, der Wilson F. Aldunate vertritt und vom demokratischen Mehrheitsflügel unterstützt wird und Dardo Ortiz für die Konservativen. Im Gegensatz dazu hat sich die Frente Amplio, die sich auch aus Gruppierungen und Parteien unterschiedlicher ideologischer Strömungen zusammensetzt, auf einen Präsidentschaftskandidaten geeinigt.

Dieses besondere Wahlsystem hat mit dazu beigetragen, das Überleben der beiden großen Parteien zu sichern und ihre Vorherrschaft gegenüber den kleinen Parteien

zu behaupten. Heute mehr denn je wird jedoch die ideologische Zerrissenheit der beiden Parteien deutlich. In beiden Parteien gibt es Fraktionen, die ideologisch und faktisch das diktatorische System unterstützen und andere, die es bekämpfen. Dies wurde besonders deutlich in der Volksabstimmung zum Verfassungsentwurf 1980. Obgleich die Mehrheit in beiden traditionellen Parteien heute eindeutig von den demokratischen Fraktionen gestellt wird, können und wollen sich diese nicht von den Rechten trennen.

Eine solche Trennung würde die Wahlchancen der jeweiligen Fraktionen gegenüber den Gegenparteien erheblich vermindern. Um sich auf nationaler Ebene durchzusetzen, brauchen die fortschrittlichen Parteien die Stimmen der Rechten. Diese wiederum rechnen mit Machtbeteiligung, Staatspöbchen und programmatischen Zugeständnissen.

Das machtpolitische Kalkül und das Wissen, daß dieses Wahlgesetz die grundlegende Bedingung für die Weiterexistenz der traditionellen Parteien ist, führt von Seiten der Mehrheitsfraktionen zu einer uneingeschränkten Verteidigung dieses Wahlgesetzes. Nur die Linken in den traditionellen Parteien und die Frente erheben die Abschaffung dieses "ley de lema" zum Programm.

Die gestiegene Bedeutung und wahlpolitische Kraft der Frente als dritte Option stellt nicht nur faktisch die Weiterexistenz des Zweiparteiensystems in Frage, sondern führt notwendigerweise auch zu einer ideologischen Neustrukturierung des Parteienspektrums. Die Wählerschaft teilt sich nunmehr nicht mehr so sehr in Blancos und Colorados, sondern in Rechte und Linke, Neoliberale und Sozialpolitiker, Reaktionäre und Demokraten. Die Diktatur hat ihren Teil dazu beigetragen, diese Neuformierung zu ermöglichen.

Anzeichen für diese neue Polarisierung gab es schon bei den parteiinternen Wahlen 1982, an denen die gesamte Bevölkerung unabhängig von ihrer parteipolitischen Mitgliedschaft teilnehmen konnten. Bevor die Frente Amplio sich entschloß, zu der Abgabe eines weißen Stimmzettels aufzurufen, bestand die Überlegung, die demokratische Fraktion der Blanco-Partei zu unterstützen, da diese von allen bürgerlichen Fraktionen die radikalste Opposition gegenüber dem Militärregime ausdrückte.

Heute scheint insbesondere die Rechte sich dieser Situation immer mehr bewußt zu werden. Unabhängig von ihrer parteipolitischen Einbindung - die sich zum Teil über Familiengenerationen hinwegzieht - wird die Rechte ihren Kandidaten unterstützen.

Der Radikalismus der Blanco-Partei gegenüber dem Militärregime und die eindeutige Mehrheitsposition der Ferreira-Fraktion führt dazu, daß auch die traditionelle Rechte der Blanco-Partei bei den anstehenden Wahlen die Colorado-Partei wählen wird. Eine starke Position der Rechten innerhalb der Colorado-Partei würde damit wiederum die Weiterexistenz der Linken um die Jugendorganisation CBI, geführt von Manuel Flores Silva, in der Colorado-Partei gefährden.

EIN SPATZ IN DER HAND ...

Wie immer auch die Wahl ausgehen mag, gewiß ist, daß eine der demokratischen Fraktionen die Wahl gewinnen wird. Dieser Wahlsieg bedeutet jedoch nicht den endgültigen Sieg über das jetzige Militärregime. Anders als in Argentinien treten die Militärs nicht geschlagen von der politischen Bühne ab. Die Institution der Streitkräfte ist intakt und nicht zerbröckelt durch interne Grabenkämpfe. Zumindest in den oberen Rängen der militärischen Hierarchie ist man immer noch von der historischen Notwendigkeit seiner Mission überzeugt. Eingeständnisse wie solche von Rapela, General und Innenminister, "Ich denke, daß unsere Ideen

und das, was wir glaubten, realisieren zu können, viel weiter ging als wo wir jetzt angekommen sind", sind selten. Ein Gefühl der Schuld besteht im allgemeinen nicht und ihr Versagen wird wenn überhaupt auf die international bedingte ökonomische Situation zurückgeführt.

Auf Grund ihres faktischen Gewaltmonopols können die Militärs auch jederzeit versuchen, unter neuen Bedingungen ihre alten Ideen wieder durchzusetzen. Ihre noch vorhandene Verhandlungsmacht zeigt sich in den Bedingungen, die sie letztlich doch für ihren Abtritt setzten. In dem konstitutionellen Akt Nr. 19, der



Kinder exilierter Uruguayer besuchen das Land, in das sie noch in diesem Jahr mit ihren Familien zurückzukehren hoffen.

in Verhandlung mit den Streitkräften von der Colorado-Partei, der Union Civica und der Frente Amplio akzeptiert wurde, erscheinen erneut, wenn auch etwas abgeschwächt, Positionen, die schon in dem 1980 mehrheitlich abgelehnten Verfassungsentwurf standen. Dies bezieht sich insbesondere auf die Einrichtung der COSENA (Nationaler Sicherheitsrat), der dem Militär ein politisches Mitspracherecht garantiert und der eingeräumten Möglichkeit, den nationalen Notstand auszurufen, was gleichbedeutend mit der Außerkraftsetzung aller demokratischen Garantien ist. Die Bestimmungen bezüglich der Anlässe für die Ausrufung des Notstandes sind so vage und breit gehalten, daß darunter unter anderem jeder Streik fallen kann.

Obgleich alle Parteien, die diesem Verfassungsakt zugestimmt haben, heute versprechen, ihn nicht anzuwenden, hat bislang keine sich durchringen können, diesbezüglich eine schriftliche Verpflichtung abzugeben.

Die Zustimmung zu diesem Verfassungsakt von Seiten der Opposition kam für viele überraschend. Es ist jedoch kennzeichnend für den Demokratisierungsprozeß in Uruguay, daß die politische Opposition ein ausgeprägtes Verständnis für "Realpolitik" hat, nicht auf Prinzipien beharrend sondern Stück für Stück Positionen gewinnend. Dies zeigt sich auch darin, daß jetzt die Wahlen durchgeführt werden, obgleich immer noch Parteien verboten sind, so z.B. die kommunistische Partei,

politische Führer ein Funktionsverbot haben und es auch noch politische Gefangene gibt. Der Satz "wer heute alles will, bekommt nichts", reflektiert die noch bestehende Macht der Streitkräfte. Sie können den Demokratisierungsprozeß immer noch stoppen oder verlangsamen.

Vor diesem Hintergrund besteht die von der Opposition eingeschlagene Strategie darin, die dem Öffnungsprozeß feindlich gegenüberstehenden Kräfte zu neutralisieren und die Liberalisierungsfraktion zu stärken. In diesem Zusammenhang ist die Verfolgung von Verbrechen, die von den Militärs in Form von Folterungen, Entführungen, Mord, aber auch ökonomischer Vergehen begangen wurden, zu sehen. Die traditionellen Parteien und auch die Frente Amplio äußern sich in dieser Hinsicht eher zurückhaltend und wenn, dann dahingehend, daß möglicherweise Einzelfälle untersucht werden, aber auf keinen Fall die gesamte Institution bzw. ihre jeweiligen Repräsentanten für die Geschehnisse der vergangenen Jahre verantwortlich gemacht werden sollen.

Die Gefahr einer Unterbrechung des Demokratisierungsprozesses ist auch noch nach der Regierungsübernahme durch die Opposition im Mai 1985 gegeben. Die zugespitzte ökonomische Situation, die Möglichkeit, im erweiterten demokratischen Rahmen wieder die Interessen der unterschiedlichen sozialen Sektoren zum Ausdruck zu bringen, kann zu sozialen Spannungen führen, die eine Destabilisierung der neuen Regierung verursachen können. Dies könnte dann Anlaß zu einer erneuten Intervention der Streitkräfte sein.

Der politischen Gefahren bewußt, denen sich die zukünftige Regierung aussetzt, entwickelte sich aus der Multipartidaria, dem Zusammenschluß der politischen Opposition, eine konzertierte Aktion zur Ausarbeitung eines minimalen Regierungskatalogs, der auf dem Konsens aller Parteien und sozialen Sektoren beruhen soll. Dieses Programm, das kurz vor den Wahlen noch fertiggestellt wird, soll die von der zukünftigen Regierung durchzuführenden Sofortmaßnahmen und den allgemeinen Rahmen ihrer Politik festlegen. Dies ist vor allem deswegen wichtig, weil sich nach dem oben beschriebenen Wahlgesetz zwar eine dem Stimmenanteil der unterschiedlichen Fraktionen entsprechende Besetzung des Parlaments ergibt, die Regierung aber eine Minderheitenregierung, die nicht einmal über 30 % der Parlamentssitze verfügt, sein wird.

Mittlerweile ist allgemeiner Konsens, daß die konzertierte Aktion nach den Wahlen institutionalisiert werden soll. Von einigen Parteien ist auch die Möglichkeit einer Regierungsbeteiligung anderer Parteien erwähnt worden. Das von den Mehrheitsfraktionen von Colorados, Blancos und Frente Amplio ausgearbeitete Programm könnte eine Grundlage für eine mögliche Regierungskoalition darstellen, die dann auch über eine Mehrheit im Parlament verfügen würde. Es ist allerdings schwer abzuschätzen, ob die Parteien bei der Umsetzung in konkrete Regierungspolitik genauso flexibel sein werden wie bei der Ausarbeitung des Programms. Dies hängt nicht zuletzt vom Abschneiden der Fraktionen bei der Wahl und den damit sich ergebenden Koalitionsnotwendigkeiten ab sowie von der weiterbestehenden Drohung eines erneuten Eingreifens des Militärs gegen eine gewählte zivile Regierung.

Grundlegende Probleme einer gemeinsamen politischen Strategie nach den Wahlen zeigten sich schon bei der Formulierung des Programms. Einer der wichtigsten Konfliktpunkte ist die Frage der Amnestie für politische Gefangene: Während die Frente Amplio und die Blancos auf einer bedingungslosen Amnestie für politische "subversive Aktionen" bestehen, will die Colorado-Partei ein "differenzierteres" Vorgehen: es soll zwischen einer Amnestie (derzufolge die Tat praktisch nicht stattgefunden hat) und einer Begnadigung (der Häftling wird zwar freigelassen, bleibt aber juristisch schuldig) unterscheiden. Dies würde bedeuten, daß alle Fälle in einem komplizierten Gerichtsverfahren neu verhandelt werden müssen, das sich lange hinziehen kann, bevor die Opfer der Diktatur tatsächlich aus den Gefängnissen befreit werden. Dieser Streitpunkt wurde auf einer Sitzung - vorläufig beendet - bei der die Colorados nicht anwesend waren.

DIE PARTEIEN IM WAHLKAMPF

Seit sich die Möglichkeit für Wahlen in Uruguay abzeichnet, läßt sich feststellen, daß alle Fraktionen quer durch die Parteien zu "Demokraten" geworden sind. Dennoch lassen sich bei der Stimmenwerbung unterschiedliche Akzentuierungen erkennen.

Trotz ihrer traditionell sehr konservativen Wählerschaft führte die andauernde Inhaftierung des Führers des Mehrheitsflügels der Blanco-Partei, Wilson Ferreira Aldunate, zu einem verblüffend radikalen politischen Diskurs dieser Partei, in dem sie oft sogar die Frente Amplio links überholt. Damit versucht sie diejenigen Wählerschichten an sich zu binden, die ohne feste Parteipräferenz gegen die Diktatur eingestellt sind. Damit versuchen die Blancos gerade diejenigen Wähler zu gewinnen, denen die Politik der Frente Amplio gegenüber dem Militärs zu wenig radikal und zu friedlich ist. Während die Blancos bisher vor allem die Colorados attackiert haben, letztere würden eine politische Kontinuität gegenüber dem Militärregime vertreten, werfen sie genau das nun auch der Frente Amplio vor. Diese ständigen Angriffe gegen die Konkurrenzparteien können jedoch nicht über die faktische Inhaltslosigkeit der Vorstellungen über ein zukünftiges Uruguay hinwegtäuschen. Statt auf konkrete politische Aussagen setzen die Blancos vor allem auf die Person ihres Führers Ferreira Aldunate, der allein durch seine Inhaftierung für Qualität zu bürgen scheint.

Da das linksoppositionelle Spektrum bereits fest in der Hand der Blancos und der Frente Amplio ist, bleibt den Colorados bei ihrer Wählersuche nur der Versuch, traditionell konservative und rechte Wählerschichten zu gewinnen. Im Gegensatz zu den beiden anderen Parteien setzen die Colorados in ihrem Parteiprogramm und im politischen Diskurs immer noch auf den wirtschaftlichen Neo-liberalismus, wie ihn die Diktatur durchzusetzen versuchte. Ein nicht unwichtiges Parteimitglied äußerte zudem auch noch die Auffassung, die "bewaffnete Subversion" stelle weiterhin eine Bedrohung des Staates dar - womit er den Vorwurf des "continuismo", des bruchlosen Anschlusses an die Propaganda des Militärs bestätigte. Der Wahlsieg des Präsidentschaftskandidaten der Colorado-Mehrheitsfraktion würde nicht umsonst von den USA gern gesehen.

Die Frente Amplio, die bisher als nicht regierungsfähiges Bündnis der radikalsten parteipolitischen Gruppen galt, ist bemüht, sich als wählbare und ernst zu nehmende politische Alternative darzustellen. Tatsächlich ist die Frente Amplio die Partei in Uruguay, die sich angesichts der bevorstehenden Weichenstellungen am ernsthaftesten bemüht, Antworten auf die politischen Fragen zu geben und dabei auch Konzepte formuliert, an denen die anderen Parteien nicht vorbeikommen, sie oft aufnehmen oder sich zumindest mit ihnen auseinandersetzen. Damit übt die Frente Amplio eine Art "ideologische Hegemonie" aus, in der sie die wichtigsten politischen Bezugspunkte für alle Parteien definiert. Zusätzliches Gewicht erhielt sie durch die Anerkennung seitens der Militärs als Verhandlungspartner, so daß sie von keiner ernst zu nehmenden politischen Gruppe mehr übergangen werden kann. Ihr Wahlkampf wird unter dem Slogan ihres Generalsekretärs Liber Seregni "Movilización, negociación, concertación" (Mobilisierung, Verhandlung, Vereinheitlichung) geführt. Um ihre Seriosität auch im Wahlkampf Alltag unter Beweis zu stellen, wurden die Parteimitglieder gar angehalten, die überhandnehmenden Graffiti mit Parteiparolen an den Häuserwänden mit weißer Farbe zu löschen und ein sauberes Stadtbild wiederherzustellen.

Zwar kann man zu diesem Zeitpunkt noch keine Prognosen über einen genauen Wahlausgang machen, doch erscheint es als überaus wahrscheinlich, daß die Frente Amplio nicht nur den zukünftigen Bürgermeister von Montevideo stellen wird (wo

fast die Hälfte der Bevölkerung lebt, und wo die wichtigen nationalen Entscheidungen fallen), sondern auf jeden Fall auch im Parlament eine starke Fraktion bilden wird. Damit ist das Ende des traditionellen Zwei-Parteien-Systems in Uruguay eingeläutet.



Studenten der Frente Amplio reinigen die Fassade der Universität

BOLIVIEN

Die bedrängte Demokratie

Bolivien wird in den internationalen Medien meist mit Militärputschen und Kokain assoziiert; daß es aber auch ein Land ist, in dem ein kämpferisches Volk sich immer wieder gegen Waffengewalt und politische Entmündigung zur Wehr setzt, wird kaum erwähnt. Auch die jetzige Regierung der UDP ist Ausdruck dieses demokratischen Willens, der sich nicht nur an den Urnen Mitte 1980 manifestierte, sondern insbesondere auch im zweijährigen Widerstand gegen die Militärs, die sich an die Macht geputscht hatten.

Ob der im Oktober 1982 wiederhergestellte Rechtsstaat allerdings die umkämpfte Demokratie gebracht hat, darüber gehen die Meinungen in Bolivien stark auseinander. Diese politischen Differenzen sind aufgrund der unterschiedlichen Klasseninteressen zwar natürlich, erhalten aber eine entscheidende Bedeutung dadurch, daß im Hintergrund stets ein Militärputsch droht, wie ein Scharfrichter mit dem Beil. Im selben Maße, wie die Regierung die Unterstützung im Volk verliert, wächst diese Putschgefahr, da die Militärs die UDP trotz ihres zaghaften Handelns für Kommunisten hält und sie hasst.

EIN HILFLOSER PRASIDENT

Ausnahmsweise sind die zivilen reaktionären Kräfte diesmal weniger interessiert an einem Militärputsch als gewöhnlich. Vielmehr bereiten sie dank ihrer Obermacht im Parlament einen sogenannten "konstitutionellen Putsch" vor. In Bolivien wird damit der Versuch bezeichnet, den Regierungspräsidenten durch ein Misstrauensvotum zum vorzeitigen Rücktritt zu zwingen, da im Unterschied zur BRD dieser vom Parlament nicht absetzbar ist.

Der zur Staatsaffäre hochgebauchte Skandal um den mittlerweile abgesetzten Vorsitzenden der Anti-Drogen-Kommission, der sich vor einem Jahr in angeblich offizieller Mission mit dem größten Mafia-Boss Roberto Suarez getroffen hatte, wurde zum willkommenen Vorwand, um Anklage gegen den Regierungspräsidenten Siles Zuazo wegen Beteiligung am Drogenhandel zu erheben. Siles Zuazo reagierte in seiner Hilflosigkeit mit einem Hungerstreik, brach ihn aber auf Vermittlung der katholischen Kirche bald ab.

EINE HILFLOSE DEMOKRATIE

Die Rechten sind an einer scheinbar legalen Absetzung der UDP-Regierung umso mehr interessiert, weil sie sich bei vorgezogenen Wahlen zu recht gute Gewinnchancen ausrechnen kann. Dank ihrer demagogischen Doppelstrategie, sich im Parlament als volksnahe Opposition zur Regierung und deren anti-populären Wirtschaftsmaßnahmen zu profilieren, gleichzeitig aber über den mächtigen Unternehmerverband die Regierung zu denselben Korrekturen zu zwingen, konnte sich die Rechte stärken, ohne materielle Zugeständnisse machen zu müssen.

Diese Erfahrung zeigt, wie wenig Parlamentarismus unter Umständen mit Demokratie zu tun hat. Sie weist aber auch auf die Notwendigkeit hin, sich kritisch mit jenen demokratischen Kräften auseinanderzusetzen, die diese politische Öffnung ermöglicht hatten, sie danach aber nicht für sich zu nutzen wussten.

DIE COB IN DER OPPOSITION

Der COB (Central Obrera Boliviana) kommt dabei als im Volk allgemein anerkannte Führung der Gewerkschaftsbewegung sowie der demokratischen Bewegungen überhaupt, eine zentrale Rolle zu. Obwohl die COB neben Militär und Kirche die entscheidendste politische Institution ist, beanspruchte sie nach der Niederlage der Militärs die Regierung nicht für sich, was aufgrund ihrer Führungsrolle insbesondere auch im Widerstand durchaus denk- und machbar gewesen wäre. Stattdessen akzeptierten sie den Vorschlag der Militärs, die Macht dem 1980 gewählten Parlament zu übergeben, damit dieses den Regierungspräsidenten bestimmt. Mit Unterstützung der COB wurde das mehrheitlich von rechten Parteien dominierte Parlament gezwungen, die bei den Wahlen von der UDP errungene relative Mehrheit zu respektieren und Siles Zuazo als Staatspräsident zu ernennen. So kam es während der ersten Monate der UDP-Regierung zu einem "Waffenstillstand" mit der COB, während dem mit teils drastischen Massnahmen die von den Militärs hinterlassene Wirtschaftskrise kontrolliert werden sollte.

In ihrem Bemühen, sich weder mit dem Unternehmerverband und dem Internationalen Währungsfond noch mit der COB anzulegen, isolierte sich die Regierung immer weiter. Einige fortschrittlichen Massnahmen, wie beispielsweise der Entschluss, die Schuldzahlung auszusetzen, änderten aber nichts daran, daß auch unter dieser demokratisch gewählten Regierung die Last der Krise grundsätzlich aufs Volk abgewälzt wird. Der Zick-Zack-Kurs der UDP, bestimmt dadurch, wer gerade mehr Druck auf die Regierung auszuüben vermochte, verursachte eine weitere Verschärfung der Wirtschaftskrise und vernichtete die letzten Illusionen, die Lage dank einer demokratischen Ordnung verbessern zu können.

Noch vor einem Jahr existierte innerhalb der COB eine starke Strömung, die sich für Verhandlungen mit der Regierung einsetzte. Auf der Basis des von der COB präsentierten Notstandplanes wurde der UDP sogar eine Mitbeteiligung an der Regierung offeriert. Zu diesem Zeitpunkt war die Macht der Rechten innerhalb der UDP aber offensichtlich bereits zu gross, als daß sie einen solchen Linksrutsch vollziehen konnte. Im Nachhinein stellt sich die Frage, ob diese Mitverantwortung von der COB an der Regierung nicht gleich von Anfang an erforderlich gewesen wäre.

GEFÄHRDETE EINHEIT DER COB

Sowohl damals wie heute ist dabei die in den Grundsätzen der COB verkündete "Klassenunabhängigkeit" und die strategische Zielsetzung "Errichtung der Diktatur des Proletariats" eines der größten Dilemmas, um sich zu dieser "reformistischen" UDP-Regierung verhalten zu können. Mit dem Misserfolg jener Linie innerhalb der COB, die sich für Verhandlungen mit der Regierung eingesetzt hatte, wuchs das Gewicht jener (vor allem trotzkistischen) Fraktionen, die sich mit der Losung "Salario Minimo Vital con Escala Móvil" (Mindestlohn mit Anpassungsklausel) für eine klare Konfrontation mit der Regierung rüsteten. Denn obwohl der Mindestlohn, der als die realen Lebenshaltungskosten decken würde, gewiß eine gerechtfertigte Forderung ist, ist deren Einlösung inmitten der heutigen Wirtschaftskrise unrealistisch. Die Durchsetzung dieser Losung setzt also eine Revolution voraus, oder sie öffnet den Militärs die Pforten, da die Regierung den bis zur Erfüllung angedrohten unbefristeten Generalstreik nicht beilegen könnte und somit schnell zu Falle käme. Da stellt sich jedoch die Frage, was danach käme...

Der Bruch zwischen der COB und der UDP-Regierung hat sich auf dem VI. Kongress (3.-14. September 1984) definitiv vollzogen. Mit dem veteranen COB-Führer Lechin an der Spitze gelang es jenem Bündnis, das Executive-Komitee der COB zu besetzen, das sich am Schärffsten gegen die UDP ausgesprochen hatte. Der einzig klare gemeinsame Nenner dieses Wahlbündnisses scheint dabei gewesen zu sein, die kommunistische Partei abzuwählen, da diese ebenfalls an der Regierung beteiligt ist.

Damit hat aber gleichzeitig die COB eine eigene Tradition durchbrochen, denn bisher wurden die Mitglieder des Executive-Komitees nie nach Listen gewählt, sondern als Einzelpersonen, entsprechend ihrer Repräsentativität an der Basis und ihrer Kampferfahrung. Daß es sich bei dieser Neuerung nicht nur um einen "Formmangel" handelte, zeigte sich auch darin, daß die Wahl unverfroren manipuliert wurde. Diese Manipulation basierte hauptsächlich darauf, daß die bisherige COB-Führung um Lechin die politischen Konflikte und persönlichen Rivalitäten innerhalb der Einzelverbände ausnutzte, indem sie diejenigen Fraktionen als offizielle Repräsentanten anerkannten und zum Kongress zuließ, die ihnen politisch nahe standen.

Damit wurden nicht nur die Konflikte an der Basis verschärfte und die COB somit empfindlich geschwächt, zugleich fiel damit auch die politische Diskussion im Kongress weg, da es den Bündnissen lediglich mehr um ihre Machtposition ging. Diese Diskussion wäre in Anbetracht der wachsenden politischen Differenzen und Spaltungsstrategien innerhalb der COB so dringend nötig gewesen: Denn zum einen müßte eine überzeugende politische oppositionelle Linie formuliert werden, die nicht wie bisher hauptsächlich der Rechten in die Hände spielt. Zum andern ist die Einheit der COB auch hinsichtlich der früher oder später zu erwartenden Konfrontation mit dem gemeinsamen Feind - dem Militär - dringend erforderlich.

(Zur Information über die Wirtschaftslage übernehmen wir aus dem Sago Informationsblatt Nr. 49 folgenden Auszug:)

ZUR WIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

In den letzten Monaten zeigte sich eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Gesamtlage. Die Zahlungsbilanz ist zwar nach den jüngst veröffentlichten Angaben der Nationalen Instituts für Statistik (INE) im 2. Quartal 1984 positiv, (Export 421,8 Mio US-Dollar; Import 259,9 Mio US-Dollar), aber die Auslandsschuld hat sich im Zeitraum vom 30.9.1983 bis zum 15.6.1984 noch um 139 Mio US-Dollar auf 4,639 Mia US-Dollar erhöht. Auf allen Gebieten wird immer weniger produziert. So fiel die Industrieproduktion von 1978 bis 1983 um 22%. Die staatlichen Unternehmen, wie die Bergbaugesellschaft COMIBOL, die Erdöl- und Erdgasgesellschaft YPFB, die Gesellschaft für Entwicklungsförderung CBF usw. arbeiten mit Defizit. Der einzige Staatsbetrieb, der in diesem Jahr mit Gewinn arbeitet, ist die bolivianische Eisenbahngesellschaft ENFE. Der dringend benötigte Weizen muß aufgrund der stagnierenden landwirtschaftlichen Produktion weiterhin zu 90 % importiert werden. Die Weizenreserven Boliviens werden nach Aussagen des Ministers für Industrie und Handel, Freddy Justiniano, bis Ende Februar 1985 verbraucht sein. Die Versorgung der Bevölkerung mit Produkten auf den Märkten hat sich in den letzten Monaten zwar optisch verbessert, aber wegen der galoppierenden Inflation (akkumulative Inflationsrate April/Juni 1984 laut INE 162%!) und nicht zuletzt wegen des hohen Dollarpreises auf dem -dominierenden- Schwarzmarkt ist die Kaufkraft der großen Mehrheit ständig geschrumpft. Der offizielle Wechselkurs des Dollar für die Importbedürfnisse der staatlichen und privaten Unternehmen ist 2000 bol. Pesos pro Dollar (für lebensnotwendige Güter) und 5000 bol. Pesos pro Dollar für die übrigen Güter. Der Schwarzmarktpreis des Dollar hingegen betrug Ende September 1984 ca. 18.000 bol. Pesos!

Die Regierung steht in dieser Situation vor einem Dilemma: folgt sie den Ratschlägen des Internationalen Währungsfonds und "renommierter" bolivianischer Wirtschaftsfachleute, so wie des Ex-Finanzministers Flavio Machicado, sollten in Bolivien neue einschneidende Wirtschaftsmassnahmen ergriffen werden. Dazu würde gehören: Radikale Verminderung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst (im Zeitraum 1970 bis 1982 Verdoppelung der Beschäftigten von 100.000 auf 200.000), Abwertung des bolivianischen Peso o h n e die entsprechende Erhöhung der Löhne und Gehälter, Erhöhung der Produktion. Um eine solche Austeritätspolitik durchzuführen, müßte die Regierung anfangen, gegenüber dem Volk mit harter Hand zu regieren. Damit wird sie auf den erbitterten Widerstand der COB stoßen. Diese hatte auf ihrem VI. Kongress Mitte September erklärt, daß sie entschieden für

die Rückkehr zu der - seit den Wirtschaftsmaßnahmen vom April 1984 abgeschafften - Inflationsanpassungsklausel der Mindestlöhne kämpfen würde. Andererseits befindet sich die Regierung im Zugzwang gegenüber dem Internationalen Währungsfonds (IWF): dieser reagierte auf die Erklärung der bolivianischen Regierung vom 31. Mai 1984, Tilgung und Zinsen der bolivianischen Auslandsschuld auf unbestimmte Zeit zu verschieben, mit einem Ultimatum. Wenn die Regierenden in La Paz bis zum 11. Oktober dieses Jahres keine für den IWF akzeptable neue Lösung vorschläge, würden die Gläubiger Gegenmaßnahmen ergreifen. Dabei erwartet der IWF die sofortige Wiederaufnahme der Zinszahlungen, die in der Größenordnung denen entsprechen müßten, die bis April 1984 gezahlt worden seien. In dieser für die weltwirtschaftlichen Beziehungen grundlegenden Entscheidung stand und steht Bolivien noch immer allein. Auf großen Gipfeltreffen (Cartagena, Mar de Plata) mit anderen hochverschuldeten lateinamerikanischen Ländern versuchte Bolivien, ein Schuldnerkartell zu bilden. Aber außer Solidarität in Worten kam nichts heraus.



Frauenforderungen an die COB

Erstmals haben sich Arbeiterfrauen verschiedener gesellschaftlicher Kreise zusammengeschlossen, um über die Lage der Frau zu arbeiten. Das im folgenden wiedergegebene Papier ist ein Teil dieser Arbeit; es wurde auf dem 6. Kongreß der COB (Bolivianische Dachgewerkschaft) von den Hausfrauenkomitees von Siglo XX und Catavi (den wichtigsten Minen Boliviens), dem Landesverband der Campesinas, "Bartolina Sisa", dem Verband der Hausfrauenkomitees in den Armensiedlungen von La Paz und der Dienstmädchengewerkschaft vorgelegt.

Unsere Organisationen, die hunderttausende Frauen repräsentieren, haben seit ihrer Gründung gegen den Faschismus und den imperialistischen Kapitalismus sowie für die Forderung unseres Volkes nach einer gesunden und gerechten Gesellschaft gekämpft, die die Bedürfnisse unseres ganzen Volkes berücksichtigt: der Kinder, der Frauen, der Männer.

Mit großer Besorgnis haben wir beobachtet, daß wir, trotz unseres Kampfes, den wir Seite an Seite mit unseren compañeros führen, indem wir mit ihnen fallen, dieselben Repressionen erleiden und sogar allein für unsere Familien und Gemeinschaften in Krisenzeiten verantwortlich sind, und obwohl wir aktiv am Produktionsprozeß teilhaben und dabei sogar einem doppelten Arbeitstag unterliegen, nicht in der COB vertreten sind.

Obwohl das Exekutivkomitee der COB in seinem Bericht an den Kongreß zugesteht, daß diese demokratische Öffnung mit dem Hungerstreik der Hausfrauen in den Minen begann, haben diese compañeras nicht einmal eine Einladung als Delegierte zu diesem Kongreß erhalten. Als wir in den letzten Jahren eine Vertretung in der COB forderten, wurde sie uns unter dem Vorwand verweigert, wir seien keine Lohnabhängigen. Andere nicht lohnabhängige Gruppen wie die Studenten waren indessen mit besonderen Delegierten vertreten. Außerdem möchten wir daran erinnern, daß bei der Gründung der COB 1952 zwei Frauen mitarbeiteten: Orfelia Altamirano und Margarita Bedregal.

Wir wissen, daß die Marginalisierung der Frauen in der COB nicht nur für die Frauen und unsere Kinder von enormem Nachteil ist, sondern auch für die gesamte Befreiungsbewegung. Mit den Frauen wird die Hälfte der Arbeiterklasse marginalisiert. Darum haben wir beschlossen:

- 1) die direkte Beteiligung der Hausfrauenkomitees in den Minen, des Nationalverbandes der Campesinas "Bartolina Sisa", des Verbandes der Hausfrauen in den Armenvierteln von La Paz und der Dienstmädchengewerkschaft in der COB zu fordern;
- 2) die Beteiligung der Frauen am Exekutivkomitee der COB wieder einzuführen;
- 3) die Einrichtung eines Frauenreferats im Exekutivkomitee der COB zu verlangen;
- 4) die Einrichtung einer Frauenkommission in der COB zu fordern;
- 5) von der COB zu verlangen, daß sie die Generalversammlung der Sekretariate der Hausfrauenkomitees in den Minen unterstützt;
- 6) die Resolution über die Rechte der Dienstmädchen zu unterstützen, die vom Nationalverband der Campesinas "Bartolina Sisa" in der Sozialkommission eingebracht wurde.

(Quelle: Aquí, La Paz, 22. - 28. 9. 1984, suplemento VI congreso de la COB)

PERU

Die Mütter von Ayacucho

In der Oktobernummer berichteten wir über die Menschenrechtsverletzungen in Peru, die in der Zwischenzeit solche Ausmaße angenommen haben, daß man ohne Übertreibung von einer "Argentinisierung" der Verhältnisse dort reden kann. Täglich wird - vor allen Dingen in der Region von Ayacucho - von neuen Entführungen und Verhaftungen berichtet, die im heutigen Sprachgebrauch "Verschwinden" heißen. Diese "Desaparecidos" tauchen später dann als Leichen, meist von unmenschlicher Folter entstellt, in Massengräbern auf.

Wenn wir im Zusammenhang mit Verschwundenen von Argentinien reden, dann denken viele von uns an die "Mütter der Plaza de Mayo", jene Großmütter, Mütter und Gefährtinnen von Verschwundenen, die jahrelang beharrlich versuchten, das Schweigen um die Verschwundenen zu brechen, und zwar zu einer Zeit, in der es noch nicht zum "guten Ton" gehörte (weder in Argentinien noch sonst wo), darüber zu reden.

Die durch traurige Umstände zur Berühmtheit gelangten Mütter der Plaza de Mayo haben nun in Peru ein Pendant gefunden. Es handelt sich um die "Mütter von Ayacucho".

Im Folgenden bringen wir Auszüge eines Artikels aus der spanischen Zeitung El País semanaal vom 9. September 1984, der sich sowohl mit diesen Frauen als auch allgemein mit der (un)gesetzlichen Situation in Ayacucho befaßt.

Auf der Straße oder auf der Plaza de Sucre, einem Ort, wo sich jederman in Ayacucho zwangsläufig begegnen muß, treten sie an die Journalisten heran. Diskret und voller Respekt überreichen sie einige Blätter, auf denen Vornamen, Namen, Datum und Ort der Festnahme von 700 verschwundenen Personen aufgelistet sind: Campesinos, Studenten, Schüler.

Es sind Mitglieder des Komitees der Familienangehörigen von Verschwundenen in Ayacucho, viele von ihnen quechuasprechende Campesinas, denen das Spanische nicht geläufig ist. Ihre zerfurchten Gesichter sprechen Bände über das harte Leben in den Bergen und die Leiden, die anfangen, als Ayacucho sich in militärisch kontrolliertes Gebiet verwandelte.

Die Sprache wird zum Hindernis, wenn sie über ihre Nöte reden wollen, aber sie sind entschlossen, diese Barriere zu überwinden. Ihre jüngsten und schrecklichen Erfahrungen haben sie gelehrt, daß die Mauer des Schweigens, die um die Verschwundenen errichtet wurde, nur durchbrochen werden kann, wenn ihre Anklagen in Ayacucho und weit darüber hinaus bekannt werden. Auf ihrem Leidensweg haben diese einfachen Frauen an die Türen aller Kasernen und Polizeiwachen geklopft, haben stets die gleiche negative Antworten erhalten und in einigen Fällen Spott und Beschimpfungen hinnehmen müssen.

Es ist traurig aber wahr: die Verschwundenen sind in den Nachrichten von den Toten abgelöst worden. Die Korrespondenten in Ayacucho wissen darüber gut Bescheid. Die täglichen Meldungen von Verschwundenen treten an zweite Stelle angesichts des Gewichts der unzähligen Toten, die sie an ihre Zeitungsredaktionen oder -agenturen in Lima durchkabeln müssen.

"Die Leute haben kein Vertrauen mehr, sie sehen keinen Sinn mehr darin, die Toten zu melden. Sie beschränken sich darauf, Schutz für ihr eigenes Leben zu erbitten," erklärt resigniert der Staatsanwalt von Ayacucho, vor dessen Augen sich die Meldungen über Morde, Entführungen und verschwundene Personen auf-türmen, ohne daß eine Möglichkeit bestünde, den Menschen, die bei ihm vorsprechen legalen Schutz zu gewähren.



In diesem nicht erklärten Krieg bestehen die Grundrechte nur auf dem Papier. Das Gesetz ist ausgeschaltet. Daraus erklärt sich, warum in den vergangenen zwei Jahren nacheinander drei Staatsanwälte abgetreten sind. Sie fühlten sich außerstande, ihre rechtsstaatlichen Funktionen zu erfüllen. Ein weiteres Problem, dem die Staatsanwälte gegenüberstehen, ist, daß aus den Anzeigen nicht hervorgeht, wer die Urheber dieser Massenmorde sind. Es gibt verschiedene mögliche Schuldige; entweder sind es subversive Gruppen oder das Militär. "Wir haben die Beweislast, aber um die Verantwortlichen zu identifizieren und eindeutig festzustellen, bedarf es vorheriger Ermittlungen, die in Ayacucho jedoch nicht durchgeführt werden können", fügt der Staatsanwalt hinzu.

Im Fall der Verschwundenen konnte die Staatsanwaltschaft nach Absprache mit dem (damaligen Anm. d. Red.) Militäρχef, General Adrian Huaman wenigstens einigen der über 1500 eingegangenen Anzeigen nachgehen. Da der General die Polizei jedoch nicht mit zu viel Arbeit überhäufen wollte, wurden nur 80 Anzei-

gen bearbeitet. Die Ermittlungen verliefen in allen Fällen negativ. Kurze Zeit später trat der Staatsanwalt angesichts solcher mangelnder Zusammenarbeit zurück und brachte damit zum Ausdruck, "daß er nicht zum Mitwisser des Völkermords werden wolle, der in Ayacucho stattfindet."

... In Ayacucho gibt es niemanden, der nicht einen Verwandten oder Freund hat, der verschwunden ist, ermordet wurde oder zu den Aufständischen gehört. Die Menschen nehmen das Drama stoisch hin und sehen meistens davon ab, Anzeige zu erstatten, wenn sie am eigenen Leibe willkürliche Verhaftungen oder gar Folter erlitten haben.

Es gibt immer mehr Opfer, deren Leben für immer eine Anklage darstellen wird, gerichtet an das Gewissen derjenigen, die diesen Bruderkrieg entfesselt haben und weiterführen. Kinder, die alleine ihrem Schicksal überlassen blieben, nachdem die eine oder andere Bande ihre Dörfer heimgesucht hatte. Es ist niemand aus der Verwandtschaft übriggeblieben, der sich ihrer annehmen könnte. Vor kurzem wurde in Ayacucho ein Waisenhaus eröffnet. Seine Aufnahmekapazität ist bereits erschöpft.

... An einem beliebigen Morgen eines beliebigen Tages kann man einen Mann oder eine Frau das Büro des Staatsanwalts in Ayacucho betreten sehen. In ihren Augen steht noch die Todesangst geschrieben. Dieser Mann oder diese Frau sind möglicherweise Überlebende eines Blutbades, dem sie nur wie durch ein Wunder entkommen sind. Sie haben Tage gebraucht, um nach Ayacucho zu gelangen. Jetzt bitten sie um Schutz für ihr Leben oder genauer, um einen sicheren Ort, wo sie unterkommen können, denn ihr Dorf ist dem Erdboden gleichgemacht worden.

Auf diese Weise traf eines Tages eine alte Frau namens Maria Cardenas Palomino ein, einzige Überlebende des Massakers in Socos, einem Dorf 16 km östlich von Ayacucho gelegen. Sie berichtete, daß sich die Dorfbewohner auf einer Verlobungsfeier befanden, als 8 Sinchis uneingeladen dort auftauchten. Sie wurden von den Dorfbewohnern wütend beschimpft, da sie zwei Tage vorher einen Stier aus dem Dorf gestohlen und geschlachtet hatten.

So geschah das Unglaubliche und Unerklärliche. Die Dorfbewohner wurden mit Gewalt zuerst zum Polizeiposten und dann in die Schlucht von Balcón gebracht. Dort wurden sie mit Handgranaten beworfen, die Überlebenden erschossen. Die Leichen wurden im Schutz der Schlucht gesprengt. 40 Personen wurden ermordet. Dies ist einer der wenigen Fälle, in dem eine Ermittlung aufgenommen wurde. Die alte Frau schilderte den Tathergang und identifizierte die Urheber des Massakers: 26 Sinchis unter dem Befehl des Leutnants Luis Davila Reategui.

Die Angeklagten wurden wegen Mordes verurteilt, ein Teil befindet sich im Gefängnis der Guardia Civil-Kommandantur, viele von ihnen laufen jedoch freij durch die Straßen von Ayacucho. ...

"Jedem Kind täglich einen Becher Milch!"

ZU EINER KAMPAGNE DES BÜRGERMEISTERS VON LIMA, ALFONSO BARRANTES

In der zweiten Novemberwoche war Dr. Alfonso Barrantes, sozialistischer Bürgermeister von Lima und designierter Präsidentschaftskandidat der Izquierda Unida für die Wahlen im kommenden Jahr in Peru zu Besuch in der Bundesrepublik und in West-Berlin. Neben politischen Gesprächen mit Amtskollegen, Parteiführern und Kirchenvertretern war ein Ziel seiner Reise, für die Unterstützung einer breit angelegten Kampagne zu werben, die bereits seit April 1984 läuft:

"Jedem Kind täglich einen Becher Milch!"

In der peruanischen Hauptstadt gibt es über 1 Million Kinder unter 12 Jahren. Die meisten von ihnen leiden ständig an Unterernährung oder einseitiger Fehlernährung. Allein in den Jahren 1972 bis 1979 hat die Kindersterblichkeit in Peru um fast 50% zugenommen. Heute ist sie bei einer traurigen Rekordhöhe angelangt: von 1.000 peruanischen Kindern sterben 115 bevor sie das 1. Lebensjahr vollendet haben.

"GEMEINSAM VERTEIDIGEN WIR DAS LEBEN!"

Unter diesem Motto versucht Barrantes - ähnlich wie Anfang der 70er Jahre Allende in Chile - eine Kampagne durchzuführen, bei der jedem Kind in der peruanischen Hauptstadt täglich kostenlos ein Becher Milch gegeben werden kann. Diese auf den ersten Blick einfache Maßnahme verbessert die Ernährungssituation der betroffenen Kinder ganz erheblich.

Die Kampagne hat am 1. April 1984 begonnen. In ihrer ersten Phase hat sie rund 600.000 Personen erreicht:

- Kinder bis zu 6 Jahren
- schwangere Frauen
- stillende Mütter

Bis März 1985 sollen weitere 700.000 Personen hinzukommen, vor allem die etwas älteren Kinder bis zu 12 Jahren.

WER FINANZIERT UND ORGANISIERT DAS PROGRAMM?

Finanziert wird die Aktion bisher ausschließlich durch Spenden von Firmen und Privatpersonen, von Gewerkschaften und Basisorganisationen. Selbstverwaltete Nachbarschaftskomitees sorgen für eine reibungslose Organisation in den 41 Distrikten Limas. Dadurch hat die Aktion einen starken Rückhalt in der Bevölkerung und mobilisiert die organisatorischen und politischen Fähigkeiten der Armen.

Das ganze Projekt, mindestens aber seine Ausweitung auf die älteren Kinder, droht jetzt daran zu scheitern, daß nicht mehr genügend Spenden in Peru selbst zusammenkommen. Deshalb wendet sich Barrantes jetzt an die europäische Öffentlichkeit mit der Bitte um Hilfe.

Für West-Berlin und die BRD koordiniert die Unterstützungskampagne die aus Lateinamerikanern und Deutschen bestehende "Gesellschaft zur Förderung interdisziplinärer Projekte in Lateinamerika" (GELAT), Helmstraße 2, 1 Berlin 62, Tel. 7823112. Dort kann man nähere Einzelheiten erfragen.

SPENDENAUFTRUF:

Wer die Aktion unterstützen will, kann dies durch eine Spende auf das folgende Konto tun, wodurch auch eine Spendenquittung für das Finanzamt erhalten werden kann:

Hendrik Kraemer Haus, 1 Berlin 45, Postscheckamt Berlin West,
Kto.-Nr. 41830 - 107
Stichwort "Becher Milch".

GUATEMALA

Demonstration und Streik

In Guatemala-Stadt die erste Demonstration seit vier Jahren, Die Angehörigen von Verschwundenen, die seit einem Jahr begonnen haben, sich zu organisieren, marschierten durch die Innenstadt. Seit einem Jahr treten sie an die Öffentlichkeit: Sie schreiben offene Briefe an den Präsidenten, veröffentlichen Zeitungsanzeigen, geben Kommuniqués heraus und richten Petitionen an die Regierung. Sie fordern nach dem Vorbild der argentinischen Mütter der Plaza de Mayo Aufklärung der Gewaltakte und die Freilassung der Verschleppten.

Auch die bisher so ängstlich-zurückhaltenden Bürgerlichen beginnen zunehmend, ihre Angst vor dem Terrorregime zu überwinden.

Zugleich regt sich an der Universität nach zwei Jahren der "Friedhofsruhe" wieder etwas. Wochenlang streikten die Universitätsangestellten. Der Streik ging von den Arbeitern aus und weitete sich immer weiter aus. Der Redaktion gingen die beiden folgenden Berichte zu. In dem Brief aus Guatemala-Stadt heißt es: "Endlich nicht nur Niederlagen, nicht nur Terror - endlich wieder ein Sich-Wehren."

"VIVOS SE LOS LLEVARON. VIVOS LOS QUEREMOS."
- LEBEND WURDEN SIE VERSCHLEPPT. LEBEND WOLLEN WIR SIE ZURÜCK.

Zum ersten Mal seit dem 1. Mai 1980 (!) gab es am 12. Oktober dieses Jahres eine Demonstration in Guatemala-Stadt. Aufgerufen hatte die Gruppe "Gegenseitige Hilfe", ein Zusammenschluß der Familienangehörigen (meist Frauen) von Entführten und Verschwundenen. Der "Marsch für das lebendige Wiederauftauchen der in den letzten Jahren verschleppten Campesinos, Arbeiter, Intellektuellen, Studenten und Bewohner der Elendsviertel sowie für den Frieden in Guatemala" (so in einer Anzeige in der Tageszeitung "El Gráfico" vom 11.10.1984) ging morgens um 7 Uhr los. Ausgangspunkt war das Dorf San Lucas Sacatepéquez, 27 km von der Hauptstadt entfernt. Die Zahl der anfangs ca. 400 Teilnehmer wuchs während des Marsches bis in die Innenstadt auf 1200. Frauen und Mütter von Verschwundenen und Entführten trugen an der Spitze des Zuges ein Transparent quer über die Straße: "Wir fordern die Rückkehr unserer geliebten Menschen in den Schoß der Familie!" Andere marschierten mit der von den Madres de la Plaza de Mayo international bekannt gemachten Losung: "Lebend wurden sie verschleppt. Lebend wollen wir sie zurück." Aber auch der Anfang eines Gedichts des guatemalteckischen Dichters Otto René Castillo war zu sehen: "Vamos patria a caminar" (etwa: Machen wir uns auf den Weg, Vaterland). Angeschlossen hatten sich dem Zug Delegationen der Gewerkschaften von Coca-Cola, Cavisca, Aricasa, Adams und der Stadtverwaltung sowie der Studentenvereinigung der juristischen Fakultät der Universität San Carlos. Auch beteiligten sich einige nordamerikanische und guatemalteckische Franziskanerinnen.

Am Rande der Straßen säumten unzählige Menschen den Zug. Bei vielen verriet die Gesichter, daß sie die Aufforderung der Demonstranten "¡Únanse!" (Reiht Euch ein!) gerne nachgekommen wären, aber Angst hatten. Immerhin waren bei der letzten Demonstration im Mai 1980 vier Menschen von der Polizei erschossen worden. In den be-

lebten Straßen ließen viele Geschäftsinhaber die Rolläden herunter. Im Zentrum von Guatemala, in der Zone 1, bewahrte der Zug absolute Stille, wurde ein Schweigemarsch. So ging es bis zum Nationalpalast, wo die Lieder und Sprechchöre wieder anfangen und weiße Nelken an die Demonstranten verteilt wurden. Sieben weiß gekleidete Frauen überreichten am Eingang des Nationalpalastes einem Oberst eine Petition, in der sie eine Audienz beim Staatschef und die Beschleunigung der so oft versprochenen Nachforschungen über den Verbleib ihrer Angehörigen forderten. Als die sieben Frauen zurückkamen, warfen alle die weißen Nelken in Richtung Nationalpalast und riefen: "Vivos se los llevaron. Vivos los queremos." Anschließend, um 16 Uhr, zogen viele zu einem Gottesdienst in die nahegelegene Kathedrale.



Demonstration in Guatemala-Stadt am 12. Oktober 1984

Die "Sicherheitskräfte" hielten sich verborgen; kein uniformierter Polizist war zu sehen. Der Marsch war angemeldet und genehmigt, doch der Innenminister warnte: "Bei jedweder Störung werden die Organisatoren des Marsches zur Verantwortung gezogen. (El Gráfico, 12.10.) Interessant die Reaktion der katholischen Kirche: Einen Tag vor der Demonstration warnte der offizielle Sprecher der Kirche, der Priester Juan Carlos Córdova, vor "Gewalttaten"! "Man hat uns gedroht, die Kathedrale zu besetzen ... Wir sind gegen jegliche Art von Aggression, um den Freiden zu erreichen, denn Gewalt erzeugt nur mehr Gewalt ... Wir in der katholischen Kirche hoffen, daß der Marsch morgen total geordnet ist und daß es gelingt, bei allen Sicherheitskräften (!) einen guten Eindruck zu hinterlassen." (La Razón, 11.10.) Sehr deutlich setzte sich die offizielle katholische Kirche von der Sache der Verschwundenen und Entführten ab: "Es muß klar sein, daß der Erzbischof in keiner Form den Marsch begünstigt oder gar die Schirmherrschaft übernimmt." (ebda.) Sicher ist dies nicht die Meinung der gesamten Kirche, wie die Teilnahme einiger Geistlicher am Marsch zeigt.

Das Schicksal der Entführten und Verschwundenen (aber auch das enorme Leid ihrer Angehörigen, das soll man nicht vergessen!) scheint in Guatemala viele entschlossen zu machen, dafür auf die Straße zu gehen. International bekannte Zahlen sprechen von 100 000 entführten und verschwundenen Menschen in Lateinamerika in den letzten zehn Jahren; 25 000 davon in Argentinien (ca. 28 Mio. Einwohner) und 30 000 in Guatemala (ca. 7,5 Mio. Einwohner)! Der Zusammenschluß der Familienangehörigen "Gegenseitige Hilfe" besteht seit Juli 1984. Durch die Veröffentlichung vieler Zeitungsanzeigen und durch die jetzige Demonstration läßt sie das Schick-

sal der Verschwundenen nicht vergessen. Und täglich werden es mehr. Heute, am 14.10., berichtet die Zeitung wieder von zwei Entführten ...



STREIK AN DER STAATLICHEN UNIVERSITÄT

Seit dem 5. Oktober kommt es an der staatlichen Autonomen Universität San Carlos de Guatemala (USAC) zu Arbeitsniederlegungen. Die Gewerkschaft der Universitätsarbeiter und -angestellten (STUSC) rief zuerst zu zwei-, dann vierstündigen und schließlich ganztägigen Streiks auf, um folgenden Forderungen Nachdruck zu verleihen:

- 1) Neuordnung der Lohngruppen
- 2) Schaffung einer paritätisch besetzten Arbeitskommission, die Einstellungen und Arbeitskonflikte bearbeitet. Die Kommission wird seit 1979 gefordert.
- 3) Lösung des Problems in der zentralen Bibliothek: Hier fordert man vor allem die Ablösung der jetzigen Direktorin (gefordert seit 1977)
- 4) Lohnerhöhungen (gefordert seit 1979)

Am 10. und 11.10. versammelte sich der Oberste Universitätsrat im 200 km entfernten Naturpark "Biotopo Mario Dary", um "in Ruhe" die Forderungen zu besprechen. Am 12.10. wurde bekanntgegeben, daß man den ersten drei Forderungen in vollem Umfang stattgeben werde, nur auf die Lohnerhöhungen könne man nicht eingehen. Dr. Eduardo Meyer, Rektor der USAC, habe zwar vollstes Verständnis für die Forderungen der Arbeiter, die Löhne würden ja nicht mehr ausreichen, aber die Universität befinde sich in einer permanenten Finanzkrise, und er könne nur anbieten, so

schnell wie möglich mit Staatschef Mejía Victores darüber zu sprechen. Gleichzeitig "erinnerte" er die Streikenden an die problematische Arbeitsmarktsituation Guatemalas und verwies auf die Coca-Cola-Arbeiter, deren Konflikt immer noch nicht gelöst sei. Angesichts solcher Tatsachensolle man doch nicht eine so negative Haltung einnehmen. (Prensa Libre 11. und 12.10.)

Der Rektor verwies auch darauf, daß in den Streik Leute verwickelt seien, die in ein Interesse daran hätten, die Uni in ein schlechtes Licht zu rücken, um ihre Autonomie zu untergraben. Man muß daran erinnern, daß Eduardo Meyer unter der Regierung des Generals Lucas García als dessen Vertrauensmann galt und seitdem alles daransetzt, in traditionell fortschrittliche Institute der USAC ihm genehme Leute hineinzusetzen.

Aber nicht nur von Seiten der Universitätsleitung schießt man gegen den Streik. Am 13.10. erscheint in der "Prensa Libre" ein Artikel, in dem städtische Arbeiter, die nicht genannt werden wollen, bekannt geben, daß es Pläne gäbe, die Stadtverwaltung, die Universität, die Banken und andere Sektoren in eine große Streikbewegung hineinzuziehen, um das Klima der Gewalt und Unsicherheit weiter zu schüren.

In der verfassungsgebenden Versammlung, die im Moment über die Erhöhung des Anteils der USAC am Staatshaushalt berät, wurden - wenn auch indirekt - Stimmen gegen die Streikenden laut. "Es zeige sich die Notwendigkeit, ein Finanzkontrollsystem einzuführen und so die USAC zu einer funktionellen Autonomie zu bringen..."; so der Präsident dieser Versammlung, Ramiro de León Carpio, UCN-Abgeordneter (PL, 16.10.)

"Es ist wichtig, mehr staatliche Universitäten zu gründen, vielleicht sogar eine der Streitkräfte, um das Monopol der USAC zu brechen ..." (Linares Beltranena, Abgeordneter der UCN).

Sehr viel direkter ist der Chef des Nationalen Rechnungshofes, wenn er die Streikenden warnt, man würde ihnen die Gehälter nicht auszahlen, wenn der Streik weiterginge. (PL 20.10.) Auch der Oberste Universitätsrat drohte mit rechtlichen Maßnahmen, wenn die Streikenden nicht an die Arbeit zurückgingen. (El Gráfico, 17.10.)

Die streikenden Arbeiter und Angestellten haben einen sehr schweren Stand, zumal viel Angst und Unsicherheit herrscht. Trotzdem erklärte sich die große Mehrheit der Dozenten auf einer Vollversammlung des Lehrkörpers solidarisch mit den Forderungen und Maßnahmen der Gewerkschaft. Das große Problem der USAC ist, daß die Dozenten keine Gewerkschaft haben, was die meisten mit politischen Problemen begründen. Das Ende des Streiks ist noch nicht abzusehen, zumal sich nun auch die Arbeiter der USAC in Quetzaltenango (größte Provinzuniversität) im Streik befinden.

Die Demonstration des Komitees der Angehörigen der Verschwundenen und dieser Streik der Universitätsarbeiter sind im Moment kleine Lichtblicke im sonst so finsternen Guatemala. Und vor allem der Streik könnte Signalwirkung haben, um weitere Bereiche in eine wirksame Protestbewegung gegen die verheerende Wirtschaftspolitik des Mejía-Victores-Regimes miteinzubeziehen.

MEXIKO

Politische Gefangene und Verschwundene

Das Mexikobild der meisten Europäer ist noch immer geprägt von der halbwegs fortschrittlichen Außenpolitik seiner verschiedenen Regierungen. Doch daß es dort, wenn auch nicht im selben Ausmaß wie etwa in Argentinien oder Uruguay politische Verfolgung, Morde, Folter und das Problem der Verschwundenen gibt, nimmt man trotz einer Vielzahl öffentlicher Aktionen in den letzten fünf Jahren kaum wahr. Auch der neuerliche Hungerstreik der Betroffenen ist kaum ins Bewußtsein der internationalen Öffentlichkeit gedrungen.

Er begann Ende August mit der Nahrungsverweigerung von etwa 60 politischen Häftlingen in sechs Bundesstaaten Mexikos. Zumindest verbal unterstützt von allen sechs Oppositionsparteien schlossen sich Anfang September drei Abgeordnete von Linksparteien und die populäre Repräsentantin der nationalen Front gegen die Repression, Rosario Ibarra dem Hungerstreik an und protestierten öffentlich vor dem Regierungsgebäude. Sie fordern die Freilassung der über 300 politischen Häftlinge und Auskünfte über den Verbleib der 513 nachweislich aus politischen Gründen "Verschwundenen".

Schon seit 1982, als der neue Präsident de la Madrid sein Amt mit dem Versprechen der moralischen Erneuerung Mexikos antrat, suchen die Angehörigen der Verschwundenen um eine Audienz beim Staatsoberhaupt nach, weil nur der eine Untersuchung der Angelegenheit anordnen kann. Doch spätestens seit den Enthüllungen der unzähligen Kapitalverbrechen des Portillo-Intimus Durazo, jenes ehemaligen Polizeichefs Mexikos, der seinerzeit öffentlich erklärte, er werde die Guerilleros hetzen wie die Hunde, bis nicht einer übrig sei, läßt sich das Ausmaß erahnen, in dem der mexikanische Staatsapparat in einen Sumpf von Korruption, Gewalt, Bereicherung und unkontrollierbaren Machtbefugnissen geraten ist, so daß kaum noch jemand an ernsthafte Schritte hin zu einer Rechtstaatlichkeit glaubt. Hinzu kommt, daß in Mexiko die ökonomischen Probleme, verbunden mit einer rigiden Austeritätspolitik im Schlepptau der Reagan-Administration und der internationalen Finanziers zu einer offenen Unzufriedenheit geführt haben, die sich zwar noch nicht politisch artikuliert, aber stets eruptive Entladungen des angestauten Zorns vor allem der landlosen Campesinos oder ein Wiedererstarken der Guerilla befürchten lassen. Aber auch in den Städten verstellt inzwischen ein Heer schwerbewaffneter Polizei vor Banken, Kaufhäusern und öffentlichen Gebäuden das Bild vom inneren Frieden des Landes. Der wird dort vor allem noch durch das Stillhalten der staatskonformen Gewerkschaften und das Fehlen einer geschlossenen und handlungsfähigen Links-Opposition aufrechterhalten. Und daß das so bleibt, dafür sorgt beim Versagen der eingespielten Integrations- und Bestechungsmechanismen die offene und brutale Repression.

Noch vor dem ersten Höhepunkt nach den Studentenprotesten von 1968 waren in Morelos und Puebla aufbegehrende Landarbeiter und Lehrer verhaftet und gefoltert worden, es gab die ersten Morde durch Spezialeinheiten der Polizei, von denen sich schon in den 60er Jahren mehr als 50 im ganzen Land ohne gesetzliche Grundlage gebildet hatten und deren berüchtigtste wohl die von Präsident Echeverria ins Leben gerufenen "weißen Brigaden" sind.



Foto einer Entführung durch die 'weißen Brigaden'. Der Mann wurde entführt, weil sein Sohn angeblich der Guerilla-Tätigkeit verdächtigt wurde.

Ihre Funktion bestand und besteht darin, durch mutwillige Übergriffe auf fortschrittliche Kräfte Angst zu verbreiten und die Bevölkerung von politisch aktiven Gruppen fernzuhalten. Sie überfallen Arbeiter- und Bauernfamilien, wo immer man politische Unruheherde vermutet, terrorisieren und ermorden fortschrittliche Lehrer, Professoren und Studenten, bilden bewaffnete Überfallkommandos in den Universitäten. Ausgerüstet und bezahlt durch staatliche Funktionäre und den CIA leisten sie Zuarbeit für Polizei und Armee, die selbst schon nicht gerade zimperlich in der Wahl ihrer Methoden sind. Erpressung, Raub und Gewalt haben der Bevölkerung jegliches Vertrauen in die Polizei genommen, es herrscht fast uneingeschränkte Willkür und die Möglichkeiten sich zu wehren sind gleich Null. Vor allem für Oppositionelle, von denen viele in jenen verborgenen Zellen landen, geheimen Konzentrationslagern, wo sie bisweilen über Jahre festgehalten werden, wo Folter und Mißhandlungen an der Tagesordnung sind, worüber selbst noch die Leichen, die man gefunden hat, deutlich Zeugnis ablegen. Versuchen Angehörige der Betroffenen, Licht in das Dunkel des Apparats zu bringen, ziehen sich die Behörden auf die Version zurück, sie seien bei internen Streitigkeiten oder bei Demonstrationen ums Leben gekommen oder hüllen sich gänzlich in Schweigen.

So haben sich schon früh Gruppen gebildet, die systematisch Zeugenaussagen von denen sammeln, die ihre Tortur überlebt und auch nach ihrer Befreiung noch den Mut haben, ihre Erlebnisse öffentlich zu schildern. Und es gibt auch Mütter, die nicht nachlassen in der Suche nach ihren Kindern und die lautstark und öffentlich Anklage erheben, wie Rosario Ibarra, die schon seit über zehn Jahren versucht, das Schicksal ihres verschwundenen Sohnes aufzuklären. Mit ihren vehementen persönlichen Anklagen ist sie zur Symbolfigur dieses Kampfes geworden. Doch es gibt auch Gruppen, die ihn mit anderen Mitteln führen. So wurden zum Beispiel 1979 das Gebäude der UNO und die Schweizer Botschaft besetzt und man erreichte die schrittweise Freilassung von 47 Häftlingen. Ein Jahr später endete eine andere Besetzungsjaktion jedoch ohne Erfolg. Es blieb insgesamt bei isolierten Aktionen und die Unterstützung der Bevölkerung ist wegen der verbreiteten Apathie und Angst sehr gering. So war auch der Hungerstreik im letzten Monat zwar ein beachtetes Ereignis, doch wurde er kaum durch Demonstrationen oder von bedeutenden gesellschaftlichen Institutionen unterstützt. Und diese Lücke



vermögen auch Proteste der Menschenrechtskommission der UNO und von Amnesty International nicht zu schließen, die diesen Sachverhalt schon seit Jahren öffentlich anklagen.

So ist es mehr als zweifelhaft, ob der Präsident seine Zusage einlösen wird, den Betroffenen Audienz zu gewähren und noch mehr steht in den Sternen, ob er überhaupt die Macht hätte, Licht in das Dunkel dieses Repressionsapparats zu bringen, selbst wenn er es wollte. Und daß er's will, ist zu bezweifeln, denn auch in seiner Amtszeit haben die Übergriffe nicht aufgehört, entstehen immer neue bezahlte Terrorgruppen, die allein in diesem Jahr schon mehr als 500 Landarbeiter in Puebla und Chiapas umgebracht haben. Und der Präsident der moralischen Erneuerung nutzte bisher nicht einmal die Autorität seiner Person, um diesem Geschehen zumindest verbal entgegenzutreten. Insofern ist es kein Wunder, daß die 15 Tage, innerhalb derer er die Audienz nach der Beendigung des Hungerstreiks gewähren wollte, verstrichen sind, ohne daß etwas geschehen ist. Mexiko hat die Kräfte einer grundsätzlichen gesellschaftlichen Erneuerung noch nicht hervorgebracht.

NICARAGUA

Wahlen und Alarmzustand

Die Wahlen in Nicaragua haben klar zum Ausdruck gebracht, daß über die Hälfte der Bevölkerung hinter den Sandinisten steht. Das können auch diejenigen nicht leugnen, die sie zur Farce degradieren wollen. 20% Stimmhaltungen zeigen deutlich, daß weniger als ein Fünftel der Bevölkerung dem Boykottaufruf der Opposition gefolgt sind, denn unter diesen 20% waren auch Nichtwähler, die andere Motive hatten. Niemand kann behaupten, daß es der eingeschränkten Freiheit des Wahlkampfes anzulasten ist, daß die Coordinadora Democrática so wenig Zuspruch fand. Die Kirchen und die sonntäglichen Predigten werden schon dafür gesorgt haben, den Boykott all denen nahezu legen, die mit der FSLN unzufrieden sind.

Das eigentliche Ziel der Wahlen - die Legitimierung der sandinistischen Herrschaft in den Augen der westlichen Welt - wurde erwartungsgemäß nicht erreicht. Am Tag nach der Wiederwahl Präsident Reagans haben die USA unmißverständlich deutlich gemacht, daß der Urnengang der Nicaraguaner für sie bedeutungslos ist.

Wie in einem gut geplanten Kriminalstück sind am 7. 11. US-amerikanische Kriegsschiffe in nicaraguanische Hoheitsgewässer eingedrungen, um einem sowjetischen Frachter zu folgen, der angeblich mit Kriegsflugzeugen vom Typ MIG 21 beladen war. Gleichzeitig begann ein Spionageflugzeug der USA, das Land zu überfliegen und die Schallmauer über Managua zu durchbrechen. Die Absicht liegt auf der Hand: Vor aller Welt soll die Achse Moskau - Managua als Ursache für nordamerikanische Aktionen herhalten. Der Kampf gegen die Sandinisten erscheint als Teil der großen Schlacht gegen den Kommunismus. Wenn ein paar Tage später richtiggestellt werden muß, daß doch keine MIG 21 an Bord waren, geschieht es mit dem Unterton, es hätte aber sehr gut sein können; der erste Schritt für eine eventuell folgende Seeblockade ist damit getan.



Slogan der FSLN:
Das Volk -
das sind 400 000
Milizionäre



Die Lage hat sich entscheidend zugespitzt. Die drohende Invasion wird noch ernster genommen als vor einem Jahr nach dem Einmarsch in Grenada. Seit her hat sich auch die militärische und wirtschaftliche Situation erheblich verschlechtert. Nicht nur, daß sich die Meldungen über Überfälle der Contra mehren, die bis tief ins Landesinnere einzudringen begannen; die Tatsache, daß Enrique Schmidt am 5. November gefallen ist, macht die Verschärfung der Situation deutlich. Er war ein äußerst wichtiger Politiker, und es läßt auf eine sehr ernste Lage schließen, daß er in den Krieg geschickt worden ist. Dasselbe gilt für den Umstand, daß er nur 100 km von der Hauptstadt entfernt ums Leben kam.

Neben der Verunsicherung der Bevölkerung hat der Alarmzustand auch eine weitere Stufe im wirtschaftlichen Ruin des Landes bewirkt. Zwanzigtausend Schüler werden als Milizen in Managua bleiben, anstatt die Kaffeekirschen zu ernten, die die so dringend benötigten Devisen bringen. Bereits im letzten Jahr konnten 40% der Kaffeelernte nicht eingebracht werden.

UNSERE MEDIENWELT

Die Diskussion um die Wahlen verlief wenig originell. Die Solidaritätsbewegung verteidigte ihren demokratischen Charakter mit Zähnen und Klauen. Man hatte den Eindruck, daß kaum jemand die Fähigkeit besaß, zwischen dem, was am Verhalten der FSLN diskussions- und kritikwürdig ist, und dem, was sie absolut nicht ändern können, zu unterscheiden. Versuche in der taz, die Lage leidlich differenziert darzustellen, wurden – wie Leserbriefe beweisen – als Verrat geahndet. Dabei war die taz sehr zurückhaltend und hat sich höchstens bemüht, so viele Informationen wie möglich zu bringen. Nur noch vage klang in manchen Artikeln an, daß das wünschenswerte Ziel des Wahlkampfes, Aussprache und Diskussion statt Jubel und Akklamation nirgendwo eingelöst worden ist. Angesichts der drohenden Invasion wird die solidarische Berichterstattung naturgemäß immer dürftiger. Sie reduziert sich auf die Formel "Amis raus!". Wer wollte jetzt noch die Sandinisten kritisieren, wo eine Schreckensmeldung die andere jagt?

Einen Tag vor seinem Tod wurde Enrique Schmidt im "Weltspiegel" interviewt und erklärte, die Nicaraguaner würden durchhalten, selbst wenn sie Zustände wie in der Steinzeit erleiden müßten. Und er sagte, das sei so, auch wenn es romantisch klinge.

Wer möchte über dieses hochtrabende Pathos rechten; wer denkt da nicht: ein Glück, daß es so ist.

Ein US-amerikanischer Liberaler hat dann in derselben Sendung des "Weltspiegels" klargestellt, daß Reagan die Sandinisten weghaben will – und zwar ziemlich bald.

In den Nachrichten unserer Fernsehanstalten wurde als Fazit stets darauf hingewiesen, daß die Wahlen nicht demokratisch waren. Gut getimed lief dann am 5. November – einen Tag nach der Wahl in Nicaragua – der Film "Die Ballade vom kleinen Soldaten" von Werner Herzog, der jeden Zweifel beseitigen half, es könne sich in Nicaragua Frauen vielleicht doch nicht in erster Linie um eine mörderische Diktatur handeln.

Herzog hat es hervorragend verstanden, alle Informationen wegzulassen, die das Verständnis der Vorgänge zugunsten der Sandinisten erhellt hätten. So steht der Bericht in keinem Rahmen, der ihn erklärt; das Publikum wird von der Macht des "Dokuments" erschlagen, das es hier und jetzt zur unmittelbaren Identifikation zwingt. Erklärungen, schon der Hinweis darauf, daß es überhaupt Erklärungen gibt, wirken nach diesem Gefühlserlebnis schal und greifen nicht mehr. Die Zuschauer haben die Morde "miterlebt" und kommen sich als Verräter an unschuldigen Frauen und Kindern vor, wenn sie sich gleich hinterher zugunsten der Sandinisten von dem Film distanzieren. Hinzu kommt, daß niemand behauptet, das, was die Miskitos berichten, sei erlogen. Um so härter und aussichtsloser der Versuch, das Gesehene trotzdem in ein anderes Licht zu rücken.

Natürlich trifft das die Solidaritätsbewegung ganz besonders. Von den vielen Menschen, die im Begleitschutz der FSLN die Umsiedlungslager besucht haben, hat noch niemand eine Indianerin getroffen, die von einem Übergriff der Sandinisten berichtet hat. Hier werden auch unter dem Anspruch, jetzt alles viel kritischer zu sehen und zu wissen, daß vieles falsch gemacht worden ist, weiterhin nur Miskitos vorgeführt, denen nie ein Härchen gekrümmt worden ist.



Die Hälfte der Misura-Rebellen sind unter 16 Jahren alt. Hier werden zwei Zwölfjährige an einem amerikanischen M-60 Maschinengewehr ausgebildet.

UND DIE CONTADORA UND DIE POLITISCHE LÖSUNG?

Nicaragua ist noch immer das einzige Land, das bereit ist, den famosen Friedensvertrag zu unterzeichnen. Es ist inzwischen überdeutlich, daß diese berühmte Friedensinitiative keinerlei Einfluß und Durchsetzungsvermögen besitzt, mehr denn je das Feigenblatt jener geworden ist, die falsche Erwartungen auf politische Lösungen wecken wollen.

Geradezu ermüdend ist es, immer wieder klarzumachen, daß diese politische Lösung nur dann überhaupt eine Chance hat, wenn die Sozialistische Internationale allerdeutlichst Position bezieht.

Wir haben den Siegesrausch der Wahlfeiern in den USA gesehen und die maßlose Dummheit und Aggressivität der Massen und ihres Anführers erlebt. Wir konnten nur ohnmächtig die Fäuste vor den Fernsehschirmen ballen und hoffen, daß sie nicht schon morgen Nicaragua überfallen. So spricht auch im Moment niemand von politischen Lösungsmöglichkeiten, werden die Äußerungen Reagans und seines Außenministers, es sei lächerlich, ihnen Invasionspläne zu unterstellen, von der New York Times mit "Enthüllungen" kommentiert, die beweisen, daß die militärischen Aktivitäten in der Karibik mit denen vergleichbar sind, die vor dem Überfall auf Grenada getroffen worden waren.

So haben wir derzeit nur noch die Berichte über Kriegswirtschaft und Volksbewaffnung vor Augen. Wer schon in Nicaragua war, kann nicht umhin, diese Bilder vor dem inneren Auge weiterleben zu lassen. Wir sehen die zarten Keime von Lebensfreude, Stolz und Selbstbehauptung in Wut und Jammer über die Bewaffnung der Kinder und die unerschwinglich hohen Preise für Lebensmittel erstickt. Wir stellen uns vor, wie die Stimmen, die das "no pasarán" brüllen, immer heiserer und schneidender werden.

Wir haben in den letzten Jahren die Faktoren benannt, die einer Invasion widersprechen, der wichtigste - die Verteidigungsbereitschaft der Nicaraguaner - ist nicht zuletzt durch die Wahlen wieder zum Funken Hoffnung geworden.

Gesundheitsbrigaden für Nicaragua

Wir suchen dringend

AB SOFORT

evtl. auch später für einen
mindestens 6 monatigen
Einsatz im Rahmen
unserer Projekte in
Nicaragua

**- ÄRZTE/INNEN
- KRANKENSCHWESTERN
/-PFLEGER**

(möglichst m. Fachausbildung)

Kontakt: Gesundheitsladen Berlin, Gneisenaustr. 2, 1000 Berlin 61 · Tel. 030/ 693 20 90

Beobachtungen am Wahltag

Die Massenmedien haben die Berichte über die Wahlergebnisse in Nicaragua oft mit Augenzeugenberichten umrahmt, die den Eindruck nahelegen, es sei eben doch nicht alles mit rechten Dingen zugegangen. Wir drucken im folgenden eine von der LN-Redaktion gekürzte und redigierte Zusammenfassung von Berichten ab, die wir von anderen Wahlbeobachtern zugeschickt bekamen. Wir wissen, daß auch sie nur einen subjektiven und partiellen Eindruck vermitteln können. Ohne blinde Euphorie verbreiten zu wollen finden wir es aber wichtig, auch einmal andere Beobachter zu Wort kommen zu lassen als die der bürgerlichen Presse "in diesem unseren Land".

Wir wollen hiermit unsere Beobachtungen und unsere Einschätzung über die Wahlen am 4. November in Nicaragua zusammenfassen. Dabei beziehen wir uns auf Beobachtungen in verschiedenen Wahllokalen und auf Interviews mit ca. 50 Nicaraguanern am Wahltag, die wir auf der Straße angetroffen und angesprochen haben. Die Interviews haben wir geführt mit Leuten quer durch alle Altersklassen mit etwa gleich vielen Männern und Frauen. Erstaunlich war, daß die Befragten ohne Bedenken ihre Namen, Berufe und ihr Alter angaben - erstaunlich deshalb, weil dies für andere lateinamerikanische Länder vollkommen ungewohnt ist.

ZU DEN WAHLLOKALEN: Die Wahllokale entsprachen durchweg den Anforderungen einer geheimen, gleichen und freien Wahl. Sie waren gut einsehbar, die Wahlecken jedoch vor Blicken geschützt. Weder vor noch bei der Wahl waren irgendwelche Anzeichen von Druck zu bemerken. Durch das Wahlgesetz bestand für alle politischen Parteien die Möglichkeit, für jedes Wahllokal einen Beobachter für die Gesamtdauer des Wahlprozesses - inklusive Auszählung der Stimmen - abzustellen. Diese Möglichkeit hat zumindest hier in Masaya bis auf zwei Ausnahmen außer der FSLN keine politische Partei wahrgenommen.

Über den Ablauf kann in keinsten Weise Kritik geübt werden. Dies wurde uns auch von anderen Beobachtern, die wir hier getroffen haben, und die u.a. auch in Managua, Tisma und Granada in Wahllokalen waren, bestätigt.

ZU DEN INTERVIEWS: Von den 50 befragten Personen äußerten sich 80% positiv zu den Wahlen und positiv zur FSLN. Der Kern dieser Aussagen war, daß mit den Wahlen im Prinzip der 1979 angefangene Prozeß noch einmal bekräftigt wird, daß die bereits damals getroffene Wahl für ein freies Nicaragua bestätigt wird. Für sie waren diese ersten freien Wahlen sehr bedeutungsvoll, historisch wichtig und Ausdruck der Fortentwicklung und Stärkung der sandinistischen Revolution.

AN NICARAGUAS NORDGRENZE

Noch vor wenigen Wochen waren wir uns hier ziemlich unsicher, ob die Wahlen in den Kriegsgebieten auch wirklich durchgeführt werden könnten. Die verstärkten Angriffe der Contras auf Kooperativen und die vielen Hinterhalte ließen große Probleme am Wahltag erwarten. In den letzten Tagen vor dem Urnengang hatten es die vereinigten Kräfte von Milizen und sandinistischen Heer aber anscheinend geschafft, die Contras wieder zurückzudrängen.

Der Bezirk Jalapa, im äußersten Norden des Landes gelegen, ist wohl eines der am meisten gefährdeten Gebiete. Wohl wegen seiner geographischen Lage - die honduranische Grenze ist im Westen, Norden und Osten nur gut fünf Kilometer von der Kleinstadt entfernt - hatte die Contra bereits mehrere Angriffe mit dem Ziel gestartet, die Stadt einzunehmen und dort eine "Gegenregierung" auszurufen. Am Wahl-

tag kamen etwa 30 Journalisten aus aller Welt hierher, um sich ein Bild von den Bedingungen zu machen, unter denen sich die Bevölkerung ihre zukünftige Regierung wählt.

Kurz nach 7 Uhr morgens gelangten wir an die Hacienda "La Mia", früher im Somoza-Besitz und heute eine Cooperative der ehemaligen Landarbeiter. Bereits um diese Zeit wartet eine lange Schlange von Menschen vor dem Wahllokal. Die Stimmgabe selbst nimmt geraume Zeit in Anspruch, da jedem Wähler noch einmal genau erklärt wird, wie die Wahl vor sich geht. Die Wahlkabinen sind durch einen Vorhang vor den Blicken des Wahlkomitees geschützt. Auch die Urnen befinden sich in einiger Entfernung vom Wahlkomitee, so daß ein Einblick in die Wahlzettel nicht möglich ist. In der Nähe des Wahllokals schieben Milizangehörige Wache. Heute war alles ruhig, sagen sie. Anders in der Region Estelí, wo ein Präsident eines Wahlkomitees ermordet wurde.

Auch in den kleinen Dörfern auf dem Weg von Ocotal nach Jalapa bietet sich das gleiche Bild. Der Aufruf der Coordinadora Democrática zum Wahlboykott scheint kaum befolgt zu werden. In Santa Clara hatten Flugzeuge und Kampfhubschrauber die nahe gelegene Militärschule angegriffen. Zwei Mädchen und ein 60jähriger Campesino kamen ums Leben. Zwei nicaraguanische Soldaten schossen einen Hubschrauber ab: Im Wrack fanden sich die Leichen zweier US-amerikanischer Söldner. Aber auch hier hat der Terror nicht verhindern können, daß die Landbevölkerung sich massiv an den Wahlen beteiligte.

Kurz vor unserer Rückfahrt von Jalapa unterhalte ich mich mit einem älteren Bauern, der gerade ein Wahllokal verläßt. Was er denn von der Wahl erwarte. "Nada" - nichts. "Ich habe nach der Revolution ein Stück Land bekommen, ich habe lesen und schreiben gelernt, meine Enkel gehen in die neue Schule, und wenn einer krank wird, können wir zum Gesundheitsposten gehen. Mehr brauche ich nicht."

Die Journalistengruppe ist sichtlich beeindruckt von dem, was wir heute gesehen und gehört haben. Auf der Rückfahrt hören wir die ersten Ergebnisse: Nur 11 von 3.892 Wahllokalen konnten wegen Contraangriffen keine reguläre Wahl durchführen. Die Wahlbeteiligung im ganzen Land ist sehr hoch, und die FSLN hat erwartungsgemäß hoch gewonnen. Das Volk von Managua macht sich auf zur Siegesfeier: Zum zweiten Mal innerhalb einer Woche füllt sich der riesige Carlos-Fonseca-Platz mit über 100.000 Menschen, die herbeigeeilt sind, um diesen Sieg der Revolution zu feiern.



...und nicht vergessen!

- Zum Tode von Enrique Schmidt -

Am Montag, dem 5. November, wurde Enrique Schmidt Cuadra, Post- und Fernmeldeminister von Nicaragua, in einem Gefecht in der Nähe von Camoapo von einem Contra-Söldner erschossen. Im folgenden drucken wir einen Nachruf ab, den ein Freund Enrique Schmidts für die 'Kölner Stadttrevue' geschrieben hat.

Im äußerst bedrohten Nicaragua sterben heute täglich meist wehrlose Menschen durch die Kugeln und Bomben der vom CIA finanzierten Contras. An die Spitze der Soldaten, die die Angriffe abwehren, stellen sich immer wieder auch führende Sandinisten. Während hierzulande "Spitzenpolitiker" ins Gerede kommen, weil sie für ihre Parteien die Taschen weit offen halten, halten sandinistische Politiker die Knochen hin. So auch Enrique Schmidt Cuadra, der am 5. 11. 1984 fiel. Als die Nachricht seines Todes in den Morgennachrichten (fast nur dort) kam, wurde sie sofort von vielen Menschen in einer Telefonkette weitergegeben: in Köln, wo er 1968 - 74 studierte, in Bremen, wo er promovierte, in Wuppertal, wo er das 'Informationsbüro Nicaragua e.V.' mitbegründete, in Bonn, wo er einige Sozialdemokraten zu mehr Solidarität für sein Land bewegen konnte. Es kam zu spontanen Mahnwachen und Fackelzügen, z.B. in Köln und Hamburg. Von 65 SPD-Bundestagsabgeordneten und Gewerkschaftern stammt auch die erste Todesanzeige in der 'Frankfurter Rundschau':

"Unser Freund und Genosse Enrique Schmidt ist tot. Er ist im Kampf gegen die CIA-finanzierten Söldner gefallen. Enrique sollte auf der Kundgebung der Friedensbewegung am 3. November in Bonn reden. Er zog es vor, sein Land gegen die immer stärkeren Angriffe der Contras zu verteidigen. Mit ihm verlieren Nicaragua und wir einen überzeugenden Vertreter des Weges, der in den Ländern der Dritten Welt Demokratie und Sozialismus zu verwirklichen suchte."

Ich erinnere mich an eine frühe Begegnung mit ihm im Büro der Kölner ESG 1971. (Ich war damals Studentenpfarrer dort.) Er stellte sich als AStA-Auslandsreferent vor, forderte unser Engagement heraus. Beim Kaffee scherzte er über seinen preußischen Großvater, dessen Nachkommen Namen wie Heinrich, Wilhelm und Bismarck erhielten. Er ging mit uns in den Marlon-Brando-Film 'Queimada', damit wir die Geschichte seines Landes verstünden, erzählte uns von Sandino, dem Vorkämpfer der Befreiungsbewegung in seinem Land. Sehr bald verkörperte er für viele die Kraft, Hoffnung und Menschlichkeit der 'Befreiungsbewegungen der Dritten Welt', für die er sich voll einsetzte. (Die Journalistin Roshan Dunjiboy sagte bei einer Trauerfeier in Köln: "Er war der konsequenteste von uns.")

1974 ging der Sandinist als stellvertretender Geschäftsführer von Siemens nach Managua zurück, wurde 1975 verhaftet, eingekerkert, gefoltert. Alle Unterschriftenaktionen, Apelle namhafter Sozialdemokraten und Kirchenleute schienen nichts zu fruchten. Wir gaben fast die Hoffnung auf, unseren Freund wiederzusehen.

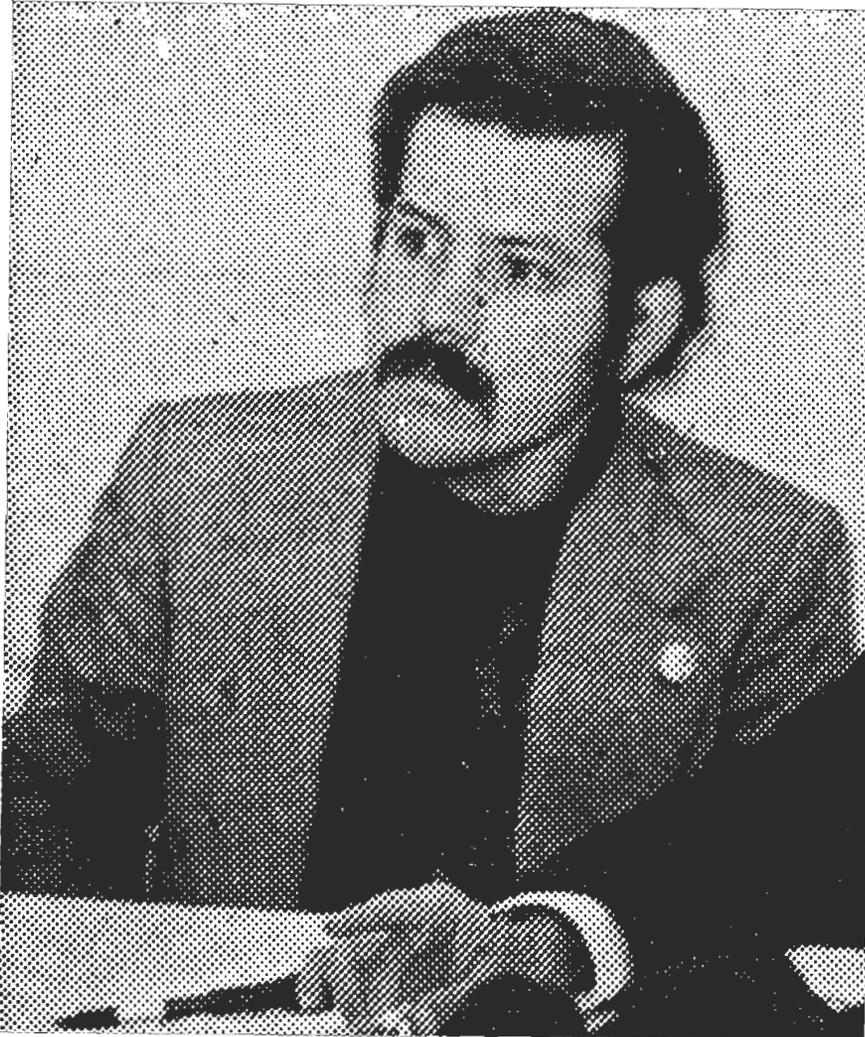
Dann, eines Tages im Sommer 1977, kam Ernesto Cardenal im Rahmen einer Europa-Reise in ein völlig überfülltes Gemeindezentrum nach Köln, um die Menschen zur Hilfe für sein Land aufzurufen. Neben ihm trat plötzlich Enrique auf, den wir zuerst nicht erkannten: sehr mager, um Jahre gealtert. Wir feierten ein Freudenfest. Er meinte, die dauernden Apelle aus dem Ausland, besonders der BRD, hätten seine Freilassung bewirkt.

Während der Endphase der Somoza-Diktatur organisierten Leute aus Wuppertal, Düsseldorf und Köln einen Hungerstreik für Nicaragua in einer Düssel-

dorfer Kirche. Die langen Nachtgespräche vertieften die Freundschaft mit Enrique und seiner Frau Marivi. Als Enrique, mittlerweile Europabeauftragter der Sandinistischen Befreiungsfront, im Juni 1979 die Koffer packte, wollten wir ihn zurückhalten, ihn nicht verlieren. "Ich kann nicht hierbleiben, während die compañeros/daheim die Knochen hinhalten", sagte er. Nach der Befreiung Nicaraguas - wenige Wochen später - war er unermüdlich und mit großer Freude am Aufbau seines Landes beteiligt, mit viel Gefühl für die Menschen - und Härte, wo sie am Platz war.

Enrique ist tot, heißt es in den Anzeigen. Ja und nein. Er ist mir sehr nahe, er ist vielen gegenwärtig. "Presente" - sagen die Menschen in Lateinamerika. Und sie erklären damit ihre Bereitschaft, über ihre Trauer hinaus den Kampf gegen jede Unterdrückung weiterzuführen.

Sie brauchen dringend unsere Solidarität!

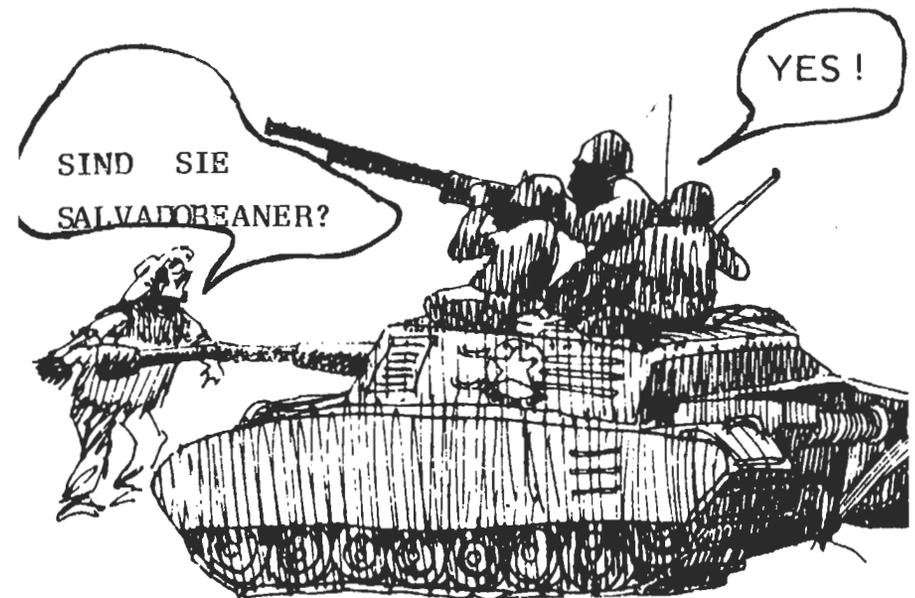


EL SALVADOR

Nach dem ersten Dialog

Am 15. Oktober hat in La Palma (El Salvador) ein Treffen zwischen Duarte und der FMLN/FDR stattgefunden, nach dessen Beendigung sich beide Seiten zufrieden zeigten. Das einzig greifbare Ergebnis der Begegnung war die Verabredung, sich am 15. November erneut zu treffen - angesichts der Tatsache, daß sich die beiden gegnerischen Parteien zum ersten Mal getroffen haben, ist dies bereits ein gewichtiges Resultat.

Präsident Duarte hatte Anfang Oktober auf einer Vollversammlung der UNO bekanntgegeben, er sei bereit, mit der Guerilla zu verhandeln, ohne daß diese die Waffen niederlegen müsse. Man hat diese Geste mit Recht dem Umstand zugeschrieben, daß es für ihn an der Zeit war, sich als Demokrat und Mann der Mitte zu erweisen, als welcher er sich im Mai dieses Jahres zum Präsidenten hatte wählen lassen. Es spricht auch viel dafür, daß Kolumbiens Präsident Belisario Betancur einige gute Ratschläge gegeben hat; er ist ja als Experte in Sachen Aussöhnung mit der Guerilla aufgetreten (vgl. LN 131). Die USA haben sicher zuerst ihr placet gegeben, Präsidentschaftskandidat Reagan stellte sich kurz vor den Wahlen gerne hinter eine derartige "Friedens"initiative.



Duarte reagierte mit seinem Vorschlag auf ein Angebot der FMLN/FDR, das seit drei Jahren besteht und im Laufe der Zeit immer wieder erneuert und modifiziert worden ist: Zuletzt im Februar dieses Jahres, als die Opposition eine Regierung der breiten Beteiligung vorschlug und ein detailliert ausgearbeitetes Programm vortrug. Damals nannte Duarte den Verhandlungsvorstoß seiner Gegner lächerlich. Auch bei seinem plötzlichen Angebot bezog er sich nicht auf diese Initiative.

In einem Zehn-Punkte-Vorschlag empfahl er die Wiedereingliederung der Guerilleros in die Gesellschaft und die Umwandlung ihrer Organisationen in politische Parteien, die alle Rechte erhalten sollten, die ihnen in einer parlamentarischen Demokratie zustehen. Dazu gehören selbstverständlich eine Amnestie für ehemalige Guerilla-Mitglieder, die Möglichkeit, das Land zu verlassen und humanitäre Programme für all diejenigen, die unter der Gewalt zu leiden hatten.

Natürlich redete Duarte nicht davon, wie er angesichts der Existenz der Todesschwadronen derlei würde garantieren können. Natürlich erwähnte er mit keinem Wort den Umstand, daß die FMLN/FDR einen großen Teil des Volkes repräsentiert, das seit fast fünf Jahren kämpft, um eine andere Gesellschaft zu erreichen als diejenige, in die es Duarte eingliedern will.

Während von Duarte wahrhaftig nur derartig Seichtes zu erwarten war, hat die Reaktion der FMLN/FDR für einige Überraschung gesorgt. Wider alles Erwarten legte sie einen Katalog von 29 Forderungen vor, in dem von einer Beteiligung an der Macht nicht die Rede ist. Sie verlangte lediglich die Einstellung der militärischen Aktionen sowie der Bombardierungen. Sie verlangte weiterhin Lohnerhöhungen für die Arbeiter und das Recht auf Leben, Würde, Gesundheit und Erziehung für alle Salvadorianer, sowie die Freilassung der Gefangenen, Rückkehr der Flüchtlinge u.ä.

Aus der Pressekonferenz, die die FMLN im Anschluß an das Treffen gab, aus einem Kommuniqué von Radio Venceremos und weiteren Stellungnahmen seit Mitte Oktober läßt sich der Grund für die Zurückhaltung der FMLN einigermaßen erschließen.



Gespräch in La Palma. Hier die Vertreter des Widerstandes, Guillermo Ungo, Ruben Zamora, Eduardo Sancho Gadenada und Lydia Dias beim Verlassen der Kirche

Seit längerer Zeit hat sich dort die Überzeugung durchgesetzt, daß jede Form von Dialog, das heißt gleichzeitig jede Art der Anerkennung, daß die FMLN/FDR überhaupt existent ist und als politisch-militärische Kraft konsultiert werden muß, ein Plus für die Guerilla bedeutet. Wenn diese - wie anläßlich des Dialogs - in der nationalen und internationalen Presse erwähnt wird, ist bereits ein wichtiges Ziel Duartes verfehlt, nämlich die Isolierung und das Totschweigen der Widerstandsbewegung.

Gleichzeitig mit der Einschätzung, der Dialog sei ein wichtiger Schritt in Richtung auf eine politische Lösung, die seit Jahren angestrebt werde, versichern die Vertreter der FMLN, sie seien sich durchaus darüber im Klaren, daß man Duarte keineswegs trauen dürfe. Er habe seinen Anspruch als Demokrat seit den Wahlen nicht unter Beweis gestellt, er habe einen derart theatralischen Auftritt gebraucht, und man werde keinesfalls die Waffen niederlegen.

Wir wissen alle, daß mögliche politische Fortschritte in El Salvador sehr eng verbunden sind mit der militärischen Situation. Ana Guadalupe Martínez, Mitglied der politisch-diplomatischen Kommission der FMLN/FDR, hat unlängst in Berlin erklärt, der Dialog sei nur aufgrund der militärischen Stärke der Guerilla zustandegekommen, nur deren Erfolge hätten die Regierung Duarte zur Aufnahme von Verhandlungen gezwungen. Der Abschuß eines Flugzeugs mit hohen salvadoreanischen Militärs und die vorübergehende Einnahme der Stadt Suchitoto sind Indizien für die militärische Stärke der FMLN.

Die Zuversicht der Kommandantin kann uns aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Berichte über die militärische Situation in El Salvador sehr spärlich geworden sind. Es gibt - unter der Hand - viele Hinweise darauf, daß sich die Lage sehr zugespitzt hat. In diesem Zusammenhang und angesichts der immer konkreter werdenden Absichten Reagans, in der Region "aufzuräumen", wäre es umso verständlicher, daß sich die FMLN auf die Verhandlungen einließ, ohne auf einer Regierungsbeteiligung zu beharren. Aber diese Erklärung weist die FMLN selbst entschieden zurück: das seien unsere Spekulationen. Und weil es auch von Seiten der FMLN keinen Hinweis darauf gibt, weshalb auf die Regierungsbeteiligung verzichtet wurde, bleiben unsere Schwierigkeiten bestehen, bündige Analysen zu erstellen und informative Berichte zu liefern.

FORDERUNGSKATALOG DER FMLN/FDR

Unser Volk fordert:

- die Aufklärung und Verurteilung der Verantwortlichen für die Morde an Erzbischof Oscar A. Romero, den vier nordamerikanischen Nonnen und den Mitgliedern des Exekutivkomitees der FDR;
- die Aufklärung und Verteilung der Verantwortlichen für die Morde an den ISTA-Vertretern und den vier holländischen Journalisten;
- die Aufklärung und Verurteilung der Verantwortlichen für alle politischen Verbrechen, die in den letzten vier Jahren begangen wurden.

Es wird Frieden geben, wenn

- alle politischen Gefangenen freigelassen sind und das Schicksal der "Vermißten" aufgeklärt wird;
- die Bombardements gegen die Zivilbevölkerung in den von der FMLN kontrollierten Gebieten aufhören,
- das Recht auf freie Organisierung und freie Bewegung der Stadt- und Landarbeiter respektiert wird;
- das Streikrecht grantiert ist;
- alle Arbeitsstätten entmilitarisiert sind;
- allen staatlichen Arbeitern und Angestellten das Recht auf Organisierung und Freizügigkeit zugesichert wird;

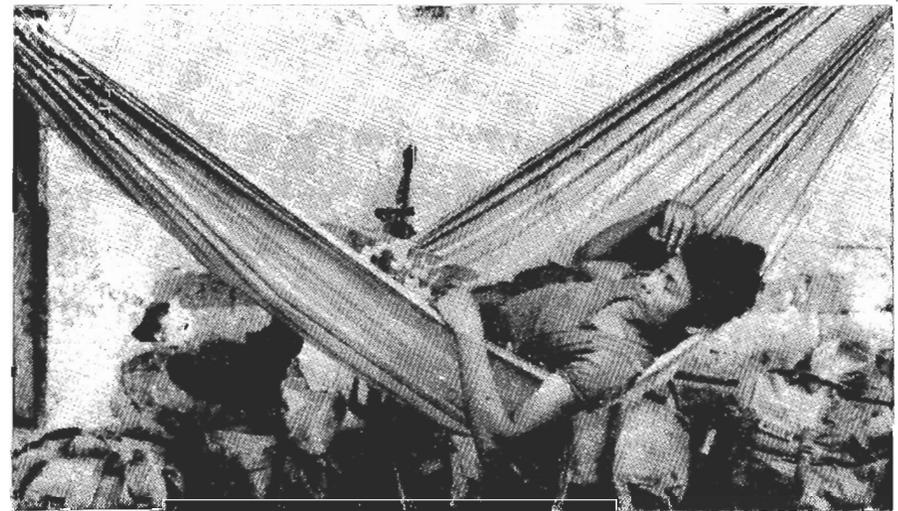
- den Lehrern ihr Lohn ausgezahlt und ihre wichtigsten Forderungen erfüllt werden;
- dieses Jahr den Baumwoll- und Kaffeepflückern ein täglicher Arbeitslohn von 18 Colones (18 DM) zugesichert wird;
- alle Arbeiter und Angestellten der Banken, des Handels und der Industrie eine 10%ige Lohnerhöhung erhalten;
- die Preise für die wichtigsten Konsumgüter der Bevölkerung gesenkt werden;
- der Prozeß der Agrarreform in allen seinen Etappen vertieft und fortgesetzt wird;
- das Dekret 207 (dritte Phase der Agrarreform) wieder in Kraft gesetzt wird;



Reagan sagt, wenn wir weiter gegen die Diktatur kämpfen, torpedieren wir seine Verhandlungen im Persischen Golf, im Indischen Ozean und im Japanischen Meer ...

- die Zwangsrekrutierungen aufhören;
- der Haushalt der Nationaluniversität erhöht wird;
- die Pläne zur Förderung von Arbeiterkindern aufrechterhalten werden;
- im Rahmen einer Sparpolitik die Gehälter des Präsidenten der Republik, der Abgeordneten, aller Minister und Staatssekretäre herabgesetzt werden;
- die Gehälter der Armeeeoffiziere gesenkt werden;
- die Gehälter der Soldaten erhöht werden;
- die physische Bestrafung der Soldaten in den Kasernen und die Bedrohung ihrer Familienangehörigen aufhören;
- die nordamerikanischen Militärberater aus dem Land abgezogen werden;
- die Militärhilfe der USA an El Salvador beendet wird;
- die Unterdrückung und Verfolgung der Marktfrauen aufhört;
- ein Konzept verwirklicht wird, das jedem die Möglichkeit gibt, sich eine Existenz zu schaffen;
- die Gemeinden nicht mehr gezwungen werden, Beiträge an die Zivilverteidigung zu bezahlen;
- der Staatshaushalt auf andere Weise ausgeglichen wird, damit für die Arbeiter im Transportwesen die Preise für Benzin und Ersatzteile gesenkt werden;
- alle Gewerkschaften und Interessenverbände freien Zugang zu den Medien erhalten;
- ein geeigneter Schutz für die nationale und internationale Presse vorhanden ist, damit es eine Garantie für freie Information gibt;
- die Haushaltstarife für Strom und Gas gesenkt werden;
- an den staatlichen Schulen kein Schulgeld mehr gezahlt werden muß;
- die kleinen und mittleren Bauern Vorzugskredite zu niedrigen Zinsen erhalten;
- die kleinen Unternehmer ebenfalls bei Krediten und Zinsen bevorzugt werden;
- eine hundertprozentige Steuererhöhung auf alle Gewinne und Aktiva der Großunternehmen durchgesetzt wird.

Dies sind die wichtigsten Wünsche des salvadorensischen Volkes.



Wir fordern Ganzjahres-Urlaub für die salvadorensische Armee!

Solidarität – Nur Jubel?!

Dienstag, 6.11. abends. – Das Audimax der TU Berlin ist total überfüllt. Solidarität mit Nicaragua und El Salvador ist angesagt. Zum Auftakt des Abends (zum "Antörnen") gibt es den salvadorischen Film "Tiempo de audacia" (Zeit der Kühnheit) zu sehen, dessen Inhalt auf Vermittlung der militärischen Lage und der Situation in den militärischen Ausbildungslagern sowohl seitens der Guerilla als auch innerhalb der salvadorischen Armee ausgerichtet ist. Ein Film, der Angst macht vor der Übermacht der US-gestützten salvadorischen Armee, der aber auch eindeutig die Kraft und Stärke der Guerilla zeigt.

Nach den beiden Vorrednern, die versuchten, einen kurzen Überblick über die Wahlen in Nicaragua und die derzeitige Situation zu geben, kam endlich die Hauptattraktion des Abends, Comandante Guerillera Ana Guadalupe Martínez, zu Wort, derentwegen man/frau ins Audimax geströmt war. Der Empfang war beeindruckend: Geballte Fäuste schnellen auf allen Seiten in die Höhe. Jubel und stürmischer Applaus von seiten des Publikums. Die Stimmung euphorisch kämpferisch. Doch gegen Ende des Abends wirkte der Jubel und das Klatschen aufgesetzt. Einige wenige nimmermüde Kämpfer mühten sich ab, mit Parolen wie "poder popular" oder gar mit "el pueblo unido ..." die Zuschauer vom Hocker zu reißen. Der Erfolg war mäßig, die Resonanz dürftig. Im Gegenteil die meisten waren peinlich berührt.

Der Grund dafür waren die plakativen, flachen Aussagen von Ana Guadalupe Martínez. Sie gab abgedroschene Statements von sich, wie wir sie seit Jahren kennen. Das relativ gut informierte Publikum erfuhr nichts wesentlich neues. Die einzige neue Variante ist der Dialog der FMLN mit Präsident Quarte. Doch auch darüber gab es wenig konkrete Informationen. Niemand erwartet von der FMLN, daß sie in einem Audimax ihre militärischen Geheimnisse offenbart. Doch mehr und neuere Informationen und kritische Selbsteinschätzung wären angebracht gewesen. Es wurde nicht vermittelt, was im Moment in El Salvador los ist, wie die Stimmung in der Bevölkerung ist. Es wäre gut gewesen, zu erfahren wie es der Bevölkerung geht, damit die Leute hier nachvollziehen können, für wen sie sich einsetzen und warum Krieg sein muß, warum man in El Salvador kämpft. Darüber wurden Informationen erwartet von Ana Guadalupe, der Frau der ersten Stunde, die im Untergrund war, die die Situation in El Salvador bestens kennt. Sie wäre die berufene Persönlichkeit gewesen, über die menschliche Variante des Befreiungskriegs zu berichten.

Die meisten werden trotzdem zur nächsten Veranstaltung und zur nächsten Demo gehen. Das "Waffenkonto" wird trotzdem weiterhin Einzahlungen erhalten. Das politische Bewußtsein erfordert unser Engagement und unsere Solidarität mit Nicaragua und El Salvador.

Ana Guadalupe wurde mit großem Sympathievorschub empfangen. Das Publikum, ihr wohlgesonnen, wollte solidarisch mit dem Volk in El Salvador sein, doch es stieß mit seinem Jubel ins Leere. Die durchaus berechtigten Erwartungen wurden nicht erfüllt.

Welchen Zweck hat diese Veranstaltung eigentlich gehabt? Ist es nicht sinnvoller "antörnende" Jubelveranstaltungen durch nüchterne ("abtörnende") Veranstaltungen mit sachlichem konkretem Informationsgehalt zu ersetzen? Nachdenklich gemacht hat uns das Verhalten der Solidaritätsbewegung; Das Publikum läßt sich zwar nicht mehr zu begeistertem Parolensrufen mitreißen, klatscht jedoch willig weiter und läßt sich gutmütig mit leeren Phrasen und bereits xmal Gesagtem abspesen.

Den wenigen kritischen Fragen war elegant ausgewichen worden. Das Publikum resignierte. Mehr kritischere, noch drängendere Fragen hätten die offizielle, allzu positive FMLN-(ERP)Jubeldarstellung aufbrechen und das Defizit auffangen können.

COSTA RICA

Precarismo: Der Kampf ums Überleben

Eines der wichtigsten sozialen Probleme Costa Ricas ist die "Frage der Bodenverteilung". Hinter dieser technischen Formulierung verbirgt sich für Zehntausende von Campesino-Familien der Kampf ums Überleben. Denn entgegen der weitverbreiteten Darstellung eines egalitären Landes ist auch in Costa Rica der Anteil von Landlosen und Kleinbauern an der Landbevölkerung sehr hoch. "Modernisierungsprozesse" wie die Mechanisierung der Zuckerrohrproduktion, die Umstellung des Banananbaus auf die weniger arbeitsintensive Ölpalme und die Ausdehnung der Viehzucht verschärfen die Situation. Seit gegen Anfang der siebziger Jahre die Möglichkeit der "inneren Kolonisation", also der Inbesitznahme "herrenlosen", für den landwirtschaftlichen Anbau geeigneten Landes in entfernten Regionen, erschöpft sind, ist die Besetzung brachliegenden Bodens neben der Landflucht für viele arbeitslose Landarbeiter und landlose Campesinos die einzige Möglichkeit zu überleben.

Ende 1982 hatten in verschiedenen Regionen des Landes ca. 15 000 Familien Ländereien besetzt, davon ein Drittel in Zucker-, Bananen- oder Viehzuchtgebieten. 1983 entwickelte sich eine neue Welle von Landbesetzungen und verwies auf die Zuspitzung der Lage auf dem Land. Während die Regierung mit einem Notprogramm und immer wieder mit repressiven Maßnahmen antwortete, wurden die Aktionen der verzweifelten Campesino-Familien von den Medien als Teil des Destabilisierungsplanes dargestellt, den die "extreme Linke" entwickelt habe. So war das scharfe Vorgehen gegen Landbesetzer auch eine zentrale Forderung des "Ultimatums" der Handelskammer an die Regierung vom 31. Juli dieses Jahres (vgl. LN 130). Gleichzeitig stellen Großgrundbesitzer paramilitärische Banden auf, um gegen neue Besetzungen Selbstjustiz zu üben.

Auf der anderen Seite schlossen sich im Mai dieses Jahres die wichtigsten Campesino-Organisationen zur Coordinadora Agraria Nacional zusammen. Sie wollen u.a. ein Landreformprojekt entwickeln und fordern eine Verfassungsänderung, damit die entschädigungslose Enteignung von Boden möglich wird.

Die folgende Nachricht erreichte die LN aus Costa Rica und illustriert die schwierige Lage der Landbesetzer und den physischen und politischen Druck, unter dem sie stehen.

Am 15.10.1984 besetzten 50 Campesinos aus La Suerte – Männer, Frauen und Kinder – das Instituto de Desarrollo Agrario (IDA – Institut für Agrarentwicklung) in San José.

Die Vorgeschichte: Die Campesinos sind Precaristas – so werden hier die Campesinos genannt, die unbebautes Land von US-Bananenkonzernen oder Großgrundbesitzern besetzen, um es zu bearbeiten. Es gibt inzwischen Zehntausende in Costa Rica, die in diesem Schritt die einzige Möglichkeit sahen, den Lebensunterhalt für

sich und ihre Familien zu verdienen. Per Gesetz besteht die Möglichkeit, daß durch eine Vermittlung des IDA zwischen Precaristas und Großgrundbesitzern (in der Regel Kauf des Landes durch das IDA und Weitergabe an die Besetzer) den Campesinos nach einem Jahr das Land übergeben wird. In der Praxis findet dieses Gesetz nur in den wenigsten Fällen Anwendung. Die Mehrheit der Precaristas ist ständigen, brutalen Räumungen durch die Guardia Rural ausgesetzt.

Die bisher brutalste Räumung fand am 10.10.1984 in La Suerte, im Nordosten Costa Ricas statt. Seit fünf Jahren leben dort 100 Familien auf dem Land, das dem Großgrundbesitzer Marino Lopez gehört. Elf Räumungen haben sie hinter sich, und das heißt jedes Mal: Niederreißen der Hütten, Verbrennen der Felder, Verhaftungen. Mit Herbiziden vergiftete die Guardia die Brunnen - die einzige Wasserquelle. Der letzte Überfall kam am 10.10.84: Die Guardia setzte Tränengas ein, ein Kind wurde von einer Tränengasbombe getroffen und schwer verletzt. Es fielen auch Schüsse, die glücklicherweise niemanden verletzten. Aber es gab zahlreiche Verletzte durch Schlagstöcke; 28 Männer wurden verhaftet.

Mit der Besetzung des IDA-Gebäudes wollten die Precaristas ihrer Forderung nach Übergabe des Landes Nachdruck verleihen. Sie kündigten an, das Gebäude nicht eher zu verlassen, ehe das IDA eine Zusage gibt. Die Besetzung endete noch am gleichen Abend mit einem Kompromiß: Das IDA verpflichtete sich, während der Dauer der Untersuchungen sämtliche Räumungen auszusetzen.

Ob die Guardia sich an diese Zusage halten wird, ist fraglich. Vor allem seit dem Ministerwechsel am 1. September, Ausdruck des Rechtsrucks in der Regierung, nehmen die Anordnungen von Räumungen sprunghaft zu. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß der Staat das Problem der massenhaften Landbesetzungen jetzt durch brutale Gewalt ein für alle Mal "lösen" will.

HUNGERSTREIK

Am 23.10. traten 40 Mitglieder des Comité Patriótico Nacional (COPAN) in einen Hungerstreik, um gegen die Verschlechterung der sozialen Lage großer Teile der Bevölkerung und vor allem gegen die politische Korruption, die sich in diesem Zusammenhang entwickelt hat, zu protestieren. Staatliche Leistungen im Wohnungsbau (hier v.a. ein Programm, das einen langfristigen Kredit für den Grundstückskauf mit Eigenarbeit verbindet) und in der Lebensmittelhilfe werden von Mitgliedern der Regierungspartei (Partido Liberación Nacional) zum Stimmenfang genutzt. Bedürftige, die sich PLN-nahen Komitees anschließen, werden gegenüber anders - v.a. im COPAN - Organisierten bevorzugt; schon zugesagte Gelder werden kurzfristig "umgeleitet".

Der Hungerstreik soll durch Demonstrationen, kulturelle und religiöse Veranstaltungen und befristete zusätzliche Hungerstreiks unterstützt werden. In einem Offenen Brief wurde der Präsident Costa Ricas, Luis Alberto Monge, aufgefordert, mit den Hungerstreikenden in einen Dialog zu treten. - Über den Verlauf der Aktion ist uns leider noch nichts bekannt geworden.

SURINAM

Jubelfeiern und Wirtschaftsprobleme

Surinam gehört zu den Ländern Lateinamerikas, die in den LATEINAMERIKA NACHrichten vollständig "unterbelichtet" sind. Dies liegt nicht nur am mangelnden Interesse der Redakteure, sondern vor allem an der extrem schlechten Informationslage. Hin und wieder erscheinen in der Presse Nachrichten über Verfolgung von Oppositionellen durch die Revolutionsregierung. Was das für eine Revolutionsregierung ist, was sie genau will, was sie tut - das ist kaum bekannt. Wir drucken, um die Lücke wenigstens ansatzweise ein wenig auszufüllen, im folgenden einen Artikel der peruanischen Zeitschrift "Noticias Aliadas" vom 8.11.84 ab.

Angesichts der ständigen wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten in Surinam hat Oberstleutnant Desi Bouterse in diesen Monaten in großem Rahmen Feierlichkeiten zur Festigung der nationalen Einheit angeordnet.

Die Feierlichkeiten finden anlässlich des ersten Jahrestages der Gründung des Movimiento 25 de Febrero im letzten November statt, um für Bouterse Unterstützung in den kulturell unterschiedlichen Völkern der ehemals holländischen Kolonie zu erlangen. Diese Gruppe ist auch bekannt unter dem Namen "Movimiento Stanvaste"; der Name bezieht sich auf eine in Surinam vorkommende Pflanze, die für ihre Langlebigkeit berühmt ist. Seit Bouterse die zivile Regierung von Henk Arron am 25.2.1980 durch einen Militärputsch stürzte und sie durch seinen "revolutionären Prozess" ersetzte, hat Surinam mit seinen 353 000 Einwohnern unter Putsch- und Gegenputschversuchen und Wirtschaftsproblemen zu leiden.

Das Tarifabkommen, das die streikenden Arbeiter der Bauxitindustrie im Januar 1984 unterzeichneten, ist ein wichtiger Schritt zur Lösung der Wirtschaftskrise. Die Bauxitindustrie befindet sich in ausländischem Besitz und bringt dem Land fast 80% seiner Devisen ein. Die Bauxitvorkommen gehören zu den reichsten der Erde; der Abbau und die Verarbeitung dieses Minerals, das den Hauptbestandteil von Aluminium abgibt, ist das wirtschaftliche Rückgrat Surinams. Der Tarifvertrag war für Bouterse eine gute Nachricht; er benötigt eine zufriedene Arbeiterschaft, um seine Produktionsziele zu erreichen und so Kürzungen in wesentlichen Teilen des Sozialbereichs - auf den die Revolution so stolz ist - zu vermeiden.

Auf politischem Gebiet muß die Regierung noch ihr Versprechen einlösen, eine "neue Form der Demokratie" mit einem brauchbaren Wahlsystem einzuführen, und eine effiziente Wirtschaftspolitik zu betreiben, um zu vermeiden, sich den Forderungen des IWF nach Austeritätsmaßnahmen beugen zu müssen.

Die Regierung Bouterse steht derzeit in Verhandlungen mit dem IWF über einen 30-Millionen-Dollar-Kredit zur Deckung des Zahlungsbilanzdefizits. Ein Verhandlungshindernis war bisher die Behauptung des IWF, die mangelhafte Kontrolle des Finanzsystems verhindere eine effiziente Wirtschaftspolitik; die Wirtschaft leide zudem unter einem wuchernden Verwaltungsapparat, in dem dem 40 000 Personen - das entspricht ca. 45% der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung beschäftigt sind.

Bouterse widersetzt sich einer Überwachung seines Wirtschaftsprogramms durch den IWF, denn die könne nach Ansicht einiger Experten eine starke Abwertung von bis zu 30% der Landeswährung bedeuten. Die Möglichkeit einer Abwertung war von der Bevölkerung mit Enttäuschung aufgenommen worden, nachdem sie bereits eine Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Lage aufgrund des Produktivitätsrückgangs hatte hinnehmen müssen.



BEZIEHUNGEN ZU HOLLAND

Die wirtschaftlichen Probleme werden noch durch die schwierigen Beziehungen zur ehemaligen Kolonialmacht Holland verschärft. Bis zur Unabhängigkeit 1975 war Surinam holländische Kolonie. Im Dezember 1982 verweigerte Holland die jährliche Wirtschaftshilfe von mehr als 90 Millionen Dollar, nachdem 15 Oppositionelle ermordet worden waren. Die Morde wurden von verschiedenen Organisationen, darunter einer Delegation der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen, untersucht; die Veröffentlichung der Ergebnisse wird für die nächste Zeit erwartet. Als Anzeichen für eine Verbesserung der Beziehungen wurde ein neues Abkommen geschlossen, das holländischen und surinamesischen Fluglinien die Wiederaufnahme ihrer Flüge gestattet. Bouterse erhofft sich davon eine baldige Wiederaufnahme der holländischen Wirtschaftshilfe. Im vergangenen Juli hat die Karibische Wirtschaftsgemeinschaft CARICOM beschlossen, Surinam und Haiti als Beobachter in die Gemeinschaft der 13 Staaten aufzunehmen. Auf Druck von Jamaica und Barbados hatte CARICOM dies zurückgewiesen; die beiden Staaten forderten eine größere Respektierung der Menschenrechte in Surinam.

Bouterse hat versprochen, "für das Vertrauen des Volkes zu arbeiten" und die Beziehungen zu Holland und Brasilien zu verbessern. Surinam tritt entschieden für die Revolution in Nicaragua ein, hat jedoch seine Beziehungen zu Kuba nach der US-Invasion in Grenada im letzten Jahr eingefroren.

KIRCHE

ÖFFENTLICHE ERKLÄRUNG DER DEUTSCHEN SEKTION DER INTERNATIONALEN KATHOLISCHEN FRIEDENSBEWEGUNG PAX CHRISTI ZUR THEOLOGIE DER BEFREIUNG

Die Delegiertenversammlung 1984 in Bonn erklärt sich aus gegebenem Anlaß erneut solidarisch mit den Christen Lateinamerikas, die sich aus dem Geiste des Evangeliums für die Armen gegen die sündigen Strukturen der Unterdrückung einsetzen. Bereits 1969 hat die Delegiertenversammlung in Krefeld mit ihrem damaligen Präsidenten und Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Döpfner, in gleichem Sinne entschieden und einen Solidaritätsfonds für Lateinamerika zur Unterstützung dieser Christen eingerichtet und seitdem mit Erfolg geführt.

Wir sind bestürzt über das Vorgehen der Glaubenskongregation gegen die Kirche der Armen Lateinamerikas, ihre Befreiungstheologie und ihre Theologen wie Leonardo Boff, halten es nicht für gerechtfertigt und sehen darin eine große Gefahr für das Leben und Wirken unserer Kirche. Es ist u.E. zu befürchten, daß der Eindruck sich verfestigt, es gehe nur vordergründig um Glaubensfragen, eigentlich aber um ein einseitig hierarchisches und eurozentrisches Kirchenverständnis.

Angesichts der Bedrohung des einzelnen, der gesamten Menschheit, ja der ganzen Schöpfung, ist eine Haltung überlegener Beurteilung und ängstlicher Abgrenzung, wie sie die Glaubenskongregation jetzt einnimmt, unangebracht und schädlich. Diese ernst Prüfung der gesamten Menschheit ist nur zu verstehen, wenn es immer mehr befreite brüderliche Gemeinden Jesu Christi geben wird. Der Anfang dazu ist in Lateinamerika gemacht.

Wir rufen daher die katholischen Christen, Laien, Priester und Bischöfe auf:

- Bedrängen wir unsere Brüder in Rom, die Auswirkungen ihrer theologischen Stellungnahmen zu bedenken und die Kirche der Armen zu ermutigen.
- Unterstützen wir die Tätigkeit dieser Christen Lateinamerikas durch die Entwicklung einer Theologie der Befreiung für unsere Situation.
- Teilen wir unsere finanziellen Mittel, persönliches Einkommen, Kirchensteuer u.s.w. brüderlich mit ihnen.

Zur Instruktion einiger Aspekte der "Theologie der Befreiung" der Kongregation für die Glaubenslehre vom 6. 8. 1984 erklären wir:

Wir begrüßen die Aussage,

- daß es eine christliche Auffassung von Befreiung gibt, die ihre Wurzeln in der hl. Schrift hat und die in den päpstl. Rundschreiben über Gerechtigkeit und Freiheit, in der Pastoralkonstitution des II. Vatikanischen Konzils und in den Dokumenten der Lateinamerikanischen Bischofskonferenz CELAM in Medellin (1968) und Puebla (1979) verankert ist.

Wir bedauern, daß

- kein Wort zu den Verfolgungen und Martyrien gesagt wird, die viele Christen - Bischöfe, Priester und Laien - erlitten haben, weil sie in Übereinstimmung mit einer solchen Theologie der Befreiung handelten,
- die ungerechten Strukturen nur als Folge persönlicher Schuld und nicht als soziale Sünde bezeichnet werden, wie es die Dokumente der lateinamerikanischen Bischöfe in Puebla und Medellin tun,
- nicht zuerst das umfassende Papier herausgebracht wurde, in dem in positiver Ausrichtung das Thema der christlichen Freiheit und Befreiung vollständig behandelt wird, wie im Vorwort angekündigt,
- die Unterdrücker sich ermutigt fühlen, die Befreiungsarbeit der Kirchen al kommunistisch zu denunzieren und dadurch eine weitere Gefährdung für die Kirche der Armen eintreten wird.

Wir sagen ja

zur Aufforderung an die Theologen, "loyal und im Geiste des Dialogs mit dem Lehramt der Kirche zusammenzuarbeiten". Ihr und der Mündigkeit des Christen widerspricht aber die ebenso feststellbare Tendenz, kritiklose Zustimmung zu Weisungen des kirchlichen Lehramtes zu erwarten (Instruktion XI, 4).

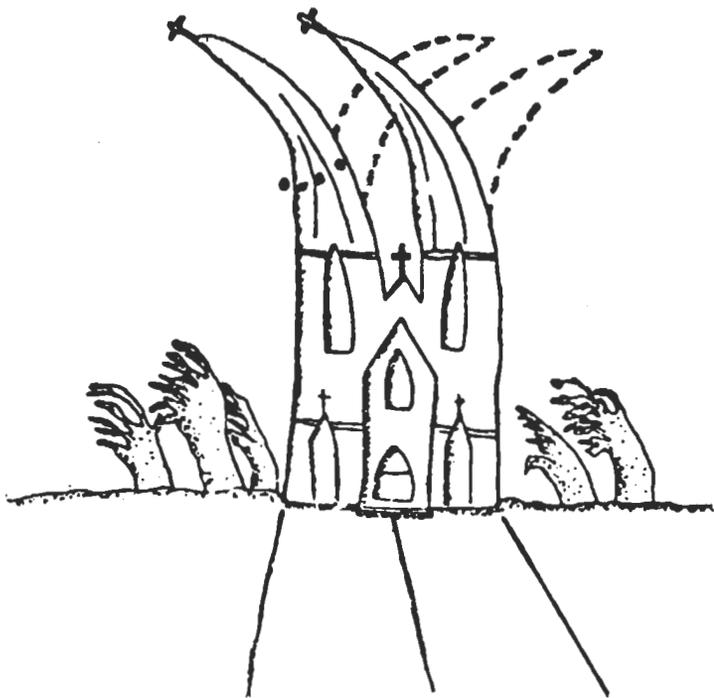
Wir sagen nein

- dazu, die instrumentelle Anwendung sozialwissenschaftlicher, so auch marxistischer Kategorien und Analysen zu einer Glaubensfrage zu machen. Die Scholastiker haben sich des griechischen Denkens bedient, ohne Heiden zu werden.
- zu einem Verständnis der Funktion der päpstlichen Glaubenskongregation, als ob Eingrenzen der kirchlichen Glaubens- und Lebensauffassung ihre vorrangige Aufgabe sei.

Mit Karl Rahner SJ geben wir zu bedenken:

"Dürfen wir aus unserem spießbürgerlichen Wohlstandsmilieu heraus solche Theologen diffamieren, wo eine solche theologische Sentenz drüben praktisch ihr Todesurteil sein kann? Wenn die Theologie der Befreiung eine Theologie der Dritten Welt ist, dann ist allmählich die Zeit gekommen, in der wir nicht nur unsere spärlichen Almosen und unsere guten theologischen Ratschläge von oben herab in diese Dritte Welt exportieren dürfen, sondern von ihr lernen sollten."

(Aus Karl Rahners Nachwort zum Buch "Christenverfolgung in Südamerika", hrsg. von Martin Lange und Reinhold Iblackner, Herder Verlag, Freiburg)



SOLIDARITÄT

10 Jahre FDCL

Im November wurde das FDCL - Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile - Lateinamerika - zehn Jahre alt und ist damit eines der ältesten und stabilsten Projekte der Lateinamerika-Solidaritätsbewegung. Natürlich fehlt es in 10 Jahren nicht an Krisen und Veränderungen; auch heute befindet sich das FDCL in einer Phase der konzeptionellen Diskussion um seine Weiterarbeit. Der folgende Artikel stammt von einer Mitarbeiterin der LN, die - wie viele Redaktionsmitglieder - auch im FDCL aktiv ist.

Die Geschichte des FDCL ist untrennbar mit der Geschichte der Chile-Solidaritätsbewegung und der Chile Nachrichten verknüpft. Letztere wurden wenige Monate vor dem Militärputsch vom 11. September 1973 von Mitgliedern der entstehenden Chile-Komitees gegründet. In den folgenden Monaten häuften sich bei den Komitee-Mitgliedern Berge teilweise sehr wertvollen Materials an. Daraufhin entstand die Idee, dieses Material systematisch zu archivieren und der Öffentlichkeit - vor allem den Chile-Komitees - zugänglich zu machen. Als formaljuristischer Träger gründeten 7 Leute einen Verein, der den etwas hochtrabenden Namen Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile - Lateinamerika - FDCL - erhielt. Ein Laden wurde angemietet, das Material zusammengesammelt - das war im November 1974.

Zunächst Freiwillige, dann eine schlecht bezahlte Honorarkraft kümmerten sich um die Archivierung; die wichtigste Aufgabe bestand darin, Aktionsgruppen aus dem Material Informationspakete zusammenzustellen. Eine Systematik wurde entwickelt, um die Haufen von Zeitungsausschnitten, Flugblättern und Zeitschriftenartikel so zu ordnen, daß sie auch später wieder auffindbar waren.

Das FDCL ist somit ein naturwüchsiges Nebenprodukt der Solidaritätsbewegung mit Chile. In der ersten Zeit war das Archiv ganz den aktuellen politischen Interessen dieser breiten Solidaritätsbewegung untergeordnet, ein "Eigenleben" schien nicht vorstellbar.

Dies änderte sich mit dem Abbröckeln der Chile-Solidarität. Als sich das Berliner Chile-Komitee, das bis dahin das FDCL getragen hatte, praktisch auflöste, blieben das Archiv und die Vereinsstruktur bestehen. Die "Institution" überlebte die Bewegung.

Neue Impulse für die Weiterarbeit entstanden nach dem Militärputsch in Argentinien vom März 1976. Das FDCL war intensiv an der Vorbereitung und Durchführung der Kampagne "Fußball ja - Folter nein" zur Weltmeisterschaft in Argentinien 1978 beteiligt. Das Archiv war schon zuvor nicht mehr auf Chile beschränkt gewesen. In dieser Zeit weiteten auch die Chile Nachrichten verstärkt ihre Berichterstattung auf andere Länder aus und nannten sich schließlich konsequent Lateinamerika Nachrichten.

Gegen Ende der 70er Jahre diskutierten die FDCL-Mitglieder verstärkt die Frage, wie man in der Solidaritätsbewegung über den reinen Bezug auf einzelne Länder hinaus stärker die Beziehungen der BRD zu Lateinamerika problematisieren könne. Unser Politikbegriff veränderte sich: weg von der ganz starken Orientierung an der Politik der Widerstandsbewegungen in Lateinamerika hin zu der Auffassung, daß wir, die wir in der BRD leben, uns stärker in die politischen Prozesse hier einmischen müssen. Um diese Themenstellung herum entstanden Arbeitsgruppen im FDCL, die über Atomexport,

Pharmakonzerne, Sozialdemokratie und später Frauenfragen arbeiteten (und zum Teil noch arbeiten). Ein wichtiges Ergebnis der Diskussion waren die Lateinamerika Tage '80 und '82, in deren Mittelpunkt Veranstaltungen des FDCL über Aspekte der Beziehungen der BRD zu Lateinamerika standen. Mit diesen Veranstaltungen und einigen Publikationen (Sozialdemokratie in Lateinamerika, Atomexport nach Argentinien) versuchte das FDCL in die politische Diskussion einzugreifen, Akzente zu setzen.

Parallel dazu verlief eine andere Entwicklung, die sich vielleicht mit dem Begriff "Professionalisierung" umschreiben läßt. Das Archiv hatte unterdessen eine unvorhergesehene Größe bekommen, war zur größten nicht-staatlichen Lateinamerika-Dokumentation im deutschsprachigen Raum geworden. Der Umgang mit diesem Material erforderte mehr personelle und finanzielle Kapazitäten. Auch die Zahl der schriftlichen Anfragen und der Besucher hatte zugenommen. Die "Archiv-Frauen" (es waren tatsächlich immer Frauen, die das Archiv verwalteten) hatten jetzt einen full-time-job; die Teilnahme an politischen Aktionen war nicht mehr direkt durch die Arbeit im FDCL gegeben, sondern fand zusätzlich in der "Freizeit" statt.

Damit veränderte sich aber auch die Beziehung des FDCL zu der Solidaritätsbewegung. Das Schlagwort vom (ungeliebten) "Dienstleistungsbetrieb" kam auf; die hauptamtlichen Mitarbeiter hatten oft den Eindruck, die Aktionsgruppen sähen im FDCL nur noch eine "Milchkuh", die man zwar melken kann, an der man aber sonst kein Interesse hat.

Ein wichtiger Faktor in dieser Entwicklung war sicher der "Generationswechsel" in der Solidaritätsbewegung. Viele der alten Mitglieder der Chile-Komitees waren aus der unmittelbaren Lateinamerika-Arbeit ausgestiegen, die neuen Aktivistinnen hatten zum großen Teil 1973 noch die Schulbank gedrückt. Symptomatisch dafür war, daß der Ausdruck "der 11." nicht mehr von allen ohne weiteres verstanden wurde. Diese Mitglieder der Solidaritätsbewegung kannten die Geschichte des FDCL nicht, konnten auch kein gesteigertes Interesse an einer "Institution" entwickeln, die einfach da war, sozusagen von selbst und oft neben den Aktivitäten der neugegründeten Mittelamerika-Komitees existierte.

Die internen Diskussionen im FDCL spiegeln diese Situation. Immer wieder wird beklagt, daß das FDCL seine politische Funktion verloren hat, nur noch Dienstleistungsbetrieb ist. Die Dynamik der Selbsterhaltung der Organisation schien uns zeitweise den Blick auf "die Bewegung" zu versperren.

An diesem Punkt nun setzt eine neue ausführliche Debatte über die Konzeption der zukünftigen FDCL-Arbeit an. Das FDCL kann und will seine Geschichte nicht rückgängig machen. Das Archiv und die damit zusammenhängenden Dienstleistungen (Beantwortung von Anfragen, Betreuung von Besuchern, Ausbau und Zugänglichmachung des Bildarchivs, Aufbau einer kleinen Mediothek und Ausleihe der Video-Kassetten und Dia-Serien) haben eine wichtige Informationsfunktion für die Solidaritätsbewegung, vor allem für solche Komitees, die in Kleinstädten in der Provinz kaum die Möglichkeit haben, an ausführliche Hintergrundinformationen, die nicht der generellen Tendenz der veröffentlichten Meinung entsprechen, heranzukommen. Die Infrastruktur - Räume, Mittelbeschaffung, Pressekontakte - werden von vielen Berliner Gruppen genutzt, ersparen ihnen oft lange Vorbereitung, das Suchen nach Adressen oder geeigneten Veranstaltungsräumen. Auch für die LN, ist das Archiv von großer Bedeutung; die LN wären mit ihren geringen Einnahmen nicht in der Lage, die für sie nötige Dokumentation zu unterhalten.

Die Einsicht, daß das FDCL so mit seiner Arbeit eine wichtige Funktion für die Solidaritätsbewegung hat, bedeutet nun keine Selbstzufriedenheit der Mitarbeiter. Die Diskussion über die fehlende Flexibilität des FDCL bei anstehenden politischen Aktionen steht weiter im Raum. Die Erkenntnis, daß es sinnvoller ist, das FDCL durch eine Akzeptierung und Verbesserung seiner Dienstleistungsfunktionen attraktiver zu machen, statt nur nostalgisch über den gegenwärtigen Zustand zu motzen, bedeutet nicht, daß die Mitglie-

der nicht weiterhin in Komitees aktiv sind. Auch die politische Diskussion ist damit nicht beendet. Sie findet weiterhin auf manchen Mitgliederversammlungen und vor allem in den Arbeitsgruppen statt. Auch mit einer verstärkten Publikationsstrategie will das FDCL auch in Zukunft in Diskussionen eingreifen. Es versteht sich als ein Ort, wo Diskussionen "gegen den Strich" nicht nur der veröffentlichten Meinung der Medien sondern auch der Solidaritätsgruppen geführt und veröffentlicht werden können.

Trotzdem bleibt eine Tatsache bestehen: die Hauptarbeit des FDCL besteht in informativer und organisatorischer Dienstleistung für andere Gruppen, die direkter politische Aktionen durchführen. Und das wird in einer Hinsicht immer wieder zum Problem: Es ist relativ viel einfacher Gelder für "Waffen für El Salvador" oder humanitäre Projekte zu sammeln. Aber Spenden für eine "Institution" sind schwer zu kriegen. Ein Archiv aber kann sich aus strukturellen Gründen nicht selbst tragen, es sei denn, es verkauft seine Dienstleistungen so teuer, daß die Komitees, Schüler, Lehrer oder Studenten die Preise nicht mehr bezahlen können. Und das wäre eine Entwicklung, die dem politischen Anspruch des FDCL diametral entgegensteht.

Um seine Funktionen für die Solidaritätsbewegung weiterhin - und nach Möglichkeit immer besser - erfüllen zu können, ist das FDCL deshalb auf Spenden angewiesen. Solidarität mit Lateinamerika setzt Informationen und eine gewisse Infrastruktur voraus. Das Konto des FDCL wird beispielsweise von mehreren Gruppen zur Sammlung von Spenden benutzt. Aber dieses Konto muß gerade deshalb sehr sorgfältig geführt und verwaltet werden - was wiederum nicht von Ehrenamtlichen zu leisten ist. Solidaritätsarbeiter möchten lateinamerikanische Zeitschriften lesen, die sehr teuer sind; das FDCL muß bei jedem wichtigen Abo überlegen, ob es die Zeitschrift finanzieren kann. Welche Gruppe schafft es schon, systematisch die wichtigsten Tageszeitungen auszuwerten und die Artikel so zu archivieren, daß sie auch noch nach einigen Monaten auffindbar sind? Dafür benötigt das FDCL eine Stelle. Auch die Beantwortung von Anfragen und die Betreuung von Archivbenutzern läßt sich nicht einfach auf mehrere Ehrenamtliche verteilen - die meisten der FDCL-Mitglieder, die Studenten sind, müssen neben dem Studium jobben: und das ist wohl keineswegs mehr die Ausnahme.

Um nicht vollständig von den "großen Geldgebern" - wie z.B. dem Fonds für entwicklungspolitische Bildungsarbeit der Evangelischen Kirche - abhängig zu sein, braucht das FDCL regelmäßige Förderspenden.

Falls jemand nach diesem Artikel der Meinung ist, das FDCL sei eine spendenwürdige Organisation, dem sei die Kontonummer ans Herz gelegt:

FDCL, Postscheckamt Berlin-West, Konto-Nr. 176966-104

Da das FDCL ein eingetragener gemeinnütziger Verein ist, sind die Spenden von der Steuer absetzbar.



FORSCHUNGS- UND DOKUMENTATIONSZENTRUM
CHILE - LATEINAMERIKA gemeinnütziger e.V.
Gneisenaustr. 2 1000 Berlin 61 Tel.: 030/6934029

OFFENER BRIEF

An den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland
Bundeskanzleramt
5300 Bonn 1

Berlin, den 14. 11. 1984

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Die Weltöffentlichkeit ist z.Z. Zeuge eines unwürdigen Schauspiels. Die USA, Führungsmacht der westlichen Hemisphäre, versuchen mit Wirtschaftsboykott, militärischer Drohung, versteckter Intervention und Anleitung zum Terror ein kleines Land mit drei Millionen Einwohnern davon abzubringen, seinen eigenen Weg der Entwicklung zu gehen.

Es ist beschämend für uns, die wir mit den USA in demselben Militärpakt Mitglied sind, wenn die USA sich bei ihren eklatanten Verletzungen des Völkerrechts darauf berufen, mit ihren Aktionen würde auch die Freiheit Westeuropas gesichert. Jedes Land hat das Recht, seinen eigenen gesellschaftlichen Weg zu bestimmen, ob es nun Afghanistan oder Nicaragua heißt. Es gehört schon eine bodenlose Unverfrorenheit dazu, wenn die USA einerseits die konterrevolutionären Kräfte finanziell und materiell unterstützen, aber andererseits die Lieferung militärischer Güter an Nicaragua mit einer Seeblockade verhindern wollen. Die Mörder erhalten Waffen und die Opfer sollen sich nicht verteidigen dürfen!

Täglich verletzen US-Flugzeuge den Luftraum von Nicaragua. Beim Überfliegen der Hauptstadt durchbrechen sie demonstrativ die Schallmauer. Wie würden die USA reagieren, wenn Flugzeuge einer fremden Macht über Washington auftauchen würden? Täglich dringen US-Schiffe in die Hoheitsgewässer Nicaraguas ein. Wie würden die USA reagieren, wenn Entsprechendes vor der Küste Floridas passieren würde? Angesichts der beschriebenen Tatsachen sollen wir glauben, daß das kleine Volk der Nicaraguaner die 200 Millionen US-Amerikaner, größte Wirtschaftsmacht der Welt, bedrohen?

Wir sind erschüttert, mit welcher arroganten Rücksichtslosigkeit die USA bereit sind, international anerkanntes Völkerrecht zu mißachten, wenn ihre Interessen bedroht scheinen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich von der Politik der USA energisch zu distanzieren und sich für das Selbstbestimmungsrecht des nicaraguanischen Volkes einzusetzen. Denn wer schweigt, wird mitschuldig!

Hochachtungsvoll

FDCL

BEIRAT DES FDCL: Pfr. Heinrich Albertz (ehem. Reg. Bürgermeister von Berlin), Osvaldo Bayer (argentinischer Schriftsteller), Hildegard Blum-Luning (Journalistin), Heinrich Böll (Schriftsteller), Manfred Coppik MdB, Dr. Ingeborg Drewitz (Schriftstellerin), Erich Fried (Schriftsteller), Prof. Dr. Helmut Gollwitzer (Evang. Theologe), Prof. Dr. Norbert Greiner (Kath. Theologe), Prof. Dr. Ernst Käsemann (Evang. Theologe), OKR i.R.Dr.h.c. Heinz Kloppenburg, Peter Lienthal (Filmemacher), Prof. Dr. Dr. Johann Baptist Metz (Kath. Theologe), Klaus Thüsing MdB, Volker von Törne (für Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V.), Arbeitsgemeinschaft Kath. Studenten- und Hochschulgemeinden (AGG), GEW Landesverband Berlin, Internationaler Versöhnungsbund deutsche Sektion

POSTSCHECKKONTO: Berlin-West 17 69 66-104
Bank für Gemeinwirtschaft Berlin West 1617647300

KOORDINATION DER GUATEMALA-SOLIDARITÄTSARBEIT

2 Mitarbeiter(innen) zur Weiterführung der Informationsstelle Guatemala e.V.
in Bonn gesucht

Im Januar 1985 verlegt die Informationsstelle Guatemala ihren Sitz von München nach Bonn.

Aufgabenbereiche der Infostelle:

- * bundesweite Koordination der Guatemala-Solidaritätsarbeit
- * Planung und Durchführung von Informations- und Spendenkampagnen
- * Zusammenarbeit mit anderen Mittelamerika-Solidaritätsbewegungen
- * Kontakte zu Parteien, Institutionen, Presse, Gruppen der Ökologie- und Friedensbewegung in der BRD
- * Kontakte zu Partnern in Guatemala
- * Führen des zentralen Spendenkontos in der BRD
- * Weiterführen des Archivs
- * Sehr viel Büro- und Verwaltungskram

Gewünschte Qualifikationen der Bewerber:

- * Aufgrund unserer Erfahrungen halten wir folgende persönliche Eigenschaften für wichtig: klarer Kopf, Durchsetzungsvermögen, kompromißlos und doch flexibel, Fähigkeit zu solidarischer Zusammenarbeit im Kollektiv, trotz aller Power auch bürokratisches Sitzfleisch
- * Längere Erfahrung in der Internationalismusarbeit
- * Kenntnis der Mittelamerika- und speziell der Guatemala-Problematik
- * Sehr nützlich wären natürlich gute Spanischkenntnisse

Schriftliche Bewerbungen und Unterlagen bitte so schnell wie möglich an die:
Informationsstelle Guatemala e.V.
Maistr. 29, 8000 München 2
Tel.: 089-536625

Der Schrei nach Gerechtigkeit
- erstickt durch Waffen -

Die Tonbildserie ist ein Materialangebot zur Aktion "Hungern nach Frieden und Gerechtigkeit". Sie geht der Frage nach; inwieweit wir - als Nation - über Handelsbeziehungen und Rüstungsexportgeschäfte an Hunger und Unterdrückung in Guatemala beteiligt sind.



Hunger und
Rüstung
am Beispiel
Guatemala

EINE TONBILDSERIE DES CHRISTLICHEN FRIEDENSDIENSTES E.V.
50 Dias, 1 Kasette, Laufzeit 20 Min., Begleitheft

Informationen über Verleih und Verkauf bei:

CFD, Rendelerstr. 9-11, 6000 Frankfurt 60, Tel. 069/45 90 71

REZENSIONEN

DER WELT GESETZ UND FREIHEIT GEBEN - Amerikas Sendungsglaube und imperiale Politik
von William Appleman Williams
übersetzt von Gerd Burger
Junius Verlag, Hamburg 1984

Bürgerkrieg in El Salvador, Konterrevolution in Nicaragua, Putsch in Grenada, Bürgerkrieg im Libanon, Krieg in Vietnam, Schweinebuchinvasion, Koreakrieg: die USA sind bzw. waren immer dabei. "From the Halls of Montezuma to the Shores of Tripoli" lautet das gern gegröhlte Marschlied der US-Marinesoldaten.

Wo immer auf der Welt es Trouble gibt, der Blick richtet sich zuerst nach den USA. Wie wird sich die US-Administration verhalten? Diese Kopfbewegung ist zur gewohnten Selbstverständlichkeit geworden, egal zu welchem politischen Lager man gehört. Diese Gewöhnung ist so stark, daß man Fragen wie warum die US-Marines und nicht die Royal Navy Grenada aus den "Fängen des Kommunismus befreien" oder warum der Israelisch/Ägyptische Friedensvertrag ausgerechnet auf einer amerikanischen Ranch geschlossen werden mußte, schnell als naives Zeug beiseite schiebt.

Wer sich nicht damit begnügen will, die US-amerikanische Interventionspolitik immer wieder nur auf das Wörtchen US-Imperialismus zu reduzieren, sondern wissen will, wie dabei Mentalität und Ökonomie ineinandergreifen und die USA, das "freieste aller Länder", ein "Hort der Demokratie und Selbstbestimmung" zum knüppelnden Weltpolitisten werden konnten, dem sei das Buch "Der Welt Gesetz und Freiheit geben" von dem renommierten amerikanischen Historiker William Appleman Williams empfohlen.

Es ist ein Buch über die Geschichte Nordamerikas von seiner Gründung bis heute. Aber, keine Angst, kein trockenes minufiöses Geschichtswerk wird hier empfohlen, sondern ein spannender Essay, der allerdings voraussetzt, daß der Leser einige Kenntnisse in amerikanischer Geschichte hat oder bereit ist, sich diese im Laufe des Lesens zusammenzusuchen.

Williams setzt einen eindeutigen Akzent, und der liegt auf der expansionistischen imperialen Politik, die die Geschichte Nordamerikas von Anbeginn bestimmte. Geboren und genährt aus dem Britischen Imperium war die Gründung der ersten Kolonien in Nordamerika bereits ein expansionistischer Akt. Mit der Westexpansion, der Vernichtung und Vertreibung der Indianer, der Eroberung halb Mexikos, der Annexion der Südstaaten im Bürgerkrieg - die gescheiterte Eroberung Kanadas war ein bedauerlicher strategischer Betriebsunfall - wurde der nordamerikanische Kontinent erobert. Danach richtete sich der Expansionstrieb nach Südamerika, in die Karibik, nach Afrika, Asien, Europa. "Unsere Frontiers sind heute auf jedem Kontinent", so J.F. Kennedy (S. 176). Das Buch enthält eine 16 Seiten umfassende Auflistung von Interventionsakten der USA (leider nur bis 1941).

Was Williams Buch jedoch so interessant macht, ist nicht die Darstellung der territorialen Expansion selbst. Wie der englische Titel "Empire as a Way of Life" schon vermuten läßt, geht es ihm hauptsächlich darum, aufzuzeigen, wie imperiales Denken die Handlungs- und Lebensweise nicht nur von Politikern, sondern eines ganzen Volkes bestimmt. Williams bezeichnet - wie er meint etwas überspitzt - den Imperialismus als Opium des amerikanischen Volkes.

Williams zeigt den Zusammenhang auf zwischen dem verschwenderischen amerikanischen Lebensstil und der imperialen amerikanischen Politik. Er zeigt auf, wie beide ideologisch so gewendet und verbrämt werden, daß bei den Amerikanern kein Unrechtsbewußtsein entsteht. "Oberfluß hieß Freiheit und Freiheit hieß Oberfluß: (S.9)

"Der American Way of Life gründet letztlich und hartnäckig auf dem bezaubernden aber unbarmherzigen Glauben an unendlichen Fortschritt dank endlosen Wachstums. Folglich wird imperiale Machtpolitik als Denk- und Lebensmaxime über den nordamerikanischen Kontinent hinaus auf die ganze Welt übertragen. Wachstum ist der Schlüssel für individuelle Freiheit und für Fortschritt. Die Essenz des Wachstums ist imperiale Großmacht. Also ist Großmachtpolitik eine wohltätige Sache." (S. 101)

Viele Facetten des "Empire as a Way of Life" werden in Williams Essay beleuchtet: z.B. die Rolle der den größten Teil der amerikanischen Gesellschaft beeinflussenden puritanischen Ethik, nach der individueller ökonomischer Erfolg soviel bedeutet wie von Gott auserwählt zu sein, oder die Rolle, die der Rassismus als psychologischer Rechtfertigungsgrund für imperiales Machtstreben spielt. Es wird aufgezeigt, wie sich in der amerikanischen Gesellschaft Habsucht in ein traumatisches Sicherheitsbedürfnis verwandelt, wie Sicherheitspolitik zu Eroberungspolitik wird und wie dabei die Grenzen zwischen Außenpolitik und Innenpolitik verschwimmen.

An Hand von vielen konkreten Beispielen stellt Williams dar, wie die USA immer mehr in ihre Weltpolitistenrolle hineingeraten, und der Leser erhält einen "crash-course" über die einzelnen nordamerikanischen Präsidenten und deren Berater, wobei er nicht nur einiges über deren konkrete Außen- und Eroberungspolitik und der zugrundeliegenden Intentionen erfährt, sondern auch über deren Psyche und Philosophie, was mittels vieler treffender Zitate veranschaulicht wird.

Als Beispiel Williams Einschätzung Carters:

"Entweder sehnt man sich danach, die imperiale Allmacht wiederzugewinnen, oder man beschreitet endlich andere Wege jenseits imperialen Größenwahns. Präsident Carter brachte nie genug Courage auf, ein deutliches Nein zu imperialer Politik zu sagen, und so war es nur konsequent, daß er im Wahlkampf von einem Mann besiegt wurde, der unverhohlen die nostalgische Rückkehr zu Weltmachtgröße auf die politische Tagesordnung schrieb." (S. 194)

Vor allem in den letzten beiden Kapiteln stellt Williams die Frage nach einer Alternative zur imperialen Weltmacht:

"Ist Amerika nur auf weltweiter Ebene überhaupt vorstellbar? Sind die Amerikaner vom Vorstellungsvermögen her unfähig, Besseres zu tun, als sich in Predigten zu ergießen, daß Endloses Wachstum für ihre sozialpsychologische Gesundheit unverzichtbar sei? Und sind sie moralisch unfähig, die Welt auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu teilen ...? (S. 187)

Enttäuschend fällt leider das letzte Kapitel "Anmerkungen zu einer Freiheit ohne imperiale Politik" aus. Williams erklärt kategorisch, daß es töricht wäre, Blaupausen zur Veränderung einer Lebensweise auf den Tisch zu legen und der Leser mag sich fragen, warum. Warum ein Mensch, der bei seiner historischen Analyse so viel Phantasie aufbrachte, keine konkreteren phantasievollen Schlußfolgerungen zu bieten hat als folgende:

Der imperialen Position des Wall Street Journal

"Es gibt dieser Tage bei weitem zuviel leichtfertiges und oberflächliches Gerede darüber, daß die Amerikaner ihren Gürtel enger schnallen, eine Senkung ihres Lebensstandards akzeptieren, ja sich sogar mit einer Wirtschaftsphilosophie des Nullwachstums abfinden müssen. Dies ist gefährliches und unverantwortliches Gerede. ... Was wenige zu begreifen scheinen, ist, daß die Aussicht ökonomischen Wachstums eine unverzichtbare Vorbedingung des Überlebens jeder modernen Demokratie ist, die amerikanische eingeschlossen." (S. 204)

setzt Williams entgegen:

"Aber kein imperialer Staatsmann ... hat jemals die Kostenaufstellung präsentiert, um den Amerikanern zu sagen, was sie für ihre Schwelgereien zu bezahlen haben." ...

"Egal wieviel Nutzen oder Vorteile sie abwerfen, imperiale Größe und Politik kommen teuer zu stehen. Sie kosten einen ganz beträchtlichen Batzen Geld. Sie töten eine hohe Zahl von Menschen. Sie engen Spontaneität und Einfallsvorteil ein und schnüren ihnen zunehmend die Luft ab. Sie setzen ein paranoides Zusammengehörigkeitsgefühl an die Stelle von Gemeinsamkeit. Sie begrenzen das Spiel der Gedanken. Und selbst auf der elementaren Ebene des Marktes führen sie ins Leere." (S.205)

Williams bleibt dabei andeutungshaft oder bei moralischen Appellen. Während amerikanisch ist der Schluß des Buches, wo Williams eine Anekdote aus seiner Kindheit als Parabel benutzt, um seinen imperialen Landsleuten samt ihren Politikern den besseren Weg zu weisen. Auch das ist American Way of Life.

"Wenn einer eine Reise tut,..."

Reimar Paul: Zwischen den Jahren

Verlag Die Werkstatt, Göttingen 1984

Reimar Paul erzählt von seinem Einsatz in einer bundesdeutschen Arbeitsbrigade der "ersten Stunde" in Nicaragua. Also von einem Erlebnis, das vor einem Jahr noch neu und relativ beachtet in der Öffentlichkeit war.

Aha, denke ich, interessant, daß sich da einer noch mal traut, über Dinge zu schreiben, die doch in fast allen Medien, vor allem der linken Presse, rumgegangen sind; zahllose Berichte und Briefe von Brigadistas wurden veröffentlicht, Spiegel und Stern berichteten unrühmlich darüber etc. Wer wüßte nicht darüber Bescheid, wie Tortillas und Bohnen - wochenlang genossen - schmecken, wie eine Kaffeeplantage bei Regenzeit aussieht und sich anfühlt, wer kennt nicht die Story vom kämpfenden Rattenpärchen im Schlafsaal und nächtliche Schießereien.

Vielleicht will der Autor mehr vermitteln? Gleich zu Anfang werden wir eingeführt anhand der Beschreibung der Diskussionen vor der Abfahrt, daß der Autor kein alter "Nicaragua-Hase" ist sondern ein Neuling. Nicht schlecht, warum sollen immer nur "Experten/innen" sprechen? Ein unvoreingenommener Blick kann durchaus neue Aspekte und Perspektiven ins Bild bringen.

Aber leider stimmt der Autor doch nur in die allgemeine Bewegungsstimmung ein. Seine persönlichen Erlebnisse und seine Begeisterung sind ihm ja nicht nicht streitig zu machen. Aber muß es denn gleich ein ganzes Buch sein? Besser gesagt: ein Tagebuch. Das verleiht dem ganzen noch eine gewisse Authentizität. Und da der Mann, offensichtlich ein aufgeklärter Mann der "Szene", offensichtlich den Spruch kennt, daß das Private politisch und umgekehrt ist, wird flott gemischt. Das könnte ja theoretisch gut gehen, der Übergang von persönlichen Erfahrungen und Gedanken zu politischen Zusammenhängen und umgekehrt. Tut es aber nicht. Vielmehr hat mensch nach einer Weile des Lesens ein Gefühl von Einheitsbrei, dem der Spannungsbogen fehlt, Belanglosigkeiten mischen sich mit gar zu kurzen Überlegungen zu Prinzipiellem. Gut, jetzt könnte mensch darüber streiten, was prinzipiell ist und was nicht. Vielleicht umschreibe ich es mit langweilig. Viele der privaten Aspekte sind mir langweilig, finde ich unehrlich. Da wird eine Atmosphäre von Privatheit und Sensibilität aufgebaut, die mir künstlich vorkommt. Wenn schon Konflikte mit sich und der Gruppe, dann doch bitte ehrlich. Und genauso oberflächlich werden Themen wie Verteidigung, Situation auf dem Land, Versorgungslage etc. abgehandelt.

Zeitschriftenschau

GRENADA-NACHRICHTEN Sondernummer

Nernstweg 32-34, 2000 Hamburg 50

Der Putsch vom 19. Oktober und die Ermordung Maurice Bishops / Gegen Kuba? Die "Rechtfertigungen" der Amerikaner / "No Way Gairy". Reiseeindrücke vom grenadischen Alltag nach der Revolution / Die Rückkehr zum "Freien Spiel der Kräfte". Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der US-Invasion / Die "Demokratisierung" Grenadas durch die Amerikaner. Die Errichtung einer proamerikanischen Basis / Amerikanische Besetzung und Menschenrechte. Zur Justiz der Besatzer / Der bundesdeutsche "Eiertanz". Bonn und die Grenada-Invasion / Kalter Krieg in der Karibik. Die Militarisierung des karibischen Beckens.

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen Nr. 84

Ruhrstr. 14, 4040 Neuss 21

Zur Fragwürdigkeit der internationalen Umweltpolitik / Stellungnahme zur Konferenz Solidarität gegen Apartheid, Kolonialismus, Rassismus / Pappinen vor der US-Botschaft schlimmer als echte Minen in Nicaragua / Nachtrag zum BUKO / Rüstungsexport-Info / Schwerpunkt ASYLPOLITIK

blätter des iz3w Nr. 121/November 1984

Postfach 5328, 7800 Freiburg

Themenschwerpunkt: Verschuldung und IMF: Der IMF: Geschichte, Aufbau und Kreditvergabe / Auslandsverschuldung historisch gesehen / Dritte Welt in der Weltwirtschaftskrise 1929/32 / Die Magier des Marktes: Die USA und die internationalen Finanzinstitutionen / Dritte Welt im Schuldturn II / Thesen zur Reform des IMF / Stellungnahme der Jusos / Stellungnahme der GRÜNEN / Literaturliste
Nachrichten und Berichte: El Salvador / Peru / Pestizide in der Dritten Welt: Dominikanische Republik / Mozambique: Der Nkomati-Vertrag - und nun? / Irak: Opposition - Aus der Verborgenheit ins Abseits

AIB Nr. 11-12/1984

Liebigstr. 46, 3550 Marburg

Kommentar: Ausländerpolitik wohin? / Südliches Afrika: Solidaritätskonferenz Südliches Afrika / Stellungnahmen von Alfred Nzo (ANC) und Hidipo Hamutenya (SWAPO) / Gespräch mit J.E.dos Santos (Angola) / Friedensnobelpreis für Bischof Tutu / 100 Jahre Berliner Konferenz: Die koloniale Aufteilung Afrikas / H.Melber: Apartheid in Namibia - eine deutsche Kulturleistung / M.O.Hinz: Der deutsche "Schutz"vertrag für Südwest / Zimbabwe: Der ZANU-Kongress / Tschad: Der französisch-libysche Truppenabzug / Israel: Verheißungen der großen Koalition / Saudi Arabien: Gespräch mit Führern des saudischen Widerstands / Iran: Endoffensive gegen die Kurden? / Korea: Die Einschüderung des Chun-Regimes / Pazifik: Japan-Korea: Annäherung in Fernost / Der Südpazifik im Griff der Atomkriegsplaner Ost-Timor: Interview mit Bischof M.da Costa Lopes / Chile: Pinochet läßt Federn / Honduras: Cordova isoliert sich / Gespräch mit E. Diaz Arrivillaga (DC) / Kolumbien: Der zerbrechliche Frieden / Mittelamerika: Tauziehen um Verhandlungen / Stellungnahme der FMLN / Frieden und Dritte Welt: Zum Verhältnis Pazifismus und Befreiungskampf / Religion: Der Fall Boff / Kultur: Gespräch mit M. Darwisch (palästinensischer Dichter)

epd-Entwicklungspolitik Nr. 21/1984

Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt 17

Information: u.a.: Warnkes falsche Zahlen / Angriffe auf den DED / Kirchen zum Pestizidexport / Hilfe an Nicaragua / Analyse: Christa Wichterich: Opfer im patriarchalen Netz / Al Infeld: Die langsame Zerstörung des Pastoralismus / Dokumentation: u.a.: Leonardo Boff: Der Beitrag der Befreiungstheologie für die Weltkirche / SIL: Protest gegen Religionsulti / Interview mit M. Benavides zu El Salvador

Termine

Seminar: "Bestandsaufnahme - Entwicklung in Nicaragua seit dem Sturz Somozas" 30. 11. - 2. 12. 84 in 4925 Kalletal-Bavenhausen
Information und Anmeldung bei: Gesellschaft für entwicklungspolitische Bildung e.V., Sandstr. 15, 7800 Freiburg

Seminar: Aktuelle Entwicklungen in Chile - Zukunft der Solidaritätsarbeit
11. 1. - 13. 1. 1985 in Schwerte

Referate: Auswirkungen monetaristischer Wirtschaftspolitik in Chile (Dr. Sassenfeld, Friedrich-Ebert-Stiftung)
Analyse der politischen Lage in Chile (F. Mires, Politologe)
Beziehungen zwischen Chile und der BRD (Gaby Gottwald, MdB-Grüne, angefragt)

Kurzreferate und Arbeitsgruppen zu: Aktuelle Situation in Chile, Projektarbeit, Inforarbeit, Kampagnen, Rückkehr nach Chile, Arbeit mit Exilierten.

Information und Anmeldung bei: Tierra Nueva c/o Detlev Brum
Wielandstr. 34, 4600 Dortmund 1

"Verminung" der Bonner US-Botschaft vor Gericht

Am 19. 4. 84 wurde von ca. 80 Personen in Bonn die US-Botschaft symbolisch mit Pappminen "vermint".

Dies war eine Reaktion auf die Verminung nicaraguanischer Häfen durch die USA und sollte die vorhandene Empörung über die schleichende Intervention der USA in Mittelamerika zum Ausdruck bringen. Bei dieser Aktion (die keine Blockade der US-Botschaft darstellte) wurden kurzzeitig 33 Personen festgenommen. Mittlerweile haben alle einen Strafbefehl erhalten, und für 27 Leute wird am 29. Nov. 84 um 8.30 Uhr in Bonn das Verfahren wegen gemeinschaftlicher Nötigung eröffnet.

Den Vorsitz bei diesem Verfahren hat mit ziemlicher Sicherheit der Bonner Richter Fritz Hasse, derselbe, der am 29. Okt. dieses Jahres 32 Zuschauer wegen "ungebührlichen Verhaltens vor Gericht" auf der Stelle festnehmen ließ und für vier Tage in Haft schickte. (Nach der dritten Aufforderung, die Zuschauer mögen sich erheben, standen alle Anwesenden auf, kehrten allerdings dem Richter den Rücken zu, was Herrn Hasse veranlaßte, sofort die schon vorbereiteten Haftbefehle auszustellen.)

Angesichts der tatsächlichen Verminung, der Situation in Mittelamerika, der offenen, immer größer werdenden Repression der USA gegen Nicaragua und der Unterstützung dieser Politik durch die Bundesregierung hier ist die Strafverfolgung einer symbolischen Verminung eine Ungeheuerlichkeit und stellt eine weitere Provokation der Solidaritätsbewegung dar.

Unterstützt den Kampf der Völker in Mittelamerika!

Hasta la victoria siempre!

Spenden für die Prozeßkosten (wäre echt toll!) bitte auf Konto:
177015112 Sparkasse Münster (BLZ 40050150) B. Issel/ Stichwort: Minen

Falls sich die Sache zu unseren Gunsten entscheiden sollte, wird das Geld auf das Brigaden/El Salvador Konto überwiesen.

Die Prozeß-Vorbereitungsgruppe

EINGEGANGENE BÜCHER

Michael Ehrke u.a.: Lateinamerika - Analysen und Berichte 8. Volkssouveränität und Staatsschuld. Junius-Verlag, Hamburg 1984, 335 S.

Dritte-Welt-Kalender 1985. Hrsg. von agib, BUKO, ÖIE, Lamuv-Verlag, Bornheim-Merten 1984

Dritte-Welt-Haus Bremen und Bremer Informationszentrum für Menschenrechte und Entwicklung: Kolonial-Denk-Mal. Bremen - Schlüssel zur Dritten Welt. Bremen 1984, 156 S. Vertrieb: Dritte-Welt-Haus c/o BBA-Laden, St. Pauli-Str. 10-12, 2800 Bremen 1

Hernán Valdés: Vom Ende an. Roman. Rotbuch-Verlag, Berlin 1984, 287 S.

Michael Löwy: Marxismus in Lateinamerika 1905 - 1969. isp-Verlag, Frankfurt 1984, 80 S.

Dieter Eich, Carlos Rincón: La Contra - Der Krieg gegen Nicaragua. Konkret Literatur-Verlag, Hamburg 1984, 192 S.

Arbeitsmaterialien zu BUKO-Pharmakampagne: Stop für gefährliche Pharmaxporte. Bericht über die 2. Aktionswoche der Pharmakampagne. 1984, 40 S.

Guillermo Campero, José A. Valenzuela: El movimiento sindical en el régimen militar chileno 1973 - 1981. Estudios ILET, Mai 1984, 380 S.

Ernesto Che Guevara: Der neue Mensch - Entwürfe für das Leben in der Zukunft. Ausgewählt, übertragen und eingeleitet von Horst-Eckart Gross. Weltkreis-Verlag, Dortmund 1984, 176 S.

Jaime Wheelock: Nicaragua - Die große Herausforderung. isp-Verlag, Frankfurt 1984, 116 S.

ASA-Studien Band 1: Karin Fiege, Luiz Rawalho (Hrsg.): Landwirtschaft = Hungerwirtschaft? Unbrüche und Krisen in den Agrarsystemen der Dritten Welt. Breitenbach-Verlag, Saarbrücken - Fort Lauderdale 1984, 400 S.

Sergio Ramirez: Mit den Waffen der Zukunft. Texte zur sandinistischen Revolution in Nicaragua. Peter-Hammer-Verlag, Wuppertal 1984, 110 S.

Julio Cortazar: Nicaragua, so gewaltsam zärtlich. Mit einem Vorwort von Tomás Borge. Peter-Hammer-Verlag, Wuppertal 1984, 126 S.

Tomás Borge: Tagesanbruch gegen den Tod. Zu Krieg und Frieden in Nicaragua. Peter-Hammer-Verlag, Wuppertal 1984, 110 S.

Earl Lovelace: Der Drachentanz. Roman aus Trinidad. Dialog Dritte Welt, Lamuv-Verlag, Bornheim-Merten 1984, 228 S.

Carolina Maria de Jesus: Das Haus aus Stein. Die Zeit nach dem Tagebuch der Armut. Lamuv-Taschenbuch 34, Bornheim-Merten 1984, 205 S.

Ilse Lenz, Renate Rott (Herausgeberinnen): Frauenarbeit im Entwicklungsprozeß. Breitenbach-Verlag, Saarbrücken - Fort Lauderdale 1984, 350 S.

Jane Deighton u.a.: Sweet Ramparts - Women in Revolutionary Nicaragua. War on Want - Nicaragua Solidarity Campaign, London 1983, 170 S. Vertrieb: Third World Publications, 151 Stratford Road, Birmingham

Wolfgang C. Goede: Lateinamerika im Griff der deutschen Wirtschaft. Eine entwicklungspolitische Bilanz der 70er Jahre. Verlag Holler, München 1984, 330 S.

Actualidad Popular (Publicación Especial del Instituto de Pedagogía y Cultura Popular): Revuelta Popular: El Pueblo se levanta contra el hambre y por sus derechos. (Artikel über die sozialen Auseinandersetzungen in den Dominikanischen Republik in diesem Jahr). Bezug: I. Mutter, Schillerstr. 46, 1 000 Berlin 12

pogrom

Chaliand, Vanly, Kendal, Ghassemou u.a.

Kurdistan und die Kurden

„Das internationale Standardwerk über Geschichte, Ökonomie, Sozialstruktur, gegenwärtige Situation und die Befreiungsbewegungen der Kurden in Irak, Iran, Syrien, Türkei“ (Le Monde)

endlich auch in deutscher Sprache von kurdischen Wissenschaftlern verfaßt



Kurdistan und die Kurden

Band 1

herausgegeben von Gérard Chaliand

mit Beiträgen von Kendal, Nazdar, Ghassemou, Vanly, Roosevelt jun.

mit einem Vorwort von Tilman Zülch

Ich bestelle:

- **Kurdistan und die Kurden, Band 1**, 480 Seiten, 200 Fotos und Karten, DM 9,80
- **Kurdistan und die Kurden, Band 2**, ca. 250 Seiten, mit Fotos und Karten (erscheint Frühjahr 1985), ca. 10,- DM
- **Kurdistan ohne Menschenrechte – Befreiung ohne Publizität**. Kurdenberichterstattung der Gesellschaft für bedrohte Völker 1970-1980, Großformat, ca. 100 Seiten (erscheint Ende 1984), ca. 12,- DM
- **Die Yezidi. Religiös Verfolgte aus Türkisch-Kurdistan**. 150 Seiten, DM 10,-

Gesellschaft für bedrohte Völker
gemeinnütziger Verein
Postfach 2024, 3400 Göttingen
Tel. 0551-55822/23
Postscheck Hamburg 297793-207

AG SPAK arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer arbeitskreise

Materialmappe XII/84

Nea Naegle, Balduin Bollin:

SOZIALARBEITER ALS ENTWICKLUNGSHELFER IN LATEINAMERIKA

AUS DEM INHALT:

'Zur dialogischen kulturellen Aktion' (Freire) / die entmenslichende Ordnung, die Utopie der Brüderlichkeit ... / Beispiele aus der Praxis der personellen Entwicklungshilfe aus Peru und Ecuador / Entwicklungshelfer – ungeliebte Kinder der Entwicklungspolitik? / Der DED – nichtstaatliche Entwicklungsdienste – Alternativen zum DED? / Sozialarbeit in Entwicklungshilfeprojekten in Lateinamerika / Arbeitsbedingungen für Entwicklungshelfer in Lateinamerika / u.v.m.

130 Seiten A-4 (von 240 S. A-4 verkleinert); Schutzgebühr nur DM 5,- (Dank einem Zuschuß des ABP)

Bezug nur: AG SPAK, Kistlerstr. 1, 8000 München 90

CON

"Dritte Welt" Literaturkatalog

Der neue Literaturkatalog 84/85 umfaßt das vollständige deutschsprachige Programm des CON Literaturvertriebs:

Literatur aus und über Afrika, Asien, Nah-Mittelost, Lateinamerika, Pazifik, Ausländer/-innen in der BRD, Entwicklungspolitik usw. Die Gliederung der über 1000 Titel nach ca. 40 Themen macht diesen Katalog zu einem kleinem Nachschlagewerk über zumindest einen großen Teil verfügbarer "Dritte Welt" Literatur.

Bei Interesse kann der Katalog gegen eine Schutzgebühr von DM 2,- in Briefmarken bestellt werden (der Fremdsprachenkatalog mit spanisch-, portugiesisch- und englischsprachiger Literatur wird kostenlos verschickt).

Bestellungen an:

CON Literaturvertrieb
Westerdeich 38
2800 Bremen 1

Noticiero Latinoamericano

Cada semana toda la información Latinoamericana



NOTICIERO LATINOAMERICANO

es un periódico semanal de circulación europea. Un completo panorama de la actualidad noticiosa tanto proveniente del continente como originada en Europa. Suscríbalo o adqúiralo en las principales librerías y kioscos especializados.-



PRECIO: DM 1,50.-

Redacción, publicidad y abonos: Gonzalo Ramírez, Kath.-Eberhard-Str.6, 8013 HAAR-Tel:(089)4603906; y Héctor Barrientos, Ludwigkirchstr.9-A, BERLIN 15 Tel:(030)8819262

<p><i>Heinz Schulze</i></p> <p>Volkserziehung in Lateinamerika</p> <p><i>Von der Theorie Paulo Freire zur politischen Praxis der Unterdrückten</i></p> <p>M 33 DM 16,- 264 Seiten</p>	<p><i>Hejo Heussen</i></p> <p>Weltmarkt und soziale Not</p> <p><i>Über die Unsicherheit sozialer Sicherheit in der Dritten Welt</i></p> <p>M 44 DM 28,- 408 Seiten</p>	<p><i>Ariel Dorfmann</i></p> <p>Kultur und Widerstand in Chile</p> <p><i>Träumen von einer anderen Welt</i></p> <p>IDAC 1 Restexempl. DM 3,50</p>	<p><i>Heinz Schulze</i></p> <p>Sozialarbeit in Lateinamerika</p> <p><i>solidarisieren nicht integrieren</i></p> <p>M 53 DM 18,- 272 Seiten</p>	<p>AK Freirepädagogik (Hrsg.)</p> <p>Löschen mit Benzin</p> <p><i>Karikaturen, cartoons und Zeichnungen aus Lateinamerika</i></p> <p>M 55 DM 8,50 ca. 200 Abbildungen 84 DIN A 4 Seiten</p>
<p><i>Michael Persie</i></p> <p>Umkehr und Befreiung zur Zukunft</p> <p><i>Theologie der Befreiung und praxisverändernde Bildung nach P. Freire. ca. 300 S.</i></p> <p>M 62 DM 24,-</p>				<p>AG SPAK PUBLIKATIONEN</p>

Kistlerstraße 1
8 München 90
Tel.: 089/6917822

NEU